Fachbereich 02 Sprach- und Literaturwissenschaften
Institut für Romanistik

Fachgebiet Landeswissenschaften

Die Griechenlandkrise der Europäischen Währungsunion im Spiegel der französischen Presse

DIPLOMARBEIT

an der

Universität Kassel

Verfasst von: Katharina Scholten

Betreuer: Dr. Guido Thiemeyer

Kassel, den 28. Juli 2010

Inhaltsverzeichnis

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS II

1 EINLEITUNG 1

2 DIE GRIECHENLANDKRISE DER EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION 5

2.1 Die ökonomische Integration der Europäischen Union 5

2.2 Die Ursachen der Griechenlandkrise 8

2.3 Eine Chronologie der Ereignisse 10

3 DER FRANZÖSISCHE WIRTSCHAFTSSTIL 15

3.1 Etatismus à la française 18

3.2 Die wirtschaftspolitische Kehrtwende 20

3.3 Das französische Wirtschaftsmodell und die europäische Währungsintegration 22

4 DIE GRIECHENLANDKRISE IN DER FRANZÖSISCHEN PRESSE 24

4.1 «L'euro ou la guerre» - die Reaktionen auf die Griechenlandhilfe 24

4.2 Das Krisenmanagement der Kanzlerin Merkel stieß in Paris auf Kritik – die deutsch-französische Freundschaft in Gefahr? 30

4.2.1 Ein deutsch-französischer Vorstoß für Griechenland 31

4.2.2 Vor dem großen Krach: Das Projekt eines Europäischen Währungsfonds 36

4.2.3 Ein Streit über die richtige Wirtschaftspolitik entbrannte 40

4.2.4 Der Brüsseler Kompromiss 46

4.3 Eine Wirtschaftsregierung für Europa 51

4.3.1 Frankreich in Europa - Am Ziel seiner wirtschaftspolitischen Träume? 53

4.3.2 Zurück zur Krönungstheorie? 61

5 ABSCHLUSSBETRACHTUNG UND AUSBLICK 67

6 LITERATURVERZEICHNIS 75

7 ERKLÄRUNG 87

Abkürzungsverzeichnis

BIP	=	Bruttoinlandsprodukt
CDS	=	Credit Default Swaps
CDU	=	Christlich Demokratische Union
CGP	=	Commissariat général du Plan
ECFR	=	European Council of Foreign Relations
Ecofin-Rat	=	Rat für Wirtschaft und Finanzen
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EG	=	Europäische Gemeinschaft
EU/ UE	=	Europäische Union/ Union européenne
Eurostat	=	Statistisches Amt der Europäischen Union
EWF/ FME	=	Europäischer Währungsfonds/ Fonds monétaire européen
EWS	=	Europäisches Währungssystem
EWU	=	Europäische Währungsunion
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB/ BCE	=	Europäische Zentralbank/ Banque centrale européenne
FDP	=	Freie Demokratische Partei
Fondapol	=	Fondation pour l'innovation politique
IWF/ FMI	=	Internationaler Währungsfonds/ Fonds monétaire international
KMU	=	Klein- und Mittelständische Unternehmen
MNU	=	Multinationale Unternehmen
OFCE	=	Observatoire Français des Conjonctures économiques
SWP	=	Stabilitäts- und Wachstumspakt
UMP	=	Union pour un mouvement populaire

1 Einleitung

Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muß ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen. (Max Frisch)

Das Wort *Krise* stammt ursprünglich aus dem Griechischen: *κρίσις*, *krísis*. Es kann etymologisch unter anderem mit „Entscheidung“ und „entscheidende Wendung“ übersetzt werden. Die Politikwissenschaft definiert diesen Begriff als „eine über einen gewissen (längeren) Zeitraum anhaltende massive Störung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Systems. Krisen bergen gleichzeitig auch die Chance zur (aktiv zur suchenden qualitativen) Verbesserung.“[1]

Die Schuldenkrise in Griechenland lässt sich nicht ohne das Verständnis des beinahen Zusammenbruchs des globalen Finanzsystems erklären. Da europäische Banken zu großen Teilen an Geschäften auf dem US-amerikanischen Finanzmarkt beteiligt waren, hatte die in den USA ausgebrochene Finanzkrise auch in allen Mitgliedsstaaten des Euroraums negative Auswirkungen.[2] Aufgefangen wurden jene Auswirkungen in den Ländern Europas vielfach durch staatliche Hilfen. Insbesondere staatliche Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der inländischen Nachfrage sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Sie sollten der zurückgehenden Industrieproduktion entgegenwirken und so die negativen Effekte auf die Realwirtschaft eindämmen. Hinzu kamen Verstaatlichungen vieler nationaler Banken. Durch diese Maßnahmen stiegen nicht nur die Ausgaben des Fiskus in außerordentlichem Maße an – auch die Risiken, die zuvor in den Bilanzen der privaten Banken schlummerten, wurden nun von den Staaten übernommen.[3] Somit gerieten die Staaten ihrerseits in den Sog der Finanzmarktaktivitäten. Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise bildete damit einen der frühen Ausgangspunkte für die Eurokrise, die sich im Laufe des Jahres 2010 Bahn brach. Enorm einbrechende Wachstumsraten weltweit, die mit denen der Großen Depression aus dem Jahre 1929 vergleichbar waren, machte sie zudem zu einer der gravierendsten Krisen der vergangenen 80 Jahre. „Bemerkenswert ist, dass die Zeit vor der Krise damals wie heute

[1] Schubert, Klaus; Klein, Martina, *Das Politiklexikon*, 2. Auflage, Bonn, 2001, S. 174.
[2] vgl. Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen, *Einführender Überblick*, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 18.
[3] vgl. Häring, Norbert, *EZB-Studie: Die wahren Ursachen der griechischen Tragödie*, in: Handelsblatt, 28.01.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/ezb-studie-die-wahren-ursachen-der-griechischen-tragoedie;2518164, Stand: 13. April 2010.

eine Zeit war, in der ökonomisches Denken sehr stark von der vermeintlichen Vorteilhaftigkeit unregulierter Märkte geprägt war.“[4]

Das Verhältnis von Markt und Staat im 21. Jahrhundert ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 erstmals erschüttert worden. Nachdem gegen Ende des Jahres 2009 alles auf ein allmähliches Ende der Rezession hindeutete, brach mit Beginn des neuen Jahres eine nächste Krise, die Griechenlandkrise, herein. Beide sind unter anderem durch Deregulierungen der Märkte begünstigt worden. Diese erhielten insbesondere mit dem Ende des Bretton-Woods-Währungssystems im Jahre 1973 Einzug in das wirtschafts- und währungspolitische Tagesgeschehen vieler nationaler Regierungen. In Frankreich ist die kulturell tief verankerte Staatsorientierung der Wirtschaft spätestens im Verlauf der 1980er Jahre verstärkt zurückgedrängt worden. Dennoch sind französische Vorstellungen von Wirtschaftspolitik bis heute in gewisser Hinsicht etatistisch orientiert. „Die politische Kultur Frankreichs geht von einem Vorrang der (demokratisch legitimierten) Politik aus und akzeptiert nur schwer die vom Markt ausgehenden anonymen ‚Sachzwänge‘.“[5] Die Regulierung der (Finanz-)Märkte sowie staatliche Eingriffe in Wirtschaftsprozesse im weiteren Sinne bilden daher einen besonderen Schwerpunkt dieser Arbeit. Angesichts der krisenhaften Zustände auf dem europäischen Kontinent – wobei der Fokus auf die Griechenlandkrise gelegt wird – könnte sich Frankreichs Elite darin bestärkt fühlen, wieder aktiver in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen zu müssen. Günther Ammon, Professor für Auslandswissenschaft, wies bereits darauf hin, dass Deregulierung in einem französischen Sinne nicht auf einen Ersatz der Lenkungsfunktion des Staates durch den Markt abzielte, sondern auf eine dosierte Zulassung von Wettbewerb unter staatlicher Aufsicht.[6] Im Zuge der Schuldenkrise, die Griechenland derzeit durchlebt, gilt es festzustellen, inwiefern Frankreichs Journalisten eben diese traditionelle Sichtweise auf staatliche Intervention im ökonomischen Bereich als Lösungsvorschlag und Krisendeutungsangebot darstellen und werten.

„The Greek debt crisis will change the way the euro zone works,“[7] schrieb die *International Herald Tribune* am 9. März 2010. Mit Beginn des Monats Februar fand die

---

[4] Horn, Gustav A.; Joebges, Heike*, Anatomie der Finanzkrise aus keynesianischer Sich*t, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 23.

[5] Uterwedde, Henrik, *Wirtschaftliche Modernisierung*, in: Frankreich. Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn, 2004, S. 17.

[6] vgl. Ammon, Günther, *Der Wirtschaftsstil – ein Instrument zur Analyse fremder Volkswirtschaften*, in: Im Netzwerk interkulturellen Handelns, Bolten, Jürgen; Schröter, Daniela (Hrsg.), Sternenfels, 2001, S. 153.

[7] Taylor, Paul, *The Long-Term Effect of the Greek Euro Crisis*, in: International Herald Tribune, 09.03.2010, URL: http://www.nytimes.com/2010/03/09/business/global/09inside.html?_r=2&scp=3&sq=greek%20debt%20crisis%20will%20change%20the%20way&st=cse, Stand: 02. Juli 2010.

Griechenlandkrise mit den in ihrer Folge aufgetretenen Turbulenzen auf den Finanzmärkten immer mehr Beachtung in der internationalen Presse. In der vorliegenden Arbeit geht es um die Auseinandersetzung in der französischen Presse mit der Griechenlandkrise und die Untersuchung der speziell französischen Berichterstattung darüber. Ob Frankreichs besonderes Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie auch im Zusammenhang mit europäischer (Wirtschafts-)Politik zur Problematik des drohenden griechischen Staatsbankrotts zum Vorschein kommt, ist die Frage, der sich diese Arbeit vorrangig widmet. „In den Wirtschaftsnachrichten der einzelnen Länder spiegeln sich (...) die jeweilige volkswirtschaftliche Struktur und die Art ihrer Eingliederung in die Weltwirtschaft, die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihren Erfolgen, Mißerfolgen und ungelösten Problemen, aber auch (wirtschafts)journalistische Gepflogenheiten wieder.“[8] Gegenstand der Arbeit wird es sein, die politische Kommunikation über den Fall Griechenland im französischen Zeitungswesen zu untersuchen: Inwiefern kommen in der Berichterstattung spezifische Elemente des französischen Wirtschaftsstils zum Tragen?

Der Zeitraum, auf den sich diese Presseanalyse stützt, erstreckt sich von Anfang Februar, als sich die Spekulationen auf die griechische Insolvenz immer mehr zuspitzten und dementsprechend eine höhere Aufmerksamkeit vonseiten der Presse erhielten, bis einschließlich den 10. Mai 2010, der Tag, an dem in Brüssel ein Rettungspaket für die Gemeinschaftswährung in Höhe von 750 Milliarden Euro verabschiedet wurde. Dieses war notwendig geworden, weil die Finanzmärkte auf das eine Woche zuvor geschnürte Rettungspaket für Griechenland äußerst nervös reagierten. Grundlage der Darstellung der französischen Berichterstattung bilden die Wirtschaftsteile ausgewählter Tageszeitungen und Printmagazine innerhalb der französischen Presselandschaft. Darüber hinaus eignet sich hierfür die Analyse spezifischer journalistischer Plattformen wie die des politischen Kommentars oder des Leitartikels. Auch unter der Rubrik „Europa“ oder „International“ lassen sich Berichte und Auswertungen zur Griechenlandkrise finden. Für die Analyse wurden die zwei auflagenstärksten überregionalen Zeitungen Frankreichs ausgewählt: die täglich erscheinenden *Le Monde* und *Le Figaro*. An dieser Stelle sei jedoch darauf verwiesen, dass Artikel aus *Le Monde* in der vorliegenden Arbeit dominieren. Die Universitätsbibliothek Kassel ist Abonnent dieser Zeitung, sodass ich dort in dem von mir untersuchten Zeitraum sämtliche Artikel zur Griechenlandkrise

[8] Röper, Burkhardt, *Wirtschaftsnachrichten in der Weltpresse*: *Zum Verständnis des Wirtschaftsteils einer Zeitung*, 2. Aufl., München, 1977, S. 237.

fortlaufend beschaffen konnte. Während eines einwöchigen Forschungsaufenthaltes am Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg konnten diverse Artikel aus dem *Figaro* hinzugezogen werden. Das Institut archiviert diese Zeitung, im Gegensatz zum *Monde*, jedoch nicht in ihrer Gesamtheit. Außerdem konnten dort vereinzelte Artikel aus der ebenfalls täglich erscheinenden Finanz- und Wirtschaftszeitung *Les Echos*, aus den Tageszeitungen *Libération*, *La Croix* und *La Tribune* sowie aus den wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmagazinen *L'Express*, *Le Point* und *Le Nouvel Observateur* konsultiert werden. Diese Arbeit befasst sich vor allem mit dem inhaltlichen Diskurs über die griechische Finanzkrise. Hierbei ist es sinnvoll, bestimmte Schwerpunktthemen und Akzentuierungen herauszuarbeiten, die es ermöglichen, in Frankreich vorherrschende wirtschaftspolitische Positionen kenntlich zu machen. Da die französische Presse einen starken Fokus auf das deutsch-französische Verhältnis legte, werden zuweilen auch Artikel aus der deutschen Presse unter einem vergleichenden Aspekt hinzugezogen.

Der erste Teil der Arbeit beschäftigt sich zunächst mit der Schuldenkrise Griechenlands: Welchen theoretischen Hintergrund bietet die Währungsintegration? Wie konnte die hohe Überschuldung entstehen? Wie lassen sich die Geschehnisse in den besagten Monaten beschreiben und welche Lösungsansätze werden diskutiert? In einem zweiten Schritt wird der französische Wirtschaftsstil in seiner historischen Entwicklung, seinem Wandel im Laufe der V. Republik und seinen gegenwärtigen Orientierungen eingehend betrachtet. Der Hauptteil befasst sich schließlich mit der Auseinandersetzung des Pressewesens mit der Griechenlandkrise. Am Anfang steht die Darstellung der von der Europäischen Union beschlossenen Griechenlandhilfe und die Art und Weise, wie sie in der französischen Presse kommuniziert wurde. Damit wird gleichzeitig die in Frankreich vorherrschende öffentliche Meinung zum Fall Griechenland aufgezeigt sowie auf eine vermehrt aufkommende Euroskepsis verwiesen. Im Anschluss daran findet sich ein Teil, der sich ausgiebig mit der Analyse der deutsch-französischen Beziehungen zur Zeit der griechischen Schuldenkrise befasst: welche Kontinuitäten und welche Veränderungen im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich lassen sich während des beobachteten Zeitraums abbilden? Abschließend geht es im Hauptteil um das Thema einer europäischen Wirtschaftsregierung. Diese wurde in Frankreich nicht erst mit dem Aufkommen der Krise(n) gefordert, erfuhr jedoch vor diesem Hintergrund eine grundlegende Veränderung.

2 Die Griechenlandkrise der Europäischen Währungsunion

Am 6. Oktober 2009 wurde die zwei Tage zuvor gewählte sozialdemokratische Regierung unter dem griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou vereidigt. Sie trat an zu einer Zeit, in der sich Griechenland erhebliche strukturelle Schwächen im öffentlichen Sektor eingestehen musste. Die Regierung gab am 19. Oktober 2009 bekannt, hoch verschuldet zu sein. Das Haushaltsdefizit wurde drastisch nach oben revidiert. Es lag demnach nicht bei 3,7 Prozent, sondern bei 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Es ist vor allem eine verfehlte Politik der öffentlichen Hand, die dem Land zusetzte. In der Grundsatzrede vom 14. Dezember 2009 im Athener Zappeion-Palast wurde daher Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht: „Wir wollen alles hinter uns lassen, was uns in die heutige Krise geführt hat. Wir wollen ein Griechenland der wirtschaftlichen Stabilität, der sozialen Gerechtigkeit, der nachhaltigen Entwicklung, der Chancengleichheit.“[9] Griechenland befand sich seither in einer der größten Finanzkrise seiner Geschichte. Diese beschäftigte im Zuge der europäischen Währungsunion auch die europäischen Partner.[10]

2.1 Die ökonomische Integration der Europäischen Union

Mit der Einführung des Euro im Jahr 1999 gaben souveräne Staaten erstmals die Verantwortung für die Geldpolitik an eine supranationale Institution weiter, die Europäische Zentralbank (EZB).[11] Gestartet ist die Europäische Währungsunion (EWU) zunächst mit 11 Ländern, mittlerweile haben 16 von 27 Ländern den Euro eingeführt. 2001 ist Griechenland als 12. Mitglied in die Eurozone aufgenommen worden. Elf Jahre nach der erfolgreichen Etablierung der EWU ist die Stabilität und Verlässlichkeit des Euroraums angreifbar geworden. „Griechenland droht eine Staatspleite, andere EU-Länder sind heillos überschuldet, die Gemeinschaftswährung Euro ist unter enormen Druck geraten.“[12] Dadurch, dass die EZB die Wechselkurse von damals 11 Währungen

---

[9] Presse- und Informationsbüro der Griechischen Botschaft Berlin (Hrsg.), *Papandreou*: *Grosse Veränderungen sind erforderlich*, Rede Papandreous am 14.12.2009 im Zappeion-Palast, URL: http://www.griechische-botschaft.de/hidden/news/newsdetails/papandreou-grosse-veraenderungen-sind-erforderlich/, Stand: 13. April 2010.

[10] Bergius, Michael, *Nothilfe*, in: Frankfurter Rundschau, 08.04.2010, S. 3.

[11] vgl. Busch, Berthold; Jäger, Manfred, *Der Weg zum Euro*, in: Zehn Jahre Euro. Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2008, S. 8.

[12] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Griechische Tragödie*, 2010, URL: http://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html, Stand: 29. April 2010.

gegenüber dem Euro unwiderruflich festlegte,[13] fiel fortan der Weg über die nationale Geldpolitik zur Begrenzung einer möglichen Währungsabwertung weg. Auch umgekehrt muss die EZB ihre Geldpolitik an der Währungsunion insgesamt ausrichten anstatt in einzelnen Fällen länderspezifische Geldpolitik zu betreiben. Um dieser Problematik („*one size fits all*") Abhilfe zu schaffen, wurden im EU-Vertrag von Maastricht Konvergenzkriterien eingeführt, die eine dauerhafte Funktionstüchtigkeit einer stabilen EWU-Gemeinschaft garantieren sollen. Deren Einhaltung gilt als Bedingung für die Aufnahme in die Währungsunion. Die Nettoneuverschuldung eines Mitgliedslandes der Euro-Zone darf demnach nicht mehr als 3 Prozent des BIP betragen bei einer Gesamtverschuldung, die unter 60 Prozent des BIP liegen muss.

Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung zwischen den einzelnen EWU-Staaten traten dennoch auf. Deren Ausgleich musste weitestgehend über einen Anstieg der Lohnstückkosten und des Preisniveaus stattfinden. Vor allem die südeuropäischen Länder, darunter Griechenland, verloren infolgedessen immer mehr an internationaler Wettbewerbsfähigkeit.[14] Woran es fehlt, ist eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Denn diese fallen bis dato weiterhin in den Zuständigkeitsbereich der nationalen Regierungen. Dennoch kann nicht von einer isolierten Wirtschaftspolitik eines jeden Eurolandes die Rede sein: Artikel 99 des Vertrags von Maastricht sieht vor, die Wirtschaftspolitiken der einzelnen Mitgliedsstaaten zu koordinieren. „Bestimmungen zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften über die Umsatzsteuern, die Verbrauchsabgaben und sonstige indirekte Steuern, soweit diese Harmonisierung für die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarkts (...) notwendig ist"[15] werden darin geregelt. Daneben ist der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) eine wichtige Säule der währungspolitischen Integration. Mithilfe dieses Mittels soll die Einhaltung der Konvergenzkriterien in den Mitgliedsstaaten auch nach erfolgreicher Aufnahme in die Eurozone gewährleistet sein. Über die Einhaltung wacht der Ecofin-Rat. „Das Ziel des Paktes ist es, die dauerhafte Erfüllung der fiskalischen Kriterien sicherzustellen und für solide öffentliche Finanzen zu sorgen."[16] Damit sollte der Gefahr

[13] vgl. Busch; Jäger, *Der Weg zum Euro*, S. 8.
[14] vgl. Matthes, Jürgen, *Zunehmende Ungleichgewichte im Euroraum – Gefahr für die Europäische Währungsunion*, in: Zehn Jahre Euro. Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2008, S. 120.
[15] Vertrag über die Europäische Union, siehe URL: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html, Stand: 13. Juni 2010.
[16] vgl. Busch; Jäger, *Der Weg zum Euro*, S. 19.

entgegengewirkt werden, die Aufgabe der EZB, für Preisniveaustabilität zu sorgen, durch zu hohe Haushaltsdefizite zu konterkarieren.

Doch genau dieses Szenario ist aktuell zu beobachten: Mithilfe so genannter Devisen-Swaps, einem Derivategeschäft, bei dem „Verbindlichkeiten in einer Währung gegen Verbindlichkeiten in einer anderen Währung getauscht werden,“[17] hat die US-Investmentbank Goldman Sachs der griechischen Regierung dabei geholfen, gefälschte Bilanzen an den Ecofin-Rat zu übermitteln. So kam Griechenland über den Verkauf der Schulden in Fremdwährung an verdeckte Kredite, die folglich für ein niedrigeres Haushaltsdefizit sorgten. Das Land hat Jahr um Jahr gegen den Euro-Stabilitätspakt verstoßen. Die EZB hat also ihrerseits manipulierte Leistungsbilanzen in ihre Geldpolitik miteinbeziehen müssen. Die 2010 zu Tage geförderte Gesamtschuldenlast Griechenlands liegt bei rund 300 Milliarden Euro und damit bei über 120 Prozent der Wirtschafsleistung. Auswirkungen dieser Überschuldung betreffen in letzter Instanz jedes Mitglied der Eurogruppe, denn die Aktienmärkte machen nicht vor Landesgrenzen halt. Schnell ist klar geworden: „Es geht nicht mehr nur um Griechenland, ganz Euroland steckt tief in der Krise.“[18]

Die Aufrechterhaltung der Eurozone genießt höchste Priorität - ungeachtet einiger Forderungen aus den öffentlichen Reihen sowie aus den Medien, Griechenland aus der Eurozone auszuschließen. Die europäischen Partner sind nicht verpflichtet, Griechenland finanziell zur Seite zu springen. Im Gegenteil: die *No-Bailout*-Klausel des EU-Vertrags verbietet die Übernahme der Schulden von Teilnehmerländern durch Dritte. Direkte Finanztransfers zwischen Mitgliedern der Eurozone könnten daher in Verfassungsklagen münden. Dennoch sei die Hilfe dringend notwendig, so der allgemeine Tenor. Sie begrenze die Möglichkeit eines aufkommenden „Dominoeffekts.“ Denn ähnlich dramatisch sieht die Haushaltssituation in Portugal, Irland, Italien und Spanien aus.[19] Was passieren würde, wenn man Griechenland nicht stützen würde, kann kaum einer voraussehen. Zudem kann eine Unterstützung Griechenlands als „Preis, den eine

[17] Maisch, Michael, *Wie Goldman Sachs den Griechen zur Seite sprang*, in: Handelsblatt, 24.02.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/derivategeschaefte-wie-goldman-sachs-den-griechen-zur-seite-sprang;2535423, Stand: 28. April 2010.

[18] Sleegers, Anna, *Die Märkte gehen aufs Ganze*, in: Frankfurter Rundschau, 28.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2592760_Griechenland-Die-Maerkte-gehen-aufs-Ganze.html, Stand: 29. April 2010.

[19] Zusammen mit Griechenland handelt es sich hier um die so genannten PIIGS-Staaten: diejenigen Staaten der Eurozone, in denen die Staatsverschuldung als so hoch eingeschätzt wird, dass ihnen der Staatsbankrott droht.

Gemeinschaft zahlen muss, wenn sie sich Gemeinschaft nennen will,“[20] angesehen werden.

2.2 Die Ursachen der Griechenlandkrise

Strukturelle Probleme erschwerten die Kreditnahme Griechenlands über Jahre hinweg und trieben das Land nach und nach in die Schuldenkrise. So waren es nicht nur gefälschte Bilanzen, mit denen die Behörden in Brüssel kalkuliert hatten und die das Vertrauen in griechische Staatsanleihen beschädigten. Es waren auch fehlende Staatseinnahmen, in Teilen begünstigt durch Korruption und Schwarzhandel, eine geringe Steuermoral sowie eine undurchsichtige Gesetzeslage, die dem Steuersystem langfristig schadeten. So konnten zum Beispiel einige Unternehmen 35 Prozent ihrer Gewinne aus den Jahren 2003 und 2004 von den Steuern absetzen, solange sie in ihre Modernisierung und Fortbildung der Beschäftigten investierten – eine Regelung, welche die EU-Kommission im Jahr 2007 als illegal erklärte.[21] Dennoch entfielen dem griechischen Staat damit bis zu 200 Millionen Euro Steuereinnahmen. Im europäischen Vergleich, wo die Steuerquote durchschnittlich bei 40 Prozent liegt, lag jene im Jahr 2007 in Griechenland bei 32 Prozentpunkten.[22] Die nachlässige Haushaltspolitik stellt damit eines der hauptsächlichen Probleme der griechischen Schuldenkrise dar. Diesem will die neue griechische Regierung durch eine umfassende Reform des Steuersystems aktiv entgegenwirken – eine Bedingung, die von Seiten der Europäischen Union an die finanzielle Unterstützung gebunden wurde.

Auch die Strukturen des öffentlichen Dienstes sind ein Grund für die hohe Verschuldung. Der öffentliche Dienst ist in Griechenland unter anderem dazu da, das Problem der Beschäftigung zu lösen, da eine überaus schwache Privatwirtschaft nicht genug Beschäftigung garantiert.[23] Etwa ein Viertel der griechischen Bevölkerung ist daher beim Staat angestellt. Hinzu kommt das Problem einer schwachen Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands. Gestiegene Lohnstückkosten haben die Produktivitätsrate sinken lassen und damit auch den Wettbewerb geschwächt. Zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, „sie sind die Größe, die vornehmlich darüber bestimmt, wie sich die Güterpreise

---

[20] Schellenberger, Rouven, *Europas Wutprobe*, in: Frankfurter Rundschau, 12.02.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2300694_Leitartikel-zu-Griechenland-Hilfen-Europas-Wutprobe.html, Stand: 03. Mai 2010.

[21] vgl. Salzmann, Bernd, *Im Übermaß gefährlich, Spekulanten können mit ihren Wetten Staaten an den Abgrund bringen/Mangelnde Transparenz der Märkte hilft ihnen*, in: Frankfurter Rundschau, 02.03.2010, S. 2 f.

[22] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, *Griechische Tragödie*, 2010.

[23] vgl. Jessen, Corinna, *Griechen wüten gegen die Prass-Wirtschaft*, in: Spiegel Online, 29.04.2010, URL: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691762,00.html, Stand: 30. April 2010.

bei funktionierendem Wettbewerb entwickeln,“[24] konnte es unter anderem aufgrund der geschaffenen Währungsunion kommen, da Griechenland damit die Möglichkeit, nationale Geldpolitik zu betreiben, genommen wurde. Um die schwache Konjunktur zu überdecken, hat der griechische Staat eine großzügige Ausgabenpolitik betrieben. Ein Teil davon sah Lohnerhöhungen im Staatssektor vor, über die der private Konsum stimuliert werden sollte.[25] Dadurch hatte der Staat Ausgaben zu bewerkstelligen, die um ein Vielfaches höher waren als in Staaten mit einem schlankeren öffentlichen Dienst. Sie erhöhten sich zuletzt in einem Maße, die Griechenland im Herbst 2009 nicht mehr zu kompensieren in der Lage war.

Aber nicht allein mit den Strukturschwächen der Volkswirtschaft sind die Ursachen der Schuldenkrise zu erklären. Die desolate Haushaltslage unzähliger Staaten ist vor allem, wie eingangs erwähnt, in den Kontext der im Jahr 2008 begonnenen Finanz- und Wirtschaftskrise einzuordnen. Von ihren Auswirkungen ist der griechische Staat zwei Jahre später in besonderem Maße betroffen. Um der beginnenden Rezession entgegenzuwirken und Banken vor einer möglichen Zahlungsunfähigkeit zu bewahren, häuften die Regierungen weltweit Schulden an. So auch Griechenland. Doch die Berücksichtigung von Haushaltsdefiziten allein bildet nicht die Grundlage an den Märkten, wenn es darum geht, Staatsanleihen zu erwerben. Auch Leistungsbilanzen und Marktanteile auf den internationalen Gütermärkten spielen dabei eine entscheidende Rolle. Aufgrund der bereits weiter oben erwähnten Wettbewerbsnachteile, die vor allem in den Ländern Südeuropas zu beobachten sind, führte dies im griechischen Fall dazu, dass sich die Finanzmarktspekulationen mehr und mehr auf den Zusammenbruch der dortigen öffentlichen Finanzen konzentrierten. „Die Zinssätze, die von Mitgliedsstaaten wie Spanien und Griechenland auf ihre Staatsschulden während der Krise bezahlt werden mussten, klaffen weit auseinander.“[26] Die Kurse haben sich durch die Spekulationen zunehmend zuungunsten Griechenlands entwickelt, was den Ausbruch der Griechenlandkrise letztlich unterstützte. Eine gewisse Interdependenz der beiden Krisen lässt sich folglich feststellen. Ihre Vorzeichen haben sich jedoch jeweils umgekehrt. Zunächst führten politische Deregulierungen auf dem Markt für Finanzprodukte über Jahre hinweg dazu, dass eine Verlagerung von realwirtschaftlichen hin zu finanzwirtschaftlichen Aktivitäten

[24] Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike, *Der Euro am seidenen Faden*, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 149.
[25] vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, *Griechische Tragödie*, 2010.
[26] Flassbeck; Spiecker, *Der Euro am seidenen Faden*, S. 147.

stattgefunden hat. Diese entlud sich 2008 in „einem Platzen der Kreditblase“, woraufhin Staaten intervenierten. Darunter litt wiederum das Vertrauen der Finanzakteure in die staatliche Solvenz. Dennoch lässt sich abschließend festhalten: „Nicht jedes Schuldenproblem lässt sich durch die Finanzkrise erklären. Die Griechen haben über ihre Verhältnisse gelebt (...). Aber der weltweite Schuldenrausch ist klar die Folge der Spekulationsexzesse.“[27]

2.3 Eine Chronologie der Ereignisse

Nach Bekanntwerden der hohen Staatsverschuldung wurde Griechenlands Kreditwürdigkeit am 8. Dezember 2009 erstmals durch die Rating-Agentur Fitch von „A-“ auf „BBB+“ herabgestuft. Nur wenige Tage danach, am 16. Dezember 2009, zog die Agentur *Standard & Poor's* nach: „Die Zurückstufung reflektiert unsere Ansicht, dass die kürzlich von der griechischen politischen Führung bekannt gegebenen Maßnahmen zur Minderung des hohen volkswirtschaftlichen Defizits von alleine aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu einer lebensfähigen Minderung der Belastung durch die öffentlichen Schulden führen werden“,[28] so der Kommentar eines S&P-Analytikers. Damit war zum ersten Mal seit Bestehen der Währungsunion ein Mitgliedsland nicht mehr mit der höchsten Bewertungskategorie versehen worden. Mit diesen Einschätzungen über die Finanzlage der öffentlichen Hand Griechenlands ist das Vertrauen in griechische Staatsanleihen rapide gesunken. Es wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der spätestens seit dem Jahreswechsel die Spekulationen auf eine griechische Staatspleite beflügelte. Die Zinsen inklusive der Risikoaufschläge schossen in die Höhe. Die Aufnahme griechischer Anleihen ist daraufhin teurer geworden. „Über neun Prozent Rendite musste Griechenland Anlegern bieten, damit Athen seine Staatsanleihen loswurde.“[29] Die Belastung für den Gesamthaushalt wurde durch die im Verhältnis hohen Schuldzinsen noch stärker. Für Griechenland wurde es in der Folge immer teurer, sich am Markt liquide Mittel zu beschaffen.

Seit die Überschuldung Griechenlands in den Schlagzeilen war, wuchs die Nachfrage nach so genannten Credit Default Swaps (CDS). Dabei handelt es sich um Kredit-

---

[27] Sievers, Markus, *Im Schuldenrausch*, in: Frankfurter Rundschau, 22.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2568633_Leitartikel-Im-Schuldenrausch.html, Stand: 30. April 2010.

[28] o.A., *Standard & Poor's stuft Ranking für Griechenland zurück*, in: Griechenland-Blog, 16.12.2009, URL: http://www.griechenland-blog.gr/2009/standard-poors-stuft-ranking-fuer-griechenland-zurueck/1089/, Stand: 24. April 2010.

[29] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, *Griechische Tragödie*, 2010.

derivate, mit denen sich Anleger gegen einen Ausfall für Staatsanleihen versichern können. Eine Besonderheit bei CDS-Geschäften ist, dass die Anleger die Anleihen, gegen deren Ausfall sie sich versichern, nicht zwingend besitzen müssen.[30] Das daraus resultierende geringe finanzielle Risiko brachte Investmentbanken und Hedgefonds auf den Plan, die damit Spekulationsgeschäfte betrieben. Mit Sicherheit lässt sich allerdings nicht feststellen, welche Rolle der Handel mit Kreditausfallversicherungen im Falle Griechenlands gespielt hat. Einerseits, weil diese Geschäfte nicht an den offiziellen Börsenplätzen geschlossen werden, deren Volumina also schwer zu ermitteln sind. Andererseits, weil der steigende Handel auch Ausdruck der Angst am Markt vor einem griechischen Staatsbankrott ist. Ob Anleger gezielt auf die griechische Zahlungsunfähigkeit gewettet haben, um den Euro damit zu belasten, bleibt umstritten. Unumstritten ist jedoch die fehlende Transparenz des CDS-Marktes. Schärfere Kontrollen und Verbote bestimmter Kreditderivate standen daraufhin zur Diskussion.

Am 11. Februar 2010 fand ein erster EU-Sondergipfel zu Griechenland in Brüssel statt. Finanzielle Unterstützung für die griechische Regierung wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Erwägung gezogen. Die Staats- und Regierungschefs gewährten jedoch die vollste politische Unterstützung: „Wenn es notwendig ist, werden die Länder der Eurozonen entschlossene und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um die Stabilität des Währungsraumes sicher zu stellen,“[31] so EU-Ratspräsident Herman van Rompuy. Damit erhielt Griechenland die notwendige „psychologisch-politische Rückendeckung“[32] der EU. Die Spekulanten an den Finanzmärkten erhielten das Signal zur grundsätzlichen Bereitschaft der Euro-Länder, Athen beizuspringen. „Mit welchen konkreten Instrumenten, wurde jedoch (...) bewusst offen gelassen, um [diese] im Unklaren zu lassen.“[33] Die Anleihemärkte ließen sich davon unbeeindruckt und drückten die Kurse von griechischen Staatspapieren weiter nach unten.

Nur wenige Tage danach, am 16. Februar 2010, änderten sich die Statuten der Europäischen Union tiefgreifend. An diesem Tag ist das Defizitverfahren gegen Griechenland insofern verschärft worden, als dass Griechenlands Haushaltspolitik unter die ständige Kontrolle der EU gestellt wurde. „Dieser in der europäischen Geschichte bislang

---

[30] vgl. Sleegers, Anna, *Riskant wie Pakistan?, Irrationaler Zinsanstieg zwingt griechische Regierung in die Knie*, in: Frankfurter Rundschau, 24.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/2576250_Riskant-wie-Pakistan.html, Stand: 29. April 2010.
[31] Zitiert nach Heilbrunner, Peter, *Keine finanzielle, aber „entschlossene“ Hilfe*, in: Tagesschau, 11.02.2010, URL: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenlandfinanzhilfe104.html, Stand: 03. Mai 2010.
[32] ebd.
[33] Bergius, *Nothilfe*, S. 3.

einmalige Schritt des unmittelbaren Eingriffs in die mitgliedsstaatliche Finanzpolitik wäre ohne die internationale Finanzkrise, die im September 2008 mit dem Fall der angesehenen US-amerikanischen Bank Lehman Brothers offenbar wurde, nicht vorstellbar gewesen.“[34]

Am 25. März 2010 gab es ein weiteres EU-Gipfeltreffen. Die Eurogruppe sicherte ein Hilfspaket freiwilliger bilateraler Kredite zu, wenn Griechenland seine Verbindlichkeiten nicht mehr aus eigener Kraft bedienen kann. Außerdem wurde eine Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) auf Initiative der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel erwirkt. Das Rettungskonzept galt zu diesem Zeitpunkt noch als *Ultima Ratio*. Finanzielle Unterstützung sollte nur im äußersten Notfall gewährt werden. Diese Vereinbarung wurde auf Wunsch Deutschlands hinzugefügt. Bereits zwei Wochen nachdem die Regierungschefs der Eurozone diesen Rettungsplan für Griechenland vorgestellt hatten, kletterten die Risikoprämien für griechische Staatspapiere Anfang April auf einen Höchststand. Damit geriet der „äußerste Notfall“ immer näher ins Blickfeld und zwang die Europäische Union zum Handeln, wenn sie nicht die Stabilität des Euros insgesamt in Gefahr bringen wollte.

Einzelheiten des Rettungspakets für Griechenland beschlossen die Finanzminister der Eurogruppe daraufhin am 11. April 2010: im ersten Jahr werden die Staaten der Eurogruppe Notkredite in Höhe von insgesamt 30 Milliarden für Griechenland aufbringen, der IWF wird diese um weitere 15 Milliarden Euro ergänzen. Die Zinsen, die Griechenland dafür zahlen muss, wurden bei fünf Prozent festgelegt. „Obwohl dies deutlich unter den zuletzt vom Markt verlangten 7,5 Prozent liegt, unterstrich Juncker [Premierminister Luxemburgs und Vorsitzender der europäischen Finanzministerrunde], dass Hellas keine subventionierten Zinsen erhalten werde.“[35] Die Modalitäten des Nothilfeplans mussten unter anderem auch aufgrund der Dynamik der Anleihemärkte konkretisiert werden. Vor dem Hintergrund, dass die Ratingagentur Fitch Griechenlands Bonität am 8. April 2010 nochmals herabgestuft hatte, drohte eine weitere Panikreaktion der Märkte. Diese ist zum Teil auch einem Automatismus geschuldet, der auf den Meinungen der Ratinganalysten basiert.[36] Dass private Finanzdienstleister solch enormen Ein-

---

[34] Grosse-Hüttmann, Martin, *„Rettungsgurte nicht nur für Banker“ – eine europaweite Debatte*, in: Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa, Deutschland & Europa, Heft 59, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart, 2010, S. 18.

[35] Balsen, Werner, *Bevor die Börsenglocken läuten, Vor dem Handelsbeginn in Asien verspricht Euroland den Griechen 30 Milliarden Eur*o, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2010, S. 12.

[36] vgl. Sleegers, Anna, *Die Söldner der EZB, Warum die Ratingagenturen so mächtig sind*, in: Frankfurter Rundschau, 29.04.2010, S. 4.

fluss auf die Entwicklung des Euro ausüben, lässt sich auf eine politische Entscheidung von der EZB selbst zurückführen: 2005 beschloss diese, Staatsanleihen als Sicherheiten nur noch mit von einer der drei großen Ratingagenturen bewerteten Bonitätsnote von mindestens „A-“ zu akzeptieren. Dadurch, so hoffte die EZB, könnten die Ratinganalysten Regierungen besser zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen als ihre demokratisch legitimierten Kollegen der Eurogruppe.[37] Von dieser Regelung distanzierte sich die EZB aufgrund jüngster Entwicklungen erstmals und akzeptierte zuletzt auch Papiere mit einem niedrigeren Rating. Dennoch fehlt bis heute eine staatliche Aufsichtsagentur, die das Länderrating extern, unentgeltlich und damit neutral kontrolliert.

Am 23. April gab Griechenland bekannt, dass es die Staatspleite nicht mehr alleine abwenden kann. Am Tag zuvor veröffentlichte die europäische Statistikbehörde (Eurostat) neue Zahlen, nach denen das Haushaltsdefizit 13,6 Prozent des BIP betrage und damit noch höher ausfalle als die ursprünglich prognostizierten 12,7 Prozent. „Die Glaubwürdigkeit Griechenlands bei internationalen Investoren ist dadurch erneut gesunken.“[38] Athen beantragte schließlich die Aktivierung des zuvor von den Euroländern und dem IWF gemeinsam erarbeiteten Hilfspakets. Vorab musste Griechenland jedoch ein nachhaltiges und vor allen Dingen glaubwürdiges Sparprogramm für die nächsten Jahre vorlegen.

Am 2. Mai 2010 stimmten die Finanzminister aller 16 Euro-Länder einer Freigabe des Hilfsmechanismus für Griechenland zu. EU-Kommission, EZB und IWF erarbeiteten gemeinsam mit der griechischen Regierung ein umfassendes Sanierungsprogramm, das die bereits Anfang März beschlossenen Sparschritte Griechenlands abermals übersteigt: Das Renteneintrittsalter soll heraufgesetzt werden, das 13. und 14. Monatsgehalt für den öffentlichen Dienst sollen ab einem bestimmten Bruttoverdienst entfallen. Die Beamtenbezüge werden, nachdem sie im März um sieben Prozent gesenkt worden sind, um weitere acht Prozent gekürzt. Die Mehrwertsteuer wird um weitere zwei Punkte auf 23 Prozent erhöht. „Steuern für Tabakwaren, Spirituosen und Treibstoff steigen um weitere zehn Prozent.“[39] Außerdem wird auf unbestimmte Zeit ein Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst verhängt, die öffentlichen Investitionen werden zurückgefahren, der Kündigungsschutz wird gelockert und auf Luxusgüter wird eine Sondersteuer erhoben. Ob diese Sparanstrengungen eingehalten werden, überprüfen in Zukunft EU, EZB und

[37] vgl. Sleegers, *Die Söldner der EZB*, S. 4.
[38] Riegert, Bernd, *Griechenland bittet Europa um Hilfe*, in: Deutsche Welle, 23.04.2010, URL: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5498648,00.html, Stand: 30. April 2010.
[39] Balsen, Werner, *120 Milliarden für Athen*, in: Frankfurter Rundschau, 03.05.2010, S. 1.

IWF im Dreimonats-Takt. „Im Gegenzug wollen die Europartner und der IWF den (...) Hellenen bis 2012 mit rund 120 Milliarden Euro unter die Arme greifen.“[40]

Nachdem die französische Nationalversammlung und der deutsche Bundestag jeweils am 3. Mai 2010 dem Rettungspaket zustimmten, schlossen sich der französische Senat und der Bundesrat sowie die Parlamente vieler weiterer europäischer Regierungen am 7. Mai 2010 dieser Entscheidung an. Am gleichen Abend gaben die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder ihre Zustimmung für die Griechenlandhilfe in Höhe von 110 Milliarden Euro, von denen der IWF 30 Milliarden übernehmen wird. Gleichzeitig sollte auf dem Sondergipfel des 7. Mai 2010 über mögliche Lösungen beratschlagt werden, die eine Wiederholung der griechischen Probleme in anderen Euroländern in Zukunft verhindern soll. Reihenweise Handlungsoptionen wurden bereits im Vorfeld des abschließenden EU-Gipfels zur Griechenlandkrise diskutiert, darunter die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), die Ausstattung der Eurozone mit krisenfesten Governance-Mechanismen[41] sowie bilaterale Hilfskredite. Die Vorschläge Merkels und Sarkozys, die schärfere Überwachung der Konvergenzkriterien sowie die Errichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung, haben sich als Lösungsansätze jedoch durchgesetzt. Darüber wurde auch über den 7. Mai 2010 hinaus zwischen den zwei Regierungen beraten. Diese werden im weiteren Verlauf der Arbeit ausführlich ins Visier genommen.

---

[40] Balsen, Werner, *„Rettung des Vaterlandes“, Regierung in Athen legt drastisches Sparpaket vor*, in: Frankfurter Rundschau, 03.05.2010, S. 4.

[41] Schwarzer, Daniela, *Griechenland enthüllt Schwäche der EWU, Die Eurozone braucht Instrumente zum Krisenmanagement und wirksamere wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung*, in: SWP-Aktuell 18, Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Berlin, Februar 2010, S. 3.

3 Der französische Wirtschaftsstil

„Was die Frage der Rolle des Staates in der Wirtschaft betrifft, pflegt Frankreich bis heute einen eigenen Stil und ist dabei vielen Partnern ein Dorn im Auge.“[42] Wirtschaftliches Handeln und damit einhergehende politische Betrachtungsweisen auf den Bereich der Ökonomie weisen in unterschiedlichen Nationen ganz unterschiedliche Ausprägungen auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Ökonomie nicht von den gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnissen getrennt betrachtet werden kann.[43] Volkswirtschaften sind immer auch kulturell geprägt und daher nicht ohne die Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung zu begreifen. Gesellschaft und Wirtschaft sind als ein geschichtlich gewachsenes und sich in ständiger Bewegung befindliches Ganzes zu verstehen.[44] Schon Alfred Müller-Armacks Definition des Wirtschafts- *und* Gesellschaftsstils macht offenkundig, dass diese zwei Bereiche unweigerlich zusammen gehören: Der Begriff des Stils, entnommen aus der Kunstgeschichte, als „die in den verschiedensten Lebensgebieten einer Zeit sichtbare Einheit des Ausdrucks und der Haltung“[45] ist übertragen auf die Wirtschaft überall dort zu finden, „wo die Erscheinungsformen im Bereich des Sozialen und Wirtschaftlichen den Ausdruck einheitlichen Gepräges aufweisen.“[46] Bilger bezeichnet den Begriff Wirtschaftsstil als alle spezifischen nationalen Merkmale der Wirtschaftsgesinnung und des Wirtschaftsverhaltens.[47]

Die Einbeziehung religiöser Überzeugungen, geschichtlicher Erfahrungen und Traditionen sowie weiterer kultureller Faktoren spielt bei der Beschäftigung mit dem Wirtschaftsstil daher eine wichtige Rolle. Es steht außer Frage, dass wirtschaftliche Leitbilder ebenso wie politische oder kulturelle kollektive Denkmuster identitätsstiftend wirken können.[48] Die „Andersartigkeit der französischen Wirtschaft“[49] versucht Günther Ammon daher anhand signifikanter Schlüsselwörter herauszustellen, die einen gewissen Symbolgehalt aufweisen. Diese sollen im nächsten Abschnitt beleuchtet werden.

---

[42] Uterwedde, Henrik, *Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich: Politik zwischen Etatismus und Marktwirtschaft*, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 108, Juni 2006, Ludwig-Erhard-Stiftung (Hrsg.), Bonn, 2006, S. 51.
[43] vgl. Broyer, Sylvain; Gottschalk, Marion, *Einleitung*, in: Wirtschaftssysteme im historischen Vergleich, Schefold, Bertram (Hrsg.), Stuttgart, 2004, S. 26.
[44] Ammon, Günther, *Wirtschaftsstil und Identität*, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Opladen, 1990, S. 118.
[45] Müller-Armack, Alfred, *Religion und Wirtschaft*, Stuttgart, 1981, S. 57.
[46] ebd.
[47] vgl. Bilger, François, *Konkurrenz der Wirtschaftsstile und Entwicklung der EU*, in: Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsforschung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Klump, Rainer (Hrsg.), Marburg, 1996, S. 175.
[48] vgl. Thiemeyer, Guido, *Das währungspolitische Dreiländereck*, in: Tour de France. Eine historische Rundreise, Festschrift für Rainer Hudemann, Heinen, Armin; Hüser, Dietmar (Hrsg.), Stuttgart, 2008, S. 255.
[49] Ammon, Günther, *Der französische Wirtschaftsstil*, München, 1989, S. 26.

Mit der Französischen Revolution hat sich das Leitbild des Republikanismus in Frankreich fest etabliert. Daraus resultierte die besondere Rolle des Staates, die bis heute wahrzunehmen ist. Vor allem der Begriff der „*nation*“, eines der zentralen Schlüsselbegriffe, nimmt in diesem Zusammenhang eine alles überragende Stellung ein. Jean Bodin (1530-1596) hatte den französischen Staatsbegriff als einer der ersten begründet. Er prägte ihn in dem Sinne, als dass der Staat über jeglichem politischem Leben stehe. Im Laufe des 18. Jahrhunderts erweiterte Jean Jacques Rousseau (1712-1778) dieses Konstrukt um den Gedanken der „*nation*.“ Zurückgehend auf seinen Gesellschaftsvertrag, den „*contrat social*“, wird die „*nation*“ zum Träger des Gemeinwillens, der „*volonté générale.*“[50] Über kommunikative Prozesse passt sich der Einzelwille dem der Allgemeinheit gleichsam automatisch an, sodass keine sich dem Willen der Mehrheit zu beugende Minderheit entsteht. Die persönliche Freiheit des Bürgers kann so mit dem nationalen Konsens, in den ein jeder eingebunden ist, in Einklang gebracht werden. „Hier entstand nun das, was in Frankreich bis heute als Etat-Nation bezeichnet wird, die Einheit von Staat und Nation.“[51] Das Modell des souveränen Nationalstaats „als notwendiger Bezugsrahmen der demokratischen Republik“[52] gilt seither als unabdingbar für das französische Selbstverständnis, in jeder Hinsicht einheits- und identitätsstiftend. In enger Verbindung mit der „*état-nation*“ steht der Zentralstaat. Paris als das ganze Land bestimmende Zentrum bildet den Kern der „*nation*.“ Diese hat natürliche Grenzen, die den Wirtschaftsraum fest abstecken.

Der Staat nimmt in nahezu allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine zentrale Rolle ein. So auch in wirtschaftlichen Belangen. Dennoch ist die französische Wirtschaftsordnung keine Wirtschaftsordnung im Sinne einer sozialistisch geprägten Zentralverwaltungswirtschaft. Die tragende Rolle des Staates bezieht sich vielmehr auf die politische Kontrolle des Wirtschaftssystems, ausgeübt durch die „*nation*“. Dies hat vor allem damit zu tun, dass in Frankreich die Meinung vorherrscht, die Selbststeuerungsmechanismen des Marktes seien unzureichend. Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen liegen in Frankreich in der Tradition des Colbertismus – ein Konzept, das im Zusammenhang mit dem französischen Wirtschaftsstil bis heute zu nennen ist. Jean-Baptiste Colbert (1619-1683) war am Hofe Ludwigs XIV. dessen Berater in finanzpolitischen Angelegenheiten. „Der Colbertismus ist eine politische Strategie, die das Wirt-

[50] vgl. Ammon, *Wirtschaftsstil und Identität*, S. 121.
[51] Thiemeyer, *Das währungspolitische Dreiländereck*, S. 254.
[52] Uterwedde, *Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich*, S. 52.

schaftsleben ganz in den Dienst der eigenen Nation stellt."[53] Um den Wohlstand der Nation zu sichern, führte Colbert regulierende Maßnahmen innerhalb des Wirtschaftsgeschehens ein. Der Dirigismus hat in Frankreich mit Colbert seinen Platz neben dem Kapitalismus gefunden. Wirtschaftliches Denken innerhalb der „*nation*" ist ein fest in der Politik verankertes Denken geblieben. Das Ökonomische hat sich nicht zu einer vollkommen eigenständigen Kategorie, „autonom gegenüber allen anderen Bereichen der Gesellschaft"[54] herausbilden können. Damit tritt ein weiteres Charakteristikum des Republikanismus zu Tage, das vom Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft ausgeht. Die politische Sichtweise dominiert und politisch-strategische Kategorien werden immer wieder auf das Wirtschaftsleben angewendet.[55]

Uterwedde weist jedoch darauf hin, dass eine derartige kulturelle Festschreibung, er nennt es „Prädisposition für staatlichen Dirigismus in der Wirtschaft,"[56] fragwürdig ist. Es müssten zumindest die Veränderungen der letzten Jahrzehnte berücksichtigt werden, „die mit den Kurzformeln Europäisierung, Globalisierung und Liberalisierung umschrieben werden [können]."[57] Vor diesem Hintergrund habe staatliche Wirtschaftspolitik nämlich eine deutliche begrenztere Reichweite.[58] Dennoch lässt sich in Bezug auf den französischen Wirtschaftsstil eine gewisse Mythologisierung feststellen, die bis in die Gegenwart wirkt. Denn „neo-colbertistische" Elemente sind bis heute zu verzeichnen. Nur so lässt sich erklären, dass Nicolas Sarkozy eine Neuausrichtung im Verhältnis von Markt und Staat forderte, als die Finanzkrise 2008 in Erscheinung trat: „Die Idee, dass die Märkte immer recht haben, ist eine verrückte Idee. Die Selbstregulierung, um alle Probleme zu lösen – damit ist es vorbei. Laissez-faire – damit ist es vorbei. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen dem Markt und dem Staat."[59] Der französische Staat erfüllt demzufolge auch im 21. Jahrhundert noch eine unerlässliche Funktion in den Bereichen des öffentlichen Lebens der Republik. Es bleibt festzuhalten, dass äußere Bedingungen wirtschaftspolitische Einflusssphären zwar geändert haben, das ordnungspolitische Leitbild der französischen Wirtschaft im Großen und Ganzen jedoch

---

[53] Schubert, Christian, *High-Tech-Colbertismus. Die Rückkehr des Jean-Baptise Colbert*, in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/08, BILD/GÜZ (Hrsg.), Bonn, 2009, S. 52.
[54] Ammon, Günther, *Der Wirtschaftsstil – ein Instrument zur Analyse fremder Volkswirtschaften*, S. 145.
[55] ebd., S. 147.
[56] Uterwedde, *Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich*, S. 52.
[57] ebd., S. 53.
[58] vgl. Uterwedde, Henrik, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik: Vom Etatismus zur gouvernance à la française?*, in: Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel, Festschrift für Adolf Kimmel, Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Wiesbaden, 2005, S. 183.
[59] Rede des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy am 25.09.2008 in Toulon, zitiert nach Schubert, *High-Tech-Colbertismus*, S. 53.

seiner Tradition verhaften blieb. Nach wie vor gilt: „Wirtschaftliche Entscheidungen sind politische Entscheidungen, weil es innerhalb der Nation keine autonomen Sphären geben kann, die sich der höchsten Souveränität der Etat-Nation entziehen.“[60]

3.1 Etatismus à la française

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich in Frankreich ein spezifisches Wirtschaftsmodell durch: der etatistische Kapitalismus. Die ersten drei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren gekennzeichnet von rasantem Wachstum. Frankreich hat in dieser Zeit einen enormen Strukturwandel durchlaufen, „der als wahrer ‚Sprung in die Moderne' bezeichnet werden kann.“[61] Dem Staat kam hierbei eine besondere Rolle zu, da er lenkend und fördernd in die Modernisierung des Landes eingriff. Die Industrialisierung verlief in Frankreich seit Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich langsamer. Spätestens mit dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde die wirtschaftliche Unterlegenheit vor allem im Vergleich zum deutschen Nachbarn offensichtlich. 1944 schließlich, mit dem Ende der Besatzungszeit, musste nicht nur der Wiederaufbau im Land gewährleistet werden, sondern auch „eine umfassende, nachholende Modernisierung“[62] auf den Weg gebracht werden. Den Entwicklungsrückstand Frankreichs galt es schnellstmöglich auszugleichen. „In einem breiten politischen Konsens, der von den Gaullisten bis zu den Kommunisten reichte, wurde die rasche wirtschaftliche und soziale Modernisierung zur nationalen Aufgabe erklärt.“[63]

Ihre Ausgestaltung kann anhand folgender Merkmale beschrieben werden. An erster Stelle sei das Instrument der „*Planification*“ genannt. Hierbei handelt es sich um ein System der indikativen Planung, das Orientierungshilfe für das wirtschaftliche Wachstum und die Investitionen bieten sollte.[64] Der Begriff Orientierungshilfe spielt in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle, da die marktwirtschaftliche Ordnung - anders als in einer Verwaltungswirtschaft - beibehalten wurde. Vorgesehen waren mittel- und langfristig flexible Anpassungsmechanismen der Finanz- und Investitionsplanung, nur kurzfristig sollte der Plan interventionistisch wirken.[65] Vielmehr wurde mittels einer „*économie concertée*“ ein nationaler Konsens hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsent-

[60] Thiemeyer, *Das währungspolitische Dreiländereck*, S. 254.
[61] Uterwedde, Henrik, *Französische Wirtschaft und Gesellschaft*, in: Handbuch Französisch, Kolboom, Ingo; Kotschi, Thomas; Reichel, Edward (Hrsg), 2. Aufl., Berlin, 2008, S. 568.
[62] vgl. Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 165.
[63] Uterwedde, *Französische Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 568.
[64] vgl. Ammon, *Der französische Wirtschaftsstil*, S. 153.
[65] vgl. Uterwedde, *Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich*, S. 55.

wicklung in einem Plan niedergelegt.[66] Ein solcher Plan lässt sich damit abermals auf den Gesellschaftsvertrag nach Rousseau zurückführen. 1946 ist das sogenannte „*Commissariat général du Plan*“ (CGP) gegründet worden, eine Schaltstelle zwischen Wirtschaftsministerium und Ministerpräsident. Jean Monnet fungierte als ihr erster Planungskommissar. „Monnet konzentrierte die damals äußerst knappen Finanz- und Devisenreserven auf die für den Wiederaufbau nach dem Krieg als entscheidend angesehenen Schlüsselsektoren Energie, landwirtschaftliche Maschinen, Grundstoffe und Verkehr.“[67]

Damit ist ein weiteres entscheidendes Charakteristikum staatlicher Intervention genannt, die sektorale Industrieförderung: Zweige wie die Luft- und Raumfahrt, die landesweite Energieversorgung, die Rüstungsindustrie, die Kernenergie, der Schienenverkehr etc. galten als strategisch wichtige Branchen und sind daher von staatlicher Seite in erheblichem Maße subventioniert worden. Da hier in erster Linie technologische Großprojekte im Mittelpunkt standen, ist in diesem Zusammenhang auch von „High-tech-Colbertismus“ die Rede. Auf diese Weise vollzog sich die Entwicklung der französischen Industrielandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gleichsam im „Zeitraffer.“[68] Dies wäre ohne staatliche Eingriffe in Form von Preiskontrollen, Vorfinanzierung bestimmter Forschungs- und Entwicklungsprojekte, öffentlicher Auftragssicherung u.v.m. unmöglich gewesen. Die politisch-strategische Konnotation staatlicher Wirschaftslenkung wird an dieser Stelle auf besondere Weise verdeutlicht.

1958 vollzog sich die sukzessive Öffnung der französischen Wirtschaft. Dies geschah vor dem Hintergrund der EWG-Zollunion. Sie versinnbildlicht den Beginn eines Gemeinsamen Europäischen Marktes. Für Frankreich stellte dieser Schritt einen Spagat zwischen fortdauernder etatistischer Konzeption der Wirtschaftspolitik und zunehmender Liberalisierung, zunächst auf den Rahmen des Außenhandels beschränkt, dar. Obwohl insbesondere Frankreich entscheidend dazu beigetragen hatte, die Öffnung der Märkte aktiv mitzugestalten, blieb dieser Prozess dort weiterhin von einer colbertistischen Industriepolitik durchzogen, „die sowohl defensiv auf den Schutz und die Entwicklung traditioneller Sektoren als auch offensiv auf die erwähnten technologischen ‚Zukunftsindustrien’ abzielte.“[69] Das Jahr 1958 steht gleichzeitig für den Beginn der V.

---

[66] vgl. Ammon, *Der französische Wirtschaftsstil*, S. 153.
[67] Thiemeyer, Guido, *Europa zwischen Smith und Colbert, Wirtschaftsordnungen in Deutschland und Frankreich als politische Mythen und ihre Folgen für die europäische Integration*, in: Kulturwissenschaftliches Institut Nordrhein-Westfalen, Jahrbuch 1998, Rüsen, Jörn (Hrsg.), Essen, 1998, S. 165.
[68] vgl. Uterwedde, *Wirtschaftliche Modernisierung*, S. 13.
[69] Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 171.

Republik. Während die IV. Republik gezeichnet war von instabilen Regierungen, gelang es, dank des neuen Verfassungssystems, einen starken Staat hervorzurufen, der eine solide Wirtschaftspolitik gewährleisten konnte. Bis 1970 war die Rekonstruktion der französischen Wirtschaft erfolgreich abgeschlossen.[70]

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Nachkriegsjahrzehnte durch vielfache und umfassende Strukturlenkungen seitens des Staates gekennzeichnet waren. Sie gingen unter dem von Jean Fourastié geprägten Begriff der „*trente glorieuses*" in die Geschichte ein. Auch deshalb konnte der weiter oben erwähnte politische Mythos um das französische Wirtschaftsmodell entstehen: der Erfolg der Modernisierung der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg gibt ihm recht. Dessen ungeachtet bleibt festzuhalten, dass Frankreich nicht der einzige Staat war, der in der Nachkriegszeit Einfluss auf die Wirtschaft nahm. Denn das Modell des modernen Wohlfahrtstaates bildete sich zu dieser Zeit in allen westlichen Industriestaaten heraus.[71]

3.2 Die wirtschaftspolitische Kehrtwende

Nachdem sich der Wandel von einem Agrar- zu einem modernen Industriestaat erfolgreich vollzogen hatte, setzte die französische Politik zunächst auf einen dosierten Dirigismus. 1974 wurde Valéry Giscard d'Estaing in das Amt des französischen Staatspräsidenten gewählt. Damit erhielten liberalisierende Tendenzen zunehmend Einzug in die Wirtschaftspolitik. Doch der etwa zeitgleich mit der Wahl Giscard d'Estaings eingetretene Ölschock hatte eine langanhaltende Wachstums- und Strukturkrise zur Folge, womit er gleichsam das Ende der „*trente glorieuses*" einleitete. Durch die Krise wurde der Ruf nach klassischen Schutzmaßnahmen[72] durch den Staat schon bald wieder lauter.

Mit dem sozialistischen Regierungswechsel im Jahr 1981 unter Präsident François Mittérand schwand die „eigentümliche Dominanz des Politischen, von dem sich das Ökonomische bis dato nie wirklich emanzipieren konnte"[73] schließlich nachhaltig. Zunächst unternahm die neue Regierung zwar den Versuch, den gaullistischen Etatismus „links gewendet"[74] wieder aufzunehmen. Zwei Jahre nach Amtsantritt musste von diesem Vorhaben jedoch abgelassen werden. Zum einen aufgrund innerer Widersprüche:

---

[70] vgl. Thiemeyer, *Das währungspolitische Dreiländereck*, S. 255.
[71] vgl. Uterwedde, Henrik, *Kapitalismus à la française, Die mühsame Erneuerung eines Modells*, in: Länderbericht Frankreich, Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2005, S. 174.
[72] vgl. ebd., S. 178.
[73] Ammon, Günther, *Der französische Wirtschaftsstil, Eine Bestandsaufnahme nach 12 Jahren Liberalisierung*, in: Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsforschung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Klump, Rainer (Hrsg.), Marburg, 1996, S. 127.
[74] Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 178.

Mit den 1982 eingeführten Dezentralisierungsgesetzen veränderte sich die Rolle des öffentlichen Sektors in Frankreich maßgeblich zugunsten der Gebietskörperschaften. Zum anderen forderte die wachsende Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft eine veränderte Ausrichtung des ordnungspolitischen Leitbildes. Mittérand sah sich vor die Wahl gestellt, „entweder seine Politik nachhaltig zu verändern oder aber das Europäische Währungssystem (EWS) zu verlassen – was auch eine politische Isolierung Frankreichs in der EG nach sich gezogen hätte."[75] Mittérand entschied sich für einen Kurswechsel, weshalb im Nachhinein von einer historischen „Kehrtwende der Wirtschaftspolitik"[76] die Rede ist: das Verhältnis zwischen Staat und Markt war fortan nicht mehr dasselbe. Oberste Priorität hatte künftig die Preisstabilität – nicht zuletzt, „um die auch von Frankreich gewollte Europäische Währungsunion auf eine solide Grundlage zu stellen."[77] Zuvor war die Wachstumsförderung der sektoralen Industriepolitik von einer hohen Inflation begleitet gewesen.

Die 1980er Jahre standen von da an ganz im Zeichen der Deregulierung und Liberalisierung. Zahlreiche Privatisierungen, die seit 1986 auf den Weg gebracht wurden, bildeten ihren Kern. Zusätzlich angetrieben wurde dieser Prozess durch die fortschreitende EU-Integration. Ausschlaggebend für den Abbau staatlicher Reglementierungen zugunsten stärker marktwirtschaftlicher Strukturen[78] war letztlich das EG-Binnenmarktprogramm der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987, „entscheidender Anstoß zur endgültigen Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Marktes,"[79] und die für 1991 vorgesehene Europäische Währungsunion. Die EU hatte in diesem Kontext dafür Sorge zu tragen, dass nationale Barrieren, Handels- und Wettbewerbshemmnisse beseitigt wurden und einer horizontalen Industriepolitik Platz gemacht wurde. Der französische Staat als Unternehmer wich nach und nach dem Modell des „Regulierungsstaats", der durch Setzung und Anpassung der Rahmenbedingungen das wirtschaftliche Leben im Land nunmehr beeinflusste.

---

[75] Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 178.
[76] Uterwedde, Henrik, *Ökonomische Herausforderungen 1945-2005*, in: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik (Hrsg.), 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2006, S. 148.
[77] Uterwedde, Henrik, *Wirtschaftliche Modernisierung*, S. 13.
[78] Uterwedde, *Kapitalismus à la française*, S. 179.
[79] Bilger, *Konkurrenz der Wirtschaftsstile und Entwicklung der EU*, S. 183.

3.3 Das französische Wirtschaftsmodell und die europäische Währungsintegration

Dieser Übergang zu einer liberalen Ausrichtung der Ordnungspolitik verlief jedoch nicht ohne Widersprüche. Während die Politik in ihrem Diskurs an den tradierten Leitbildern des Etatismus festhielt[80], zeichnete die Regierungspraxis ein anderes Bild. Ökonomischer Liberalismus erhielt Einzug in die realen Entwicklungen der Wirtschaftspolitik. Dennoch wurde er im gleichen Zug zur Zielscheibe „einer heftigen, ideologischen Kritik, die parteiübergreifend weite Teile der französischen Öffentlichkeit erreicht und [ihn] als unvereinbar mit den republikanischen Werten Frankreichs frontal angreift.“[81]

Mit Beginn des Jahres 1983 vollzog sich in Frankreich allmählich der Abschied von einer allgegenwärtigen, staatslastigen Wirtschaftsordnung. Auch wenn dieser Abschied mittlerweile konsensfähig geworden ist[82], so fehlt dem Staat nunmehr ein identitätsstiftendes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Sinne der „*volonté générale*.“ Staatliches Handeln in Form eines aktiven Eingreifens in ökonomische Prozesse ist zunehmend abgeschwächt worden: „Der allumfassende Zentralstaat, der gleichzeitig als Unternehmer, Regelsetzer, oberster Kontrolleur und Financier auftrat, (...) sieht sich einem weit reichenden Veränderungsdruck ausgesetzt.“[83] Ein allgemeiner Bedeutungsverlust von Nationalstaaten im Kontext von Europäisierung und Globalisierung ist nicht nur in Frankreich zu beobachten. Auf europäischer Ebene wurden weite Teile der Wachstums-, Industrie- und Wettbewerbspolitik in den Kompetenzbereich der europäischen Behörden übertragen und damit der politischen Einflussnahme der Regierungen entzogen. Die Aufrechterhaltung des französischen Wirtschaftsstils war vor dem Hintergrund der europäischen Integration demnach ein schwieriges Unterfangen. Denn der Geltungsbereich der „*nation*“ hat sich mit der Öffnung hin zu einem gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt grundlegend geändert. Der ursprünglich auf die Grenzen des Hexagons beschränkte Wirtschaftsraum weitete sich 1991 auf ganz Europa aus. „Nachdem die ‚*nation*’ als Wirtschaftsraum zu klein geworden war, stellt nun der gemeinsame Markt das Territorium dar, in dem sich die Wirtschaft entfalten soll.“[84] Dies sollte weiterhin nach traditionellen politisch-strategischen Denkmustern geschehen: „Frankreich sieht Europa als einen vergrößerten nationalen Raum mit klaren Grenzen und mit einer relativ

[80] vgl. Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 179.
[81] ebd., S. 180.
[82] ebd.
[83] Uterwedde, *Kapitalismus à la française*, S. 184.
[84] Ammon, *Der Wirtschaftsstil – ein Instrument zur Analyse fremder Volkswirtschaften*, S. 147.

zentralistischen inneren Ordnung und Lenkung. Es vertritt also eine Integrationsstrategie, die der Vertiefung Vorzug gibt gegenüber der Erweiterung, und die Konzeption einer gelenkten und nach außen hin abgeschirmten Marktwirtschaft mit einem teilweise vom Staat mitbestimmten Kapitalismus und starken und ausgedehnten gemeinsamen Politiken."[85] Der Anspruch, planend und gestaltend sowie kontrollierend und steuernd in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, wird auch auf europäischer Ebene weiterhin geltend gemacht. „Was der Nationalstaat in einer immer stärker integrierten EU nicht mehr zu leisten vermag, so ist die Logik der französischen Vorstöße, muss durch eine aktive EU-Wirtschaftspolitik kompensiert werden."[86] Wesentliche Elemente der französischen ordnungspolitischen Tradition sind daher auf die europäische Ebene transferiert worden:[87] Als Pendant zum SWP wurden auf französischen Wunsch die Tagungen der Eurogruppe ins Leben gerufen – ein aus der Sicht französischer Politiker „zentrales Gremium für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten."[88] Damit sollte die Gestaltung der Wirtschaft in den Zuständigkeitsbereich der europäischen Politik übertragen werden.

Die veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen der letzten Jahrzehnte blieben nicht ohne Wirkung für den französischen Wirtschaftsstil. Seine besondere Rolle kann dem französischen Staat damit jedoch noch keineswegs abgesprochen werden. Im Gegenteil: Es steht zu vermuten, dass der Staat, der die französische Nachkriegszeit so entscheidend geprägt hat, auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird[89]. Jedoch spricht man heute von einem staatsgeförderten Kapitalismus, anstelle eines staatsgelenkten Kapitalismus. Gerade in Krisenzeiten kann es jedoch mitunter schwer fallen, jene veränderten Formen wirtschaftspolitischer Maßnahmen durchzusetzen. „Angesichts einer anhaltenden schwierigen Wirtschaftslage und krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklungen liegt oftmals ein Rückzug auf tradierte Werte näher als die Bereitschaft, sich auf Veränderungen einzulassen."[90]

---

[85] Bilger, *Konkurrenz der Wirtschaftsstile und Entwicklung der EU*, S. 179.
[86] Kauffmann, Pascal; Uterwedde, Henrik, *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise: Auf der Suche nach der verlorenen Kovergenz*, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), URL: http://www.dfi.de/de/pdf/VerloreneKonvergenz.pdf, Stand: 17. Juli 2010, S. 5.
[87] Thiemeyer, *Europa zwischen Smith und Colbert*, S. 173.
[88] Archiv der Gegenwart, 1997, 42505B EU-Gipfel in Luxemburg, 13.12.1997, zitiert nach ebd.
[89] vgl. Uterwedde, *Kapitalismus à la française*, S. 189.
[90] Uterwedde, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik*, S. 184.

4 Die Griechenlandkrise in der französischen Presse

Wie bereits in Kapitel 1 herausgearbeitet wurde, können die Wirtschaftsnachrichten einzelner Länder Auskunft über (wirtschafts-)journalistische Gepflogenheiten geben. Aus der im vorigen Kapitel erfolgten Analyse des französischen Wirtschaftsstils ging die politische Herangehensweise Frankreichs an ökonomische Probleme hervor. Als eine Konsequenz daraus beobachtete Günther Ammon, dass in der französischen Wirtschaftspresse in auffallender Weise ein politisch-militärisches Vokabular auf wirtschaftliche Konkurrenzsituationen angewandt wird.[91] Diese Beobachtung ließ sich auch in den Artikeln im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise vielfach machen.

4.1 «L'euro ou la guerre» - die Reaktionen auf die Griechenlandhilfe

Die am 2. Mai 2010 beschlossene finanzielle Hilfe für Griechenland stellte in Frankreich so etwas wie den „lang ersehnten" Vollzug europäischer Solidarität dar. Die finanzielle und politische Unterstützung Griechenlands war in Frankreich konsensfähig. Die Konkretisierung der finanziellen Maßnahmen ermöglichte das vorläufige Ende der griechischen Schuldenprobleme. Was dies für die Zukunft des Euro und Europas bedeutete, blieb abzuwarten, wurde aber in der Presse umfassend diskutiert.

Der 9. Mai 1950 gilt als Ausgangspunkt der europäischen Integration. Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), basierend auf dem Schuman-Plan, entstand ein erstes gemeinsames Projekt auf europäischer Ebene, das zudem als Ausgangspunkt deutsch-französischer Zusammenarbeit angesehen werden kann. Sechzig Jahre später, in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2010, verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU ein spektakuläres Rettungspaket für den Euro. Am 2. Mai 2010 wurde das 110 Milliarden Euro umfassende Rettungspaket für Griechenland in Brüssel beschlossen. In der darauf folgenden Woche stürzten sich die Märkte auf finanzschwache Länder wie Portugal und Spanien. «En liant le plan d'aide à la Grèce à des conditions délirantes, l'Europe a semé le doute sur la crédibilité de sa réponse et ouvert la brèche aux spéculateurs,»[92] so die im *Express* zu lesende Einschätzung von Xavier Timbeau, Direktor des *Observatoire Français des Conjonctures économiques* (OFCE). Ein weiteres, nunmehr 750 Milliarden Euro schweres Rettungspaket, wurde erforderlich. «Soixante ans après la déclaration lancée par Robert Schuman, la

[91] vgl. Ammon, *Der französische Wirtschaftsstil*, S. 122.
[92] Cousteau, Libie, *Euro. Un sauvetage à hauts risques*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 43 f.

crise grecque s'est élargie en krach d'une Europe qui joue désormais son statut.»[93] Die führenden Politiker Europas haben in diesem Moment die Wahl, so der *Nouvel Observateur*: «Accepter une intégration plus poussée ou risquer la désintégration.»[94]

Der *Express* beschrieb das Ereignis des 9./10. Mais 2010 mit den Worten: «Le Blitzkrieg déclenché en fin de semaine dernière pour voler au secours de la monnaie unique s'est conclu, lundi 10 mai, à 2 h 30 du matin, sur une première victoire.»[95] Dem Leitartikler des *Express* zufolge, Christophe Barbier, sollten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auflehnen, um die ihnen zustehende Macht zu erobern: «Un putsch légitime est donc nécessaire, car il ne s'agit plus de sauver la Grèce d'un déclassement irréversible, il s'agit de nous sauver en sécurisant notre monnaie.»[96] Zuvor führte er aus, dass ihre Aktionen bisher weitestgehend wirkungslos seien: «Il manque l'audace. Il manque l'ambition. Il manque la politique. (...) L'euro est un bouclier percé et la BCE un sabre de bois: pour la guerre économique qui fait rage, c'est un peu juste.»[97] In seinem Editorial des 4. März 2010 kritisierte Barbier die Vorgehensweise der Spekulanten: «Si l'on refuse que soit rasée notre Europe, il faut contre-attaquer. (...) Il faut donc non les convaincre mais les combattre, avec leurs armes, et les ruiner avant qu'ils ne nous ruinent.»[98] Am 11. Februar 2010 schrieb er: «(...) ne pas utiliser l'arme monétaire, c'est renforcer l'adversaire.»[99] Im weiteren Verlauf der Arbeit finden sich in diversen anderen Zeitungen Belege für das von Ammon festgestellte politisch-militärische Vokabular in der Wirtschaftspresse.

Daran, dass der Fall Griechenland im Jahr 2010 Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Krise des Euros und der gesamten EU wurde, ließen französische Journalisten keine Zweifel. Auch daran nicht, dass eine mangelnde politische Gemeinschaft ihr Verursacher war. «Surtout, le Vieux Continent a étalé ses divisions au sujet de la Grèce: cible des spéculateurs, au bord de la faillite, le pays a même dû faire appel au Fonds monétaire international (FMI) pour assumer un sauvetage que les Européens ne voulaient pas prendre seuls à leur charge.»[100] Zwei Wochen später hieß es in der selben Zeitschrift: «Les atermoiements pour répondre à l'urgence grecque auront précipité

[93] Baverez, Nicolas, *La meilleure réponse à la crise: la compétivité*, in: Le Point, 13.05.2010, S. 62.
[94] Fay, Sophie; Funès, Nathalie et al., *Faut-il brûler l'euro?*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 60.
[95] Cousteau, *Euro. Un sauvetage à hauts risques*, S. 43.
[96] Barbier, Christophe, *Le deuxième sceau*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 3.
[97] ebd.
[98] Barbier, Christophe, *SOS euro*, in: L'Express, 04.03.2010, S. 3.
[99] Barbier, Christophe, *Coût d'Etat ou coup d'Etat?*, in: L'Express, 11.02.2010, S. 3.
[100] Abescat, Bruno; Masse-Stamberger, Benjamin, *Euro. L'épreuve du feu*, in: L'Express, 29.04.2010, S. 47.

l'Europe dans une crise majeure.»[101] Die Presse dieser Tage, kurz bevor am 19. Mai 2010 eine griechische Staatsanleihe fällig wurde und Griechenland eine dementsprechend klare Zusage über ein europäisches Kreditprogramm brauchte, warf der Eurozone mangelnde Solidarität vor. «Le psychodrame grec aurait pu être évité. (...) Mais à aucun moment les Européens n'ont su manifester l'unité minimale qui aurait permis de rassurer les marchés»,[102] notierte der *Express* noch am 29. April 2010. Im *Nouvel Observateur* stand dazu: «La spirale spéculative s'enclenche, encouragée par le défaut de solidarité des Etats de l'eurozone.»[103] Doch die Nervosität der Märkte sei nicht nur der Unentschlossenheit verschiedener Regierungen Europas geschuldet. Auch die Aussagen einiger Euroskeptiker – zumeist namhafte Ökonomen und Juristen, sowohl aus dem angelsächsischen als auch aus dem (kontinental-)europäischen Raum – trugen zur nachlassenden Solidität des Euro bei. «Ces discours ont entretenu la nervosité des marchés.»[104] Ihre Aussagen tragen zudem nicht unwesentlich zur öffentlichen Meinungsbildung bei. Der *Nouvel Observateur* zeigte sich erstaunt darüber, dass selbst aus französischen Reihen das nahe Ende des Euro heraufbeschwört wurde: «En Allemagne, en Grèce – et même en France –, des voix s'élèvent pour expliquer que la monnaie unique est vouée à l'implosion.»[105] Sarkozy sagte zu Beginn der Verhandlungen über das Euro-Rettungspaket am Abend des 7. Mai 2010: «Nous ne pouvons pas laisser tomber l'euro, l'euro, c'est l'Europe, et l'Europe, c'est la paix.»[106] Diese Äußerung brachten die Autoren des Artikels auf die Kurzformel «L'euro ou la guerre» und führten weiter an: «C'est le mot d'ordre sous lequel l'Europe assaillie tente de rallier ses opinions publiques.»[107] Die Gefahr für den Frieden in Europa sah auch Christophe Barbier vom *Express*: «L'enjeu n'est pas seulement le confort monétaire ni la prospérité écnonomique: c'est la paix. Si l'euro se fracture, les égoïsmes flamberont, qui feront bouillir en six mois la marmite des nationalismes et en cinq ans chauffer la forge de la guerre.»[108]

In der französischen Presse wurde vermehrt erwähnt, dass nicht Griechenland allein die Schuld an den Konsequenzen trage, die der Eurozone aus der griechischen Schuldenkrise entstanden sind. Denn die gefälschten Bilanzen Griechenlands waren der EU seit Längerem bekannt. «Mais qui est le coupable? La Grèce, qui a truqués ses chiffres,

---

[101] Cousteau, *Euro. Un sauvetage à hauts risques*, S. 43.
[102] Abescat; Masse-Stamberger, *Euro. L'épreuve du feu*, S. 47.
[103] Fay; Funès et al., *Faut-il brûler l'euro?*, S. 62.
[104] ebd.
[105] ebd. S. 60.
[106] Zitiert nach: ebd.
[107] ebd.
[108] Barbier, *Le deuxième sceau*, S. 3.

ou l'UE, qui n'a rien vu et n'a puni personne?»[109] Bereits 2004, so berichtete der *Monde*, unterrichtete der damalige griechische Finanzminister, Georgios Alogoskoufis, die zuständigen Brüsseler Behörden über die fehlerhaften Zahlen des griechischen Etats. Unternommen habe man jedoch nichts. «C'est comme ça: l'Union européenne met en garde, distribue des cartons jaunes, mais ne sévit pas.»[110] Daher wird der EU aus manchen Reihen auch eine gewisse Eigenverantwortung für ihre Lage zugeschrieben. So zum Beispiel von Jean Pisani-Ferry, Direktor des europäischen *Think-Tank* Bruegel,[111] der sich in einem Interview mit dem *Express* dazu äußerte: «Dans le cas grec, (...), les Européens ont une responsabilité: on n'a pas demandé un audit des comptes du pays, alors que l'on savait depuis longtemps qu'il existait des dysfonctionnements.»[112]

Dennoch ist der Betrug des griechischen Finanzministeriums und seine Folgen auch in der französischen Presse, teilweise auf eine mehr oder weniger neutrale Art und Weise, ausführlich thematisiert worden. «Quand l'évasion fiscale et la fuite des capitaux sont des sports nationaux, que l'administration fiscale, gangrenée par la corruption, est totalement défaillante, l'austérité va sans tout amaigrir le malade,»[113] kommentierte der *Nouvel Observateur* die Anfang Mai beschlossene Griechenlandhilfe. Zu dem Rettungspaket äußerte sich der *Monde* am 4. Mai 2010: «Habitués jusque-là à dépenser sans compter, les Grecs vont devoir apprendre à l'inverse.»[114] Im *Express* war davon in der Ausgabe von Anfang Februar zu lesen: «(...) la péninsule héllenique était depuis plusieurs mois déjà dans le collimateur des marchés, coupable de laxisme budgétaire et, surtout, d'avoir maquillé ses comptes pour masquer l'étendue des dégâts (...).»[115] Im gleichen Artikel sprach der Autor von einer «intensification de la lutte contre la fraude fiscale»,[116] die der griechische Staat vornehmen müsse. Alles in allem sind die desolaten, beschönigten Finanzen Griechenlands von der französischen Presse jedoch nicht zum Anlass genommen worden, den Vorschlag zu machen, Griechenland aus der Eurozone auszuschließen. Auch war in den mir vorliegenden Artikeln an keiner Stelle davon zu lesen, dass die Franzosen den Französischen Franc wieder einführen wollten. Beide

[109] Gatinois, Claire; Renterghem, Marion van, *La Grèce au bal des hypocrites*, in: Le Monde, 20.02.2010, S. 15.
[110] ebd.
[111] Die Denkfabrik Bruegel, mit Sitz in Brüssel, setzt sich mit Fragen europäischer und internationaler Wirtschaftspolitik auseinander.
[112] Masse-Stemberger, Benjamin, Interview mit Jean Pisani-Ferry, *Euro. La leçon grecque*, in: L'Express, 15.04.2010, S. 52.
[113] Tatu, Natacha, *Grèce: Thérapie à haut risque*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 66.
[114] Georgoutsos, Catherine, *Salaires, retraites, impôts, libéralisation, concurrence, une thérapie de choc*, in: Le Monde, 04.05.2010, S. 12.
[115] Masse-Stamberger, Benjamin, *Euro. L'épreuve grecque*, in: L'Express, 04.02.2010, S. 54.
[116] ebd. S. 55.

Punkte sind vielmehr ein unter den zumeist bürgerlichen Zeitungen und Zeitschriften der deutschen Presselandschaft zu beobachtendes Phänomen gewesen, was auch die französische Presse aufgriff: «L'Allemagne, va-t-elle devoir lâcher l'euro pour revenir au mark?»[117]

Sicher kann man nicht für alle Franzosen sprechen, wenn es darum geht, die öffentliche Meinung bezüglich der Griechenlandkrise in ihrer allgemeinen Ausprägung abzubilden. Eine am 30. April 2010 im *Monde* veröffentlichte Umfrage der *Fondation pour l'innovation politique* (*Fondapol)* unternahm jedoch den Versuch, die in Frankreich vorherrschende Meinung darzustellen: «Il y a un paradoxe. Nous sommes attachés, plus que d'autres, à la puissance nationale. Mais est aussi solidement ancrée à l'idée que l'Etat n'a plus les moyens de ses prétentions, que le monde est devenu trop vaste pour que l'on puisse raisonnablement y réussir mieux tout seul plutôt qu'avec les autres.»[118] Vor diesem Hintergrund erkläre sich, dass die Länder Südeuropas («plus solidaires et compassionnels»[119]), darunter Frankreich, mit einer nicht erfolgten Unterstützung für Griechenland die Legitimität Europas infrage stellten. Solidarisches Handeln der europäischen Länder im Fall der Griechenlandkrise war Frankreich während des ganzen untersuchten Zeitraums ein zentrales Anliegen. «Laisser la Grèce à ses problèmes serait la victoire des spéculateurs. La politique, c'est aussi la solidarité dans les moments difficiles»,[120] so die Antwort des Fraktionschefs der *Union pour un mouvement populaire* (UMP), Jean-François Copé, auf die Kritiker der Griechenlandhilfe. Sie versinnbildlicht das Credo des französischen Wirtschaftsstils in der Zeit der Griechenlandkrise.

Dass die Solidarität aller europäischen Länder mit Griechenland solange auf sich warten ließ, wurde vor allem dem deutschen Nachbarn zugeschrieben. «En cause: l'Allemagne, qui continue à freiner des quatre fers,»[121] war noch wenige Tage vor Beschluss der Griechenlandhilfe im *Express* zu vernehmen. In dem zwei Wochen zuvor geführten Interview mit Jean Pisani-Ferry fragte der Autor des *Express* ihn: «La crise a mis à mal la solidarité européenne, en particulier celle de l'Allemagne à l'égard des pays du ‹Club Med›. Cela ne risque-t-il pas de laisser des traces?»[122] Pisani-Ferry be-

---

[117] Milcent, Blandine*, L'Allemagne ne joue plus*, in: L'Express, 29.04.2010, S. 50.
[118] Jaxel-Truer, Pierre, Interview mit Dominique Reynié von Fondapol, *«En Europe, il y a deux types de réactions face à la crise grecque»*, in: Le Monde, 30.04.2010, S. 9.
[119] ebd.
[120] Zitiert nach: Roger, Patrick, *Le scepticisme à l'encontre de l'Europe est de retour dans le débat politique, «C'est le printemps de tous les dangers», affirme le sécrétaire d'Etat chargé des affaires européennes*, in: Le Monde, 30.04.2010, S. 9.
[121] Abescat; Masse-Stemberger, *Euro. L'épreuve du feu*, S. 47.
[122] Masse-Stemberger, *Euro. La leçon grecque*, S. 52.

antwortete sie, indem er darauf verwies, dass vor allem die Eurogegner Deutschlands damals bei der Einführung des Euro vor der Aufnahme südeuropäischer Länder warnten, da sie Transferzahlungen gleichsam voraussagten. Diesen Umstand griff auch Delhommais vom *Monde* auf: «A l'époque, c'était tellement facile, les gnomes de Francfort furent accusés de racisme monétaire.»[123] Abgesehen davon bezeichnete Pisani-Ferry die deutsche Berichterstattung jedoch als vereinfachend, da dem Steuerzahler kommuniziert werde, dass die Unterstützung für Griechenland hauptsächlich auf seine Kosten ginge. Dass der französische Bürger in gleichem Maße um seine Steuergelder fürchtete und daher die Hilfe Griechenlands ablehnte, war in dieser Form in den mir zur Verfügung stehenden Aritkeln nicht erkennbar. Die Diskussion darüber hat sich eher auf die Auseinandersetzung mit der deutschen Berichterstattung verlagert.

Die unterschiedliche öffentliche Meinung in Deutschland und Frankreich machte ein geschlossenes Vorgehen der beiden Regierungen vor und nach Inkrafttreten der Griechenlandhilfe nicht unmöglich, im Gegenteil: Erklärtes Ziel war, Lehren aus dieser Krise zu ziehen. Und so kam es, dass Sarkozy und Merkel am 6. Mai 2010 einen gemeinsamen Brief an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission verfassten. Darin hieß es: „Damit die Wirtschafts- und Währungsunion eine Erfolgsgeschichte bleibt, wird es nicht ausreichen, lediglich diese Krise zu bewältigen. Wir müssen einen Schritt weitergehen und die Lehren ziehen, indem wir alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit sich eine solche Krise nicht wiederholt. Zunächst müssen wir die wirtschaftspolitische Koordinierung für den Euroraum stärken."[124] Auch die zukünftige Finanzmarktregulierung und eine Verbesserung der Überwachungsmechanismen von Eurostat waren Bestandteil der deutsch-französischen Vorhaben. „Der 9. Mai 2010 mag einmal als wichtiger Meilenstein der europäischen Integration in die Geschichtsbücher eingehen. Auf jeden Fall gilt 2010 dieselbe grundlegende Erkenntnis, wie sie von Robert Schuman 1950 formuliert wurde: ‚Deutschland und Frankreich müssen vorangehen.'"[125] Zu dieser Erkenntnis zu gelangen, war ein langwieriger politischer Prozess. Dieser soll im folgenden Kapitel dargestellt werden.

---

[123] Delhommais, Pierre-Antoine, *La bise des marchés et la cigale athénienne*, in: Le Monde, 02./03.05.2010, S. 14.
[124] Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.), *Gemeinsamer Brief von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission*, 06.05.2010, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/05/2010-05-06-brief-merkel-sarkozy.html, Stand: 16. Mai 2010.
[125] Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires Etrangères (Hrsg.), *Le retour aux fondamentaux – les relations franco-allemandes en 2010*, Rede von Dr. Gerhard Cromme am 1. Juni 2010 in Paris, URL: http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Rede-von-Gerhard-Cromme-Le-retour,5548.html, Stand: 08. Juli 2010.

4.2 Das Krisenmanagement der Kanzlerin Merkel stieß in Paris auf Kritik – die deutsch-französische Freundschaft in Gefahr?

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy sei schon seit Januar davon überzeugt gewesen, dass man handeln müsse. Der *Express* berichtete von einer seiner Reden vom 4. Mai 2010 vor seinen Parteifreunden der UMP im Elysée-Palast, in der er die deutsche Politik scharf attackierte: «Si on l'avait fait en février, cela nous aurait coûté 20 milliards d'euros, mais ils n'ont pas voulu. En mars, cela nous aurait coûté 30 milliards, mais ils ne voulaient toujours pas. En avril, 60 milliards, mais c'était toujours non.»[126] Der Betrag des Rettungspakets für Griechenland belief sich am Ende auf 110 Milliarden Euro. Doch Sarkozy betonte in seiner Rede, dass Frankreich nichtsdestotrotz auf die Hilfe von Berlin angewiesen gewesen sei und zudem das einzige Land, das den Kontakt mit Deutschland beibehalten habe.

Den Ruf der „Madame Non" hat Bundeskanzlerin Angela Merkel schon gegen Ende des Jahres 2008 von der französischen Presse, damals im Zusammenhang mit der Lehman-Pleite, erhalten. Damals wurde ihr zögerliches Verhalten im adäquaten Umgang mit der beginnenden Wirtschaftskrise vorgeworfen: ihr wochenlanger Widerstand gegen das internationale Drängen auf staatliche Wirtschaftshilfen wurde nicht geschätzt. Anfang 2010 war es wieder die Unentschlossenheit der Bundesregierung, Griechenland möglichst zeitnah eine finanzielle Unterstützung zuzusichern, die von der französischen Regierung kritisiert und als mangelnde Solidarität mit den europäischen Mitgliedsstaaten an die Öffentlichkeit getragen wurde.

Zunächst legte Papandreou am 14. Januar 2010 seinen Plan zur Sanierung der griechischen Staatsfinanzen vor. Am gleichen Tag sprach Merkel, so wird es in einer am 11. Februar 2010 von *Les Echos* veranschaulichten Chronologie der Ereignisse rund um Griechenland wiedergegeben, von einer „sehr schwierigen Phase"[127], in die der Euro aufgrund der griechischen Situation geraten werde. Ob hier ein expliziter Zusammenhang bestehe zu darauf gefolgten weiteren Unruhen an den Finanzmärkten, wurde unkommentiert gelassen. Doch die Auseinandersetzungen in Deutschland mit der Griechenlandkrise, derer sich auch die französische Presse in aller Ausführlichkeit annahm, wurden dadurch bereits offenkundig. Welche Veränderungen die deutsch-französischen

[126] o.A., *La charge*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 13.
[127] Chatignoux, Catherine, *Crise grecque: Paris et Berlin veulent adresser un message «fort» aux marchés*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.

Beziehungen vor dem Hintergrund der Griechenlandkrise erfuhren, wird im Folgenden anhand der Tagespresse nachgezeichnet.

4.2.1 Ein deutsch-französischer Vorstoß für Griechenland

Von Beginn an traten beachtliche Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich über den richtigen Umgang mit dem griechischen Partner zum Vorschein. Dennoch wurden sie ihrer Rolle als ‚Motor Europas' in der Griechenlandkrise ein weiteres Mal gerecht, denn der Lösungsvorschlag bei dem ersten EU-Sondergipfel vom 11. Februar 2010 wurde unter maßgeblichem Einfluss der beiden Staaten erarbeitet.

Das Schnüren eines Hilfspakets, das konkrete Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung Griechenlands beinhaltete, ließ bis Ende März auf sich warten. Ganz im Gegensatz zu den ersten politischen Bekundungen, auf europäischer Ebene gemeinsam für die Rettung Griechenlands einzutreten. Davon konnte man Anfang Februar in nahezu allen Zeitungen lesen. Nachdem sich Deutschland jener Rettung gegenüber lange Zeit feindlich gesinnt («longtemps hostile»[128]) gezeigt hatte, informierte die deutsche Regierung den Bundestag am 10. Februar 2010, einen Tag vor dem Brüsseler Sondergipfel, über die Aktivierung von Hilfsmaßnahmen für Griechenland. *Le Monde* berichtete, dass Deutschland lange gezögert habe, sich nun aber seinem Schicksal ergebe, um Griechenland zur Hilfe zu eilen.[129] Im selben Artikel wurde ein hoher Beamter aus Deutschland zitiert, der die Ausgestaltung des Rettungsplans konkretisierte. Da es der Maastrichter Vertrag verbiete, direkte finanzielle Hilfen durch die EZB erfolgen zu lassen, könne allenfalls eine rein europäische Entscheidung in Betracht gezogen werden: «Ce qui est possible, c'est une concertation entre Etats-membres. Aucune institution européenne n'a des moyens propres: la Commission n'a pas d'argent, la BCE ne peut s'en mêler. Les seuls qui restent, ce sont les Etats et ils hésitent à en parler.»[130] Bilaterale Hilfen, über die in den einzelnen Eurostaaten je parlamentarisch abgestimmt werde, könnten als Ausweg dienen. Der *Express* prognostizierte bereits eine Woche vor dem Sondergipfel, am 4. Februar 2010, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass die europäischen Regierungschefs Griechenland fallen lassen würden. Bereits hier rückte Deutschland in den Fokus: «Même l'Allemagne, qui réchigne à nettoyer les écuries de son turbulent voisin,

[128] o.A., *L'Allemagne organise le sauvetage de la Grèce*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 1.
[129] vgl. Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *Les Européens accélèrent les préaparatifs pour voler au secours de la Grèce*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 8.
[130] ebd.

a assuré que la Grèce jouissait du ‹soutien total [...] de l'Union Européenne›.»[131] Zu groß seien die Bedenken vor einer Kettenreaktion innerhalb der Eurozone, sollte der griechische Staat bankrott gehen.

Der deutschen Regierung wurde von Beginn an eine besondere Verantwortlichkeit («responsabilité particulière»[132]) zugeschrieben. *Les Echos* notierte, Deutschland scheine auf dem Weg zu sein, mehr Zusammenarbeit innerhalb der Eurozone zu erwirken. «Dans la crise actuelle, le gouvernement Merkel est particulièrement scruté»[133]: Erstens stelle Deutschland mit 27 Prozent den größten Anteil des europäischen BIP. Zweitens habe Deutschland bei der Einführung der Gemeinschaftswährung zu dem besonderen Status der EZB beigetragen. Dieser sei nun, nachdem er von Beginn an in den Augen vieler Franzosen besonders kritisch gesehen wurde, im Falle eines *Bail-out* Griechenlands zu einem ernsthaften Problem geworden. «Une clause à laquelle les Allemands demeurent très attachés, et qui complique les tractations en cours pour soutenir Athènes si nécessaire».[134] Drittens seien deutsche Banken in besonderem Maße in riskante griechische Anleihegeschäfte verwickelt und viertens begegne der deutsche Staatshaushalt der Krise verhältnismäßig gesund, mit einem Haushaltsdefizit von 6 Prozent für das laufende Jahr 2010. Trotz dieser Gewichtung im Euroraum, so fügte die Zeitung hinzu, blieben die Galionsfiguren der [deutschen] Regierung stumm.[135]

Die besondere Rolle Deutschlands in der Griechenlandkrise, die sich aus den oben genannten Gründen ergibt, wurde also seitens der französischen Presse durchaus eingeräumt. Dennoch, so wurde unterstrichen, sei die Griechenlandhilfe, wie sie der Öffentlichkeit am 11. Februar 2010 in Form von politischer Unterstützung durch die EU vorgestellt wurde, nicht ohne den entschiedenen Beitrag der französischen Regierung erarbeitet worden. Vielmehr kann das besondere Gewicht Deutschlands auf das der deutschen und französischen Regierung gemeinsam übertragen werden, wobei letztere vorerst nicht mit der Beteiligung der deutschen Regierung gerechnet hatte: «Si, sur ce terrain, les Allemands apparaissent, contre toute attente, les plus actifs, les Français n'étaient hier pas en reste,»[136] berichtete *Le Figaro* am 11. Februar 2010 über das Tele-

---

[131] Masse-Stamberger, *Euro. L'épreuve grecque*, S. 55.
[132] Meyer, Karl de, *Berlin souhaiterait des outils de pression contre les pays laxistes*, in: Les Echos, 10.02.2010, S. 7.
[133] ebd.
[134] Calla, Cécile; Ricard, Philippe, *La création d'un fonds monétaire européen pour secourir un pays de la zone euro ne fait pas l'unanimité, La France voit le projet avec réserve, l'Allemagne est partagée, la BCE s'y oppose*, in: Le Monde, 10.03.2010, S. 13.
[135] vgl. Meyer, *Berlin souhaiterait des outils de pression contre les pays laxistes*, S. 7.
[136] Barluet, Alain, *Nicolas Sarkozy et Angela Merkel veulent marquer de leur empreinte le plan de sauvetage européen*, in: Le Figaro, 11.02.2010, S. 18.

fongespräch zwischen den beiden Regierungschefs. Merkel und Sarkozy tauschten sich am Vortag des Sondergipfels bereits zur geplanten Griechenlandhilfe aus und würden die Gespräche am Rande des Gipfels auch fortführen. Sie bevorzugten bilaterale Hilfen und würden überdies im Notfall allen anderen europäischen Ländern voran das erste Geld für Griechenland zur Verfügung stellen. Dementsprechend, so lautete der Titel dieses Artikels, wollten Merkel und Sarkozy ihren Fingerabdruck hinterlassen: «Nicolas Sarkozy et Angela Merkel veulent marquer de leur empreinte le plan de sauvetage européen.»[137] Die gleiche Lesart findet sich in *Les Echos* vom selben Tag. Hier lautet der Titel unter der Rubrik „International", dass Paris und Berlin in der Griechenlandkrise eine klare Botschaft an die Märkte richten wollen. Das deutsch-französische Paar, das sich in den letzten Tagen eher bedeckt gehalten habe bezüglich eines Rettungspakets, «est réapparu sur le devant de la scène»[138] und leite nun die Verhandlungen über die Griechenlandhilfe. Im *Monde* wurde einen Tag darauf gedruckt, was die Griechenlandkrise nun offen legen würde: «une reprise en main de l'UE par le couple franco-allemand, perçu comme un pôle de stabilité.»[139] Die Garantie der europäischen Länder, Griechenland nicht fallen zu lassen, sei demnach nichts anderes als «le fruit d'une mobilisation spectaculaire du couple franco-allemand»[140], so der Kommentar aus der *Croix*.

Parallel zu dem „Lobgesang" dieser Tage auf die deutsch-französische Zusammenarbeit ließen sich erste Kommentare finden, die die durchaus unterschiedlichen Positionen Merkels und Sarkozys beleuchteten. Dem *Monde* zufolge sei Sarkozy einer der ersten europäischen Staatsmänner gewesen, der sich schon zu Beginn des Jahres 2009 um die griechische Situation besorgt gezeigt habe. Seine Linie bezeichnete das Blatt als relativ orthodox: «L'idée était d'envoyer un signal de solidarité pour ne pas avoir à prêter à la Grèce. Mais si les paroles sont insuffisantes, le chef de l'État est prêt à toute action concrète pour stopper la contagion.»[141] Merkel hingegen beharre auf den strikten Auflagen, die mit einer finanziellen Unterstützung Griechenlands verbunden sein müssten.

Daraufhin wurden erste Analysen über die Haltung der deutschen Bundesregierung angestellt. Diese unternahmen den Versuch, dem französischen Leser die Hintergründe

---

[137] Barluet, *Sarkozy et Merkel veulent marquer de leur empreinte le plan de sauvetage européen*, S. 18.
[138] Chatignoux, Catherine, *Crise grecque: Paris et Berlin veulent adresser un message «fort» aux marchés*, S. 6.
[139] Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *Paris et Berlin à l'avant-garde du sauvetage de l'euro, L'Union européenne affirme son soutien à la Grèce et esquisse un plan d'aide financière*, in: Le Monde, 12.02.2010, S. 8.
[140] Féligonde, Vincent de, *Une fois de plus, Berlin et Paris*, in: La Croix, 12.02.2010, S. 9.
[141] Faujas, Alain et al., *Sept acteurs-clés pour sauver la Grèce de la «tragédie» financière*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 8.

für das zögerliche Verhalten der Bundesregierung näher zu erläutern. Dabei wurde zunächst das besondere Verhältnis der Deutschen zu ihrer Währung ins Zentrum der Betrachtung gerückt. Ein Rückgriff auf das kollektive Gedächtnis, noch immer geprägt von der Hyperinflation der 1920er Jahre sowie der Stabilität der Deutschen Mark als Symbol für das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre, boten die Erklärung für das Prinzip der starken Währung, das in Deutschland einen überaus hohen Stellenwert hat und in vielen Bereichen der Politik daher Vorrang genießt. Damit einhergehend verwiesen einzelne Journalisten darauf, dass die *No-bail-out*-Klausel damals, «de peur, d'avoir à assumer le laxisme des pays du ‹Club Med›»,[142] und der Status der Unabhängigkeit der EZB nach dem Vorbild der Bundesbank vor allem auf die deutsche Politik zurückzuführen seien. Dies erkläre die von der Bundesrepublik favorisierte Lösung bilateraler Hilfen für Griechenland - andernfalls würde sie sich ihrer eigenen Prinzipien verwehren. Daher könne man, nach Ansicht der Zeitung *L'Evénement*, in Frankreich mit der deutschen Führungsrolle gelassen umgehen: «Le gouvernement français voit d'un œil ironique le leadership pris par Berlin sur le dossier du sauvetage de l'État grec.»[143]

Die Berichterstatter verwiesen noch auf ein anderes Datum, vor dessen Hintergrund sich die deutsche Position beschreiben lässt. Demnach habe sich bereits im Februar 2009 eine Zäsur innerhalb des deutschen Krisenmanagements vollzogen, als der damalige Finanzminister der Großen Koalition, Peer Steinbrück, erklärte, «que les traités de la zone euro ne prévoient aucune aide en faveur de pays devenus insolvables, mais en réalité les autres États seraient obligés de secourir ceux qui rencontrent des difficultés.»[144] Laut Thomas Klau, einem Mitarbeiter des europäischen *Think-Tank* ECFR[145], hätte allein diese Aussage damals gereicht, die Märkte zu beruhigen. Unter dem Vorzeichen der neuen Berliner Regierung, der Koalition aus CDU und FDP, müsse die Gültigkeit dieser Aussage jedoch angezweifelt werden. Davon zeugten die Turbulenzen an den Märkten. «Même si l'Allemagne n'est pas actuellement dans un état d'esprit vers plus d'intégration européenne, elle reste très attachée à l'intégration existante»,[146] wird Klau weiter zitiert. Dem französischen Leser wird also ein teils widersprüchlicher Eindruck vermittelt. Einerseits agiert Deutschland demnach als Hauptinitiator der Griechenland-

[142] Meyer, Karl de, *L'Allemagne, attachée à l'euro, passe du rigorisme au pragmatisme*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.
[143] Best, Ivan, *Paris s'est activé en silence pour limiter les spéculations*, in: La Tribune, 11.02.2010, S. 3.
[144] Meyer, *L'Allemagne, attachée à l'euro, passe du rigorisme au pragmatisme*, S. 6.
[145] Die Arbeit des *European Council on Foreign Relations* (ECFR) widmet sich der wissenschaftlichen Politikberatung und Strategieentwicklung für den Bereich der europäischen Außenpolitik.
[146] Meyer, *L'Allemagne, attachée à l'euro, passe du rigorisme au pragmatisme*, S. 6.

hilfen und ist damit ganz wesentlich am weiteren Erfolg des europäischen Integrationsprojektes beteiligt, andererseits zeigt es jedoch an der Weiterentwicklung eben jenes Projekts weitaus weniger Interesse als erforderlich. Vielmehr misst es dem Fortbestand der Gemeinschaftswährung oberste Priorität bei - ganz nach deutscher Tradition. Ob die deutsche Regierung also ihre grundsätzliche Haltung über staatliche Eingriffe im Zeichen der Finanzkrise 2008 und der Griechenlandkrise 2010 revidiert hat, blieb eine offene Frage. Sicher schien, dass sich die Haltung der Bundesrepublik vor dem Hintergrund einer starken europäischen Währung erkläre. Dem deutschen Bürger musste glaubwürdig gemacht werden, dass sich die Regierung an die Maastrichter Verträge hält. Alles andere wäre eine Verletzung der politischen Versprechen ihm gegenüber, als es darum ging, die Deutsche Mark aufzugeben und den Euro einzuführen.

Das Ergebnis des EU-Sondergipfels am 11. Februar 2010 traf beim *Monde* weitestgehend auf Unverständnis. «L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce», so der Beitrag zur Eurokrise am 13. Februar 2010, und die Frage danach, ob dieses Engagement ausreichen wird, die Spekulationen gegen Griechenland einzudämmen[147]. Die Botschaft der EU habe die Märkte zwar beruhigt, aber nicht ganz und gar überzeugen können. Grund hierfür sei abermals das zögerliche Verhalten der deutschen Bundeskanzlerin Merkel, denn konkrete Maßnahmen fehlten der Erklärung vom 11. Februar 2010. Die Kanzlerin sei mit zu engen Handlungsspielräumen in der eigenen Innenpolitik konfrontiert, «il était politiquement impossible pour Mme Merkel d'aller plus loin».[148] Damit gemeint ist eine dem Bundestag vorliegende Rechtsstudie, in der es heißt, dass die Möglichkeit bilateraler Darlehen gewissermaßen nicht besteht. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe wache viel schärfer über deutsches Engagement in der Europapolitik. Dies erkläre auch, warum sich die deutsche Politik schärfer um die Einhaltung der Maastrichter Verträge bemühe, «la chancelière peut faire des promesses, mais pas agir aussi librement que M. Sarkozy».[149] Die Zusage, Griechenland im Notfall nicht fallen zu lassen ohne präzise Angaben über die Ausgestaltung finanzieller Unterstützung zu machen, wird im Editorial des *Monde* vom 13. Februar 2010 als Schüchternheit der Eurozone, dem extremen Zögern Deutschlands geschuldet, gedeutet.[150] Ob damit der Versuch unternommen wird, die Vorgehensweise der deutschen Politik in Frankreich zu rechtfertigen, um dem politischen Ansehen der

[147] Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce*, in: Le Monde, 13.02.2010, S. 9.
[148] ebd.
[149] ebd.
[150] o.A., *Bon pour l'Union*, in: Le Monde, 13.02.2010, S. 2.

reich zu rechtfertigen, um dem politischen Ansehen der deutsch-französischen Freundschaft nicht zu schaden, ist ungewiss. Klar erkennbar ist hingegen, dass dem Ergebnis dieses ersten Beschlusses der Eurogruppe in der Presse keine hohe Anerkennung entgegen gebracht wird. In der Ausgabe vom 16. Februar 2010 schrieb *Le Monde* gar von einem «semi-échec des Vingt-Sept».[151]

In der Öffentlichkeit hingegen wurde deutsch-französische Geschlossenheit zum Ausdruck gebracht. Nach Abschluss des Brüsseler Sondergipfels am 11. Februar 2010 entstand nach außen hin das Bild eines harmonischen deutsch-französischen Paares. Die Rede war sogar von «les deux dirigeants»,[152] die die Erarbeitung einer möglichen Rettung Griechenlands ganz entscheidend vorangetrieben haben. «(...) Tous deux juraient de travailler ‹main dans la main› afin de tirer la Grèce et l'euro de l'ornière.»[153] Hinter den Kulissen zeichnete sich jedoch eine deutsche Dominanz ab. Präsident Sarkozy hätte sich zwar «au sujet des modalités pratiques»[154] mehr erhofft, aber er konnte die Bundeskanzlerin nicht überzeugen. Letztere konnte ihre Vorstellungen durchsetzen, weshalb im Februar zunächst der Weg über politische Vertrauensbekundungen gewählt wurde. Die gemeinsame Pressekonferenz im Anschluss erweckte daher allenfalls den Eindruck, dass bestehende Divergenzen ausgeräumt seien, so die Einschätzung der Autoren, und diente dazu, Misstöne zu vermeiden.[155] Diese traten dennoch alsbald auf.

4.2.2 Vor dem großen Krach: Das Projekt eines Europäischen Währungsfonds

An der Kontroverse um den Europäischen Währungsfonds (EWF) zeichnete sich die grundsätzlich verschiedene Einstellung zur Griechenlandhilfe deutlich ab. Streitpunkte bildeten hierbei einerseits die Funktion, andererseits die zeitliche Umsetzung dieses Instruments. Frankreich ging es vordergrüdig um den Aufbau eines zweckmäßigen Krisenmanagements, während Deutschland auf langfristige Krisenprävention, verbunden mit harten Bedinungen und potentiellen Sanktionen, pochte. Diese beiden Positionen sind jedoch keinesfalls widersprüchlich, so Kauffmann und Uterwedde. Um die Glaub-

[151] Gatinois, Claire; de Vergès, Marie, *Grèce: l'Union européenne sur le point d'entériner un plan de surveillance, Selon le «New York Times», Goldman Sachs aurait aidé le pays à dissimuler ses dettes*, in: Le Monde, 16.02.2010, S. 15.
[152] Leparmentier; Ricard, *L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce*, S. 9.
[153] Mével, Jean-Jacques, *Paris et Berlin mis au défi de s'entendre, Le sommet européen reste suspendu aux tractations en cours sur l'aide à Athènes*, in: Le Figaro, 25.03.2010, S. 9.
[154] Leparmentier; Ricard, *L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce*, S. 9.
[155] vgl. ebd.

würdigkeit der Eurozone gegenüber den Finanzmärkten wieder zu stärken, müssen sie miteinander in Einklang gebracht werden.[156]

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schlug am ersten Wochenende im März die Schaffung eines EWF vor. Auch wenn ein solcher Fonds für die Griechenlandkrise zu spät käme,[157] so hat das Thema als eine Reaktion darauf wieder an Brisanz zugenommen. Die Idee an sich ist nicht neu: Dabei geht es darum, ein mit dem IWF vergleichbares Mittel für die Länder der Eurozone zu schaffen, das sie derart mit Kapital ausstattet, um zukünftig im Falle eines drohenden Staatsbankrotts sofort finanziell eingreifen zu können. „In diesem System würde die Nothilfe institutionalisiert."[158]

Für ausgeglichene Staatshaushalte in den Euro-Mitgliedsländern sollte ursprünglich der SWP sorgen und somit einem Instrument wie dem EWF seine Daseinsberechtigung entziehen. Die Einführung geschah zu großen Teilen unter dem Einfluss Deutschlands und Frankreichs. Im Jahr 2003 hätte ein Defizitverfahren aufgrund überschrittener Schuldengrenzen gegen beide Länder eingeleitet werden müssen. Man wusste jedoch zu verhindern, dass jenes Verfahren auf sie angewendet wurde. Eine Einschätzung dazu aus der *Croix* besagt: «Difficile dès lors de demander à la Grèce de cesser de ‹*truquer*› ses chiffres.»[159] Die Auflagen des SWP stellten sich zuletzt im Fall Griechenlands als unwirksam heraus und müssten in der Folge verschärft werden: «Aujourd'hui, il est question de muscler ledit Pacte (...). Mais la crise grecque montre que ce dispositif nécessaire ne serait sans doute pas suffisant.»[160] Daher, so die Einschätzung des Autors, kam der deutsche Vorschlag, einen EWF zu gründen. Über seine Sinnhaftigkeit sind sich Frankreich und Deutschland jedoch uneins: «La France et l'Allemagne ont trouvé un nouveau sujet de débat dans le contexte de la crise grecque.»[161] Auch wenn Frankreich die EWF-Idee mit einem gewissen Vorbehalt sah, resultierten daraus noch keine ernstzunehmenden Spannungen. Das Umgehen der *No-bail-out*-Klausel mithilfe eines EWF erkannte man währenddessen auf französischer Seite: «L'émergence d'un FME pourrait permettre de ‹court-circuiter› ce principe de non-renflouement, tout en dispo-

---

[156] vgl. Kauffmann; Uterwedde, *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise*, S. 17.
[157] Schäfers, Manfred et al., *Ein neues Versprechen, ein altes Problem*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.03.2010, URL: http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~EED1CEB9AC6954AF9BE92536C96AB838F~ATpl~Ecommon~Scontent.html, Stand: 01. Juni 2010.
[158] Pinzler, Petra; Schieritz, Mark, *Merkel lernt Französisch, Seit die Bundeskanzlerin den Griechen ihre Solidarität versprochen hat, ist der Stabilitätspakt überholt. Nun suchen Berlin, Brüssel und Paris nach einer neuen Basis für die Währungsunion*, in: Die Zeit, 18.02.2010, S. 24.
[159] Féligonde, *Une fois de plus, Berlin et Paris*, S. 9.
[160] Lacour, Jean-Philippe, *La difficile construction d'un Fonds monétaire européen*, in: Les Echos, 29.03.2010, S. 14.
[161] Calla; Ricard, *La création d'un fonds monétaire européen pour secourir un pays de la zone euro (...)*, S. 13.

sant d'un levier pour imposer des conditions strictes, voire des sanctions aux pays qui ne respectent pas leurs engagements»,[162] verdeutlichte *Le Monde*. Während die Initiative von Wirtschaftsminister Schäuble, «le plus européen des ministres allemands»,[163] in der Europäischen Kommission auf positives Echo stieß, zeigten sich Merkel und Sarkozy verhalten. Beide bezeichneten die Idee zwar als gut und interessant bzw. in die richtige Richtung weisend, merkten jedoch an, dass die Einführung eines EWF eine Änderung der Europäischen Verträge bedingen würde. Ein langwieriger und politisch schwer durchsetzbarer Prozess. Die deutsche Seite verwies darauf, dass noch etliche Punkte zu klären seien. Und so wurde auch von französischer Seite unterstrichen, dass die juristische Umsetzung eines EWF Zeit in Anspruch nähme, die Europa bei der Griechenlandkrise nicht habe, «les problèmes grecs ne nous permettent pas vraiment d'attendre.»[164] Nach der Lesart dieses Artikels traten die Differenzen über den EWF zwischen der Europäischen Kommission bzw. der EZB[165] auf der einen und den Regierungschefs Deutschlands und Frankreichs auf der anderen Seite auf.

Der *Figaro* hingegen schrieb, dass das EWF-Projekt Paris und Berlin entzweie[166]: In dem Artikel wurde die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde wiedergegeben, die das Projekt zwar für einen interessanten Vorschlag halte, ihm aktuell jedoch keinen Vorrang einräumen wolle. In der *Tribune* war unterdessen ein anderer Wortlaut zu finden: «Christine Lagarde a balayé (...) du revers de la main le projet de ‹Fonds monétaire européen›, une version musclée du pacte de stabilité.»[167] Vor allem die mit dem EWF verbundenen Sanktionen, die man einem ‚Defizitsünder' über den SWP hinausgehend auferlegen will, sorgten für Meinungsverschiedenheiten zwischen dem deutsch-französischen Paar. «S'il s'agit simplement de renforcer les mécanismes européens de sanctions, ‹il ne me paraît pas utile d'alimenter les polémiques›»,[168] erklärte Lagarde. Zum großen Missfallen Frankreichs beharre man auf der anderen Seite des Rheins vor allem auf den Aspekt der Sanktionen: «Pour la chancelière, il n'est pas question d'affaiblir le pacte de stabilité qui prévoit en théorie des pénalités contre le laxisme budgétaire d'un pays, mais s'avère souvent incapable de sanction-

[162] Calla; Ricard, *La création d'un fonds monétaire européen pour secourir un pays de la zone euro (...)*, S. 13.
[163] ebd.
[164] ebd.
[165] Die EZB lehnt einen EWF strikt ab. Dazu mehr in: ebd.
[166] Gallen, Claire, *Le projet de FME divise Paris et Berlin, L'Allemagne pose des conditions difficilement acceptables pour la France. Bruxelles dénonce «la cacophonie» ambiante*, in: Le Figaro, 10.03.2010, S. 20.
[167] Autret, Florence, *Le FMI, le joker de Berlin face à Paris*, in: La Tribune, 19.03.2010, S. 9.
[168] Gallen, *Le projet de FME divise Paris et Berlin,* S. 20.

ner un pays.»[169] Dazu in *Les Echos*: «Il est question d'un ‹FME› (Fonds monétaire européen), mais il s'agirait en réalité plutôt d'un ‹FCAB›, un ‹fonds conditionnel d'aide budgétaire›.»[170] Harte Bedingungen, noch nicht bis ins Detail geklärt, wären an eine Inanspruchnahme des EWF geknüpft. Dass Deutschland jenen Ländern zudem zeitweise das Stimmrecht im Europäischen Rat entziehen würde oder vorschlug, europäische Subventionen zu entziehen, ist nach Ansicht des *Figaro* keine wirklich überraschende Position. Denn die öffentliche Meinung in Deutschland ist davon dominiert, die Griechenland-Hilfe wie Direkttransferzahlungen der deutschen Steuerzahler an die Griechen aussehen zu lassen[171], was in Frankreich als mangelnde europäische Aufklärungsarbeit der Berliner Regierung aufgefasst wurde.[172]

Vor allem der Zeitaspekt, der mit einer Reform der Europäischen Verträge zur Gründung des EWF zusammenhängt, sorgte auf französischer Seite für Unbehagen. Sowohl der *Monde* als auch der *Figaro* berichteten, dass die deutsche und die französische Regierung diese Reform einstimmig für notwendig hielten. Doch auf französischer Seite war man diesbezüglich verhalten: «Une modification constitutionnelle risque en effet de prendre des années, (...) Ce qui ne présage pas d'une entrée en scène rapide pour le FME.»[173] Dahinter steckte die Ansicht, dass das EWF-Projekt als Deutschlands Lösungsvorschlag für den Fall Griechenlands nicht geeignet sei, denn: «le cas grec et le FME, ce n'est pas le même calendrier.»[174] Damit wurde ein weiteres Mal zum Ausdruck gebracht, dass Frankreich und Deutschland der Griechenlandkrise unterschiedliche Priorität beimaßen: «Il faut régler le cas grec de toute urgence»[175], so die vorherrschende Meinung in Frankreich. Der Vorschlag Deutschlands hingegen wirkte wie ein Ausweichmanöver, das sich auf die Zukunft der Eurozone insgesamt und weniger unmittelbar auf Griechenland anwenden ließ: «Ici, on entre dans le champ de mesures à plus long terme, afin de prévenir ‹d'autres Grèces›.»[176] Der Griechenlandproblematik wurde eine unterschiedliche zeitliche Bedeutung beigemessen, der EWF währenddessen nicht weiter konkretisiert, was zu Unstimmigkeiten führte: «Les divergences franco-allemandes s'expliqueraient par le ‹*flou*› qui entoure le concept de fonds européen.»[177]

---

[169] Gallen, *Le projet de FME divise Paris et Berlin,* S. 20.
[170] Lacour*, La difficile construction d'un Fonds monétaire européen*, S. 14.
[171] Wiegel, Michaela, *„Der deutsch-französische Motor bewährt sich", Der Vorsitzende des Bundestags-Europaausschusses räumt in Paris Missverständnisse aus*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.2010, S. 4.
[172] vgl. ebd.
[173] Gallen, *Le projet de FME divise Paris et Berlin*, S. 20.
[174] ebd.
[175] ebd.
[176] Lacour*, La difficile construction d'un Fonds monétaire européen*, S. 14.
[177] Gallen, *Le projet de FME divise Paris et Berlin*, S. 20.

Dennoch kündigte die Europäische Kommission an, bis Juni einen Vorschlag über die mögliche Ausgestaltung des EWF zu erarbeiten.

4.2.3 Ein Streit über die richtige Wirtschaftspolitik entbrannte

Die schärfsten Auseinandersetzungen während der Griechenlandkrise zwischen Frankreich und Deutschland entstanden aufgrund der französischen Kritik am exportstarken deutschen Wirtschaftsmodell. Hintergrund bilden hier zwei sich diametral gegenüberstehende Wirtschaftsmodelle.

„Die Schuldenkrise Griechenlands hat große wirtschaftliche Unterschiede in der Währungsgemeinschaft offen gelegt, die das internationale Vertrauen in den Euro geschwächt haben.“[178] In einem Interview mit der *Financial Times* vom 14. März 2010 kritisierte Christine Lagarde die deutsche Wirtschaftspolitik in hohem Maße.[179] Damit sprach sie erstmals ein Problem aus, das nicht nur in Frankreich von Bedeutung ist. Ursprünglich sei dieser Gedanke aus England gekommen. Demnach sollte Deutschland zunächst vor der eigenen Tür kehren[180], bevor ausschließlich die überschuldeten PIIGS-Staaten für die Krise der Eurozone verantwortlich gemacht würden. «L'idée n'a pas tardé à séduire Paris, au grand dam de Berlin.»[181] Kernpunkt der Vorwürfe Lagardes bildete der deutsche Exportüberschuss. Dieser sei so hoch, dass die Wettbewerbsfähigkeit der meisten europäischen Länder darunter leide. Der Vorwurf, die „Deutschen erwirtschafteten ihre Exportüberschüsse ‚auf Kosten der anderen',“[182] bezog sich vor allem auf die Lohnzurückhaltung Deutschlands. Die Löhne seien vergleichsweise niedrig, während eine zu schwache Binnennachfrage zu Lasten der Außendefizite der übrigen Euroländer gehe. Die Forderung an Deutschland zielte daher in die Richtung, weniger zu exportieren, den heimischen Konsum gleichzeitig anzukurbeln und auf diese Weise die Handelsbilanzen der südeuropäischen Staaten zu entlasten.

Der *Figaro* leitete mit der Frage ein, ob Deutschland für die Griechenlandkrise verantwortlich sei.[183] «Sans aller aussi loin, Christine Lagarde a jeté un pavé dans la mare

---

[178] o.A., *Frankreich drängt Deutsche zu Export-Fairplay*, in: Der Spiegel, 15.03.2010, URL: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,683527,00.html, Stand: 04. Juni 2010.
[179] Artikel abrufbar siehe URL: www.economie.gouv.fr/christine-lagarde/pdf/100314ft.pdf, Stand: 19. Juli 2010.
[180] vgl. Gallen, Claire; Saint Paul, Patrick, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes, La ministre française de l'Économie s'est interrogée hier sur le modèle allemand basé sur les exportations. Un modèle dont elle «n'est pas sûre (..) qu'il soit viable à long terme» pour la zone euro*, in: Le Figaro, 16.03.2010, S. 27.
[181] vgl. Bouilhet, Alexandrine, *La zone euro, malade de l'Allemagne*?, in: Le Figaro, 16.03.2010, S. 23.
[182] Beyerle, Hubert, *Verdiente Export-Schelte aus Frankreich*, in: Financial Times Deutschland, 15.03.2010, URL: http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:ausfuhrnation-deutschland-verdiente-export-schelte-aus-frankreich/50088797.html, Stand: 02. Juni 2010.
[183] Gallen; Saint Paul, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes,* S. 27.

en s'interrogeant sur le poids de Berlin dans les déséquilibre économiques de la zone euro.»[184] In dem Interview mit der *Financial Times* sagte Lagarde demnach: «Il est clair que l'Allemagne a accompli un extrêmement bon travail au cours des dix dernières années environ, améliorant la compétitivité, exerçant une forte pression sur ses coûts de main-d'œuvre. Mais je ne suis pas sûre que ce soit un modèle aussi viable à long terme et pour l'ensemble du groupe. (...) Il est clair que nous avons besoin d'une meilleure convergence.»[185] Im *Monde* schrieb man einen Tag später: «Quelqu'un dit enfin ce que tout le monde pense tout bas: il y a un problème allemand en Europe. (...) Il est temps que l'Allemagne admette que son leadership économique en zone euro lui impose des responsabilités.»[186] Deutschlands Verhalten sei paradox, denn auf der einen Seite wolle es die europäischen Partner zu mehr Haushaltsdisziplin zwingen. Andererseits jedoch profitiere die Bundesrepublik am meisten von dem Konjunkturprogramm, das die EU 2008 zur Bekämpfung der Finanzkrise verabschiedet hat. «L'ironie de la situation est plus amère encore dans le cas grec, où l'on voit l'Allemagne chipoter son soutien à Athènes quand c'est son intérêt de maintenir la solidité de la zone euro.»[187] Der langfristige Erfolg der Eurozone, und damit der EU im Ganzen, könne nicht davon abhängen, dass das Wirtschaftsmodell aller Euroländer dem deutschen angeglichen werde. «Au contraire même: il devient urgent que ce pays ressemble un peu plus aux autres, et se mette à dépenser et à consommer davantage. Dans l'intérêt de l'Europe et du sien propre.»[188]

Die Äußerungen Lagardes setzten eine Diskussion darüber in Gang, ob man Deutschland für seinen wirtschaftlichen Erfolg tatsächlich verurteilen könne. «Il est difficile de blâmer un pays parce qu'il est trop compétitif.»[189] Während hierzulande das öffentliche Griechenland-*bashing* „als Blitzableiter für die eigene Hilflosigkeit"[190] herhielt, entstand in Frankreich bezogen auf die deutsche Exportpolitik ein gewisses *German bashing*.[191] An vielen Stellen wurde Deutschland Egoismus vorgeworfen. «L'Allemagne a bénéficié de l'euro plus que tout autre pays européen.»[192] Die deutschen Marktanteile in der gesamten Eurozone konnten über die letzten zehn Jahre hin-

[184] Gallen; Saint Paul, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes,* S. 27.
[185] ebd.
[186] Briançon, Pierre, *L'Allemagne, l'autre problème de l'euro*, in: Le Monde, 17.03.2010, S. 15.
[187] ebd.
[188] ebd.
[189] Gallen; Saint Paul, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes*, S. 27.
[190] Nutt, Harry, *Das hellenische Fieber, Das öffentliche Griechenland-Bashing verweist auf die europäische Ratlosigkeit*, in: Frankfurter Rundschau, 29.04.2010, S. 27.
[191] Gallen; Saint Paul, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes*, S. 27.
[192] Bouilhet, *La zone euro, malade de l'Allemagne*?, S. 23.

weg erhöht werden, nicht zuletzt dank der Exporte ins europäische Ausland, «les importations françaises, grecques, espagnoles ont été un élément clé de sa croissance (...).»[193] Dagegen, dem griechischen Staat unter die Arme zu greifen, sträube es sich nun.

In einem Interview im *Monde*[194] gab Jacques Attali, Ökonom und Schriftsteller, das „übertriebene Konkurrenzstreben" Deutschlands zu Bedenken und bezeichnete es gar als das „China Europas." Dies wiederum wurde in einem Leitartikel der *Welt* als Schaden, den der Zwiespalt im deutsch-französischen Verhältnis [in der Frage der Griechenland-Hilfe] angerichtet hat, ausgelegt.[195] Der Vergleich mit China wurde jedoch schon einige Tage zuvor von diversen anderen Autoren geäußert, beispielsweise von Alexandrine Bouilhet. Sie schrieb am 16. März 2010, dass es sich in der Makroökonomie ein wenig wie im Sport verhalte: «À l'issue d'une partie, il y a toujours un gagnant et un perdant.»[196] Ein Land fahre die Überschüsse ein, während das andere Defizite anhäufe und Kredite beim ersten aufnehmen müsse – (...) eine Gleichung, die das angespannte Finanzverhältnis zwischen China und den USA erkläre und genauso auf Deutschland und die „PIIGS"-Staaten übertragbar sei. Unter einem anderen Vorzeichen war der Artikel in *Les Echos* zu verstehen. So verneinte Dominique Seux in dem Artikel die Frage in der Überschrift, ob Deutschland das China Europas sei.[197] «Ce reproche, pour séduisant qu'il soit, n'est aujourd'hui pourtant guère fondé. Sur le plan économique : rien ne serait plus risible et dangereux que de faire croire, même implicitement et involontairement, que l'Allemagne est responsable des difficultés grecques ou espagnoles! (...) Sur le plan politique : ce n'est certainement pas le moment, alors que les Européens en général, et Paris et Berlin en particulier, tentent péniblement de mettre sur pied une réponse collective à la crise grecque et d'inventer l'esquisse d'une gouvernance économique de la zone euro, de se lancer dans des accusations inopportunes.»[198] Dieser Einschätzung schloss sich die *Libération* am 19. März 2010 an: «Christine Lagarde aurait sans doute été plus inspirée de remiser à plus tard cette querelle de couple, finalement secondaire par rapport à la situation de l'enfant terrible grec.»[199]

---

[193] Bouilhet, *La zone euro, malade de l'Allemagne*?, S. 23.
[194] Fressoz, Françoise; Guélaud, Claire, Interview mit Jacques Attali, *«Il faut réfléchir à la pertinence du bouclier fiscal»*, in: Le Monde, 22.03.2010, S. 10.
[195] Lepenies, Wolf, *Der Zahlmeister sagt Nein, Griechenland strapaziert die deutsch-französische Achse*, in: Die Welt, 25.03.2010, URL http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6918978/Der-Zahlmeister-sagt-Nein.html, Stand: 18. Mai 2010.
[196] Bouilhet, *La zone euro, malade de l'Allemagne*?, S. 23.
[197] Seux, *L'Allemagne, Chine de l'Europe?*, in: Les Echos, 16.03.2010, S. 14.
[198] ebd.
[199] o.A., *Entre Paris et Berlin, des échanges d'amabilités*, in: La Libération, 19.03.2010, S. 17.

In Deutschland fasste man es unterdessen als absurd auf, die Exporte zurückzufahren und somit die Ungleichheiten der Eurozone zu schmälern. Der *Figaro* zitierte einen Sprecher der Bundesregierung, der „perfide"in Richtung Frankreich hinzugefügt habe: «L'Allemagne est un pays où les salaires et la consommation ne sont pas décrétés par l'État.»[200] Im *Monde* vom 17. März wurde diesbezüglich jener deutliche Unterschied zwischen den ordnungspolitischen Leitbildern Deutschlands und Frankreichs hervorgehoben. So schrieb die Autorin Cécile Calla, dass der Vorschlag der französischen Ministerin in Deutschland, «dans un pays qui ne dispose pas d'un salaire minimum généralisé et où l'autonomie des partenaires sociaux est sacrée»,"[201] nicht gut ankomme. Die Autorin führte im Anschluss Kritik an Frankreich aus einigen deutschen Zeitungen an: ««Justement la France! Un pays qui, avec sa politique industrielle d'État, déforme en permanence la concurrence internationale, exige désormais du gouvernement fédéral qu'il réduise l'excédent commercial›, s'est indigné *Die Welt*. ‹L'industrie française en voie de rétrecissement n'est pas un modèle pour la survie dans un monde économique globalisé›, s'est moqué le *FAZ*. ‹Celui qui veut avancer devrait s'orienter en prenant l'exemple du meilleur et ne pas chercher à l'entraîner vers son faible niveau›, professait Süddeutsche Zeitung.»[202] Lediglich die *Financial Times Deutschland* hätte sich, so Calla, den Äußerungen Lagardes kritisch angenähert.[203] Die unterschiedliche Deutung der staatlichen Rolle in der durch Griechenland offenbar gewordenen Eurokrise wurde in diesem Artikel einmal mehr sehr klar verdeutlicht.

Dennoch kann man nicht sagen, dass sich der Austausch zwischen Frankreich und Deutschland in diesen Tagen ausschließlich auf gegenseitige Vorwürfe beschränkte. Stattdessen wurde auch der Versuch unternommen, die gegenseitigen „Attacken" auf die jeweilige Wirtschaftspolitik zu entkräften. Die *Croix* zitierte zum Beispiel François Letondu, Ökonom bei der *Société Générale*. Dieser erklärte: «Les Allemands ont, ces 10 dernières années, consenti de lourds efforts pour faire le ménage chez eux. Ils voudraient que leurs partenaires fassent de même.»[204] Die Botschaft Lagardes diene seiner Ansicht nach dazu, die Hitzigkeit, mit der die deutschen Minister die Debatte über Hilfen für Griechenland führen, zu beruhigen. Im Zeichen der einbrechenden Au-

---

[200] vgl. Gallen; Saint Paul, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes*, S. 27.
[201] Calla, Cécile, *Berlin s'indigne des critiques de Mme Lagarde contre l'excédent commercial allemand*, in: Le Monde, 17.03.2010, S. 8.
[202] ebd.
[203] mehr dazu siehe: Beyerle, *Verdiente Export-Schelte aus Frankreich*, 15.03.2010.
[204] Cochez, Pierre, *La compétitivité allemande est-elle un problème pour la zone euro*?, in: La Croix, 16.03.2010, S. 23.

ßenwirtschaft weltweit komme es Deutschland nur zugute, die Binnennachfrage anzukurbeln. Und nur so müsse Christine Lagardes Intervention aufgefasst werden. Dennoch fehlte auch der Zusatz nicht, dass zu einem Ungleichgewicht immer zwei gehörten. Griechenland und die anderen überschuldeten Staaten stünden zweifellos in ihrer Verantwortlichkeit, doch auch Deutschland müsse einen Beitrag dazu leisten, wieder für ein ausgeglichenes Wachstum innerhalb der Eurozone zu sorgen. In einem Artikel vom 29. März 2010 in *Les Echos* nahmen die Autoren das deutsche Modell dagegen vollkommen in Schutz. Durch einen Vergleich mit dem Science-Fiction-Werk *Die Stadt* von Christopher Priest, in dem die Welt entgegen aller Vernunft funktioniert, machten sie deutlich, für wie widersinnig sie den Vorwurf der französischen Ministerin hielten. «Que reproche-t-on à l'Allemagne? D'avoir réussi là où beaucoup de pays d'Europe ont échoué.»[205] Aus einer kostspieligen Wiedervereinigung nun Früchte tragen zu können, sollte das Modell für Europa sein – und nicht das Objekt herber Kritik. Die Autoren bemängelten schließlich, dass Frankreich kein klar konturiertes wirtschaftspolitisches Modell mehr wie Deutschland vorzuweisen habe.

«(...) La crise grecque s'est muée, cette semaine, en offensive contre le modèle économique allemand»,[206] gab der *Figaro* am 18. März 2010 zu Bedenken. Tags zuvor reagierte Merkel erstmalig auf die Kritik von Lagarde. Diese hatte am 17. März 2010 in einem weiteren Interview, dieses Mal beim französischen Radiosender *RTL*, Berlin nahe gelegt, Steuersenkungen vorzunehmen. «La France a mis le doigt sur la plaie la plus sensible du gouvernement allemand.»[207] Darüber geriet Merkel dem *Figaro* zufolge in Zorn und zog daher erstmals öffentlich in Erwägung, einen Staat aus der Eurozone auszuschließen. Diese Äußerung wurde sogleich als «contre-attaque aux accents darwinistes»[208] gewertet. Zu erklären war dies jedoch aus folgendem Grund: «L'Allemagne est exaspérée par les critiques de ses partenaires commerciaux, France en tête, sur ses excédents courants.»[209] Überdies wurde ein weiteres Zitat zur Rolle des Staates von Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, angeführt: «Il est toujours surprenant lorsqu'une réussite qui n'est pas le résultat d'interventions de l'État, d'aides ou de subventions est critiquée.»[210] Nachdem Merkel

[205] Tudel, Michel; Ternisien, Michel, *On reproche à l'Allemagne de réussir*, in: Les Echos, 29.03.2010, S. 15.
[206] Saint-Paul, Patrick, *Euro: Merkel veut exclure les mauvais élèves, la chancelière réagit vivement aux critiques sur le modèle économique allemand*, in: Le Figaro, 18.03.2010, S. 20.
[207] ebd.
[208] o.A., *Merkel la dérangeante*, in: Les Echos, 22.03.2010, S. 16.
[209] Saint-Paul, *Euro: Merkel veut exclure les mauvais élèves*, S. 20.
[210] ebd.

vor dem deutschen Bundestag nochmals betont hatte, Griechenland vorerst nicht finanziell zu unterstützen, berichtete die Zeitung, dass man im öffentlichen Diskurs Deutschlands auf den Sanktionen bestehe, die an eine solche Unterstützung gebunden werden müssten. Der *Figaro* äußerte sich dazu wie folgt: «Souvent accusée de manque de solidarité, l'Allemagne est aujourd'hui soupçonnée de fabriquer un écran de fumée pour faciliter la sortie de la zone euro des pays les plus faibles.»[211] An dieser Stelle lassen sich Verbindungen zum Thema EWF erkennen: die in Frankreich wenig geschätzten Sanktionen für überschuldete Staaten und der Vorwurf an Deutschland einer Ablenkungstaktik. Außerdem findet sich hier ein weiterer Beleg für den viel verwendeten militärischen Wortschatz, dessen sich französische Journalisten im Wirtschaftsjournalismus gerne bedienen.

Am 31. März 2010 nahm Lagarde, zwei Wochen nach ihren Äußerungen, an der Sitzung des Bundeskabinetts teil. Das hatte es noch nie zuvor gegeben. Ihre Teilnahme war nicht nur ein symbolischer Akt um von den voran gegangenen Querelen abzulenken, sondern man verabschiedete auch ein gemeinsames Positionspapier für internationale Finanzmarktregulierungen[212]. «Le couple franco-allemand se réconcilie donc sur le thème de la régulation financière.»[213]

Ein Streitpunkt in der ganzen Diskussion, der in dieser Form in den Artikeln auf französischer Seite nicht zu finden war, ist die Frage, woher die unterschiedliche Konkurrenzfähigkeit von Volkswirtschaften rührt. Während Lagarde die durch ordnungspolitische Maßnahmen ermöglichte Exportstärke Deutschlands für das europäische Ungleichgewicht verantwortlich gemacht hatte, argumentierte das deutsche Finanzministerium, dass deutsche Unternehmen nicht aufgrund staatlicher Politik konkurrenzfähig seien, sondern wegen unternehmerischer Entscheidungen und Vorlieben von Verbrauchern weltweit.[214] Dass diese Tatsache in der französischen Presse so gut wie verschwiegen wurde,[215] könnte an dem generellen Stellenwert von Unternehmen in Frankreich liegen. „Unternehmen sind in Frankreich auch heute noch wenig angesehen

[211] Saint-Paul, *Euro: Merkel veut exclure les mauvais élèves*, S. 20.
[212] vgl. Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères (Hrsg.), *Französische Finanzministerin Lagarde bei Sitzung des Bundeskabinetts*, 31.03.2010, URL: http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Franzosische-Finanzministerin,5399.html, Stand: 11. Juni 2010.
[213] Godin, Romaric, *Christine Lagarde à Berlin pour rassurer sur l'entente franco-allemande*, in: La Tribune, 31.03.2010, S. 8.
[214] vgl. o.A., *Frankreich drängt Deutsche zu Export-Fairplay*, 15.03.2010.
[215] Eine Ausnahme stellt unter anderem der Artikel von Marc Fiorentino dar. Darin erwähnt er, dass die französischen KMU zu Gunsten der MNU im Stich gelassen werden. Diese zahlten ihrerseits keine Steuern in Frankreich und sorgten nicht für höhere Beschäftigung, was für die französischen Exporte nicht von Vorteil sein kann.

(...).“[216] Eine „kulturelle Bürde“[217], die den Unternehmen nicht das nötige Potential, für sozialen Zusammenhalt und Wohlstandssicherung im weiteren Sinne zu sorgen, akkreditiert. Stattdessen wird, ganz nach französischer Tradition, der Primat der Politik in den Fokus gerückt.

4.2.4 Der Brüsseler Kompromiss

Der Rettungsplan für Griechenland vom 25. März 2010 konnte das Zerwürfnis des deutsch-französischen Paares bestenfalls kaschieren, nicht beseitigen. Dennoch war die bekundete Einigkeit von enormer politischer Bedeutung.

Im Vorfeld des zweiten EU-Gipfels am 25. März 2010 konnten die Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich keineswegs ausgeräumt werden. Ziel des Gipfels sollte es sein, die am 11. Februar 2010 für den Notfall vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen. Doch hinsichtlich der genauen Ausgestaltung waren Deutschland und Frankreich noch immer weit davon entfernt. Und noch immer konnte man den Grund hierfür, so z.B. im *Figaro*, in den «(...) réticences de Berlin»[218] ausmachen. Im gleichen Absatz verwies der Autor des Artikels jedoch auf das Gewicht einer deutsch-französischen Einigung: «Aucune réponse claire des Vingt-Sept – ou des seize pays de l'Eurogroupe – ne sera possible aujourd'hui sans entente préalable entre la chancelière allemande et le président français.»[219]

Kurz vor Beginn des Gipfels sorgte vor allem die Diskussion über die Rolle des IWF für Dissens. Diese war von Beginn an ein wichtiger Bestandteil der Beratungen über die Griechenlandhilfe gewesen. Mitte Februar schlossen sowohl Deutschland als auch Frankreich einen IWF-Beistand noch aus. Die am 11. Februar 2010 getroffenen Maßnahmen eines möglichen Rettungsplans dienten dazu, diesen zu verhindern. Wenngleich der IWF dafür ins Leben gerufen worden ist, Geldhilfen gegen strenge Auflagen für in Zahlungsnöte geratende Staaten zur Verfügung zu stellen, hegte man in weiten Teilen Europas den Wunsch, die Probleme aus eigener Kraft zu lösen[220]: «Les Européens n'en veulent en aucun cas, humiliés à l'idée de voir débarquer les experts de Wa-

[216] Schubert, Christian, *Französische Wünsche*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.03.2010, S. 11.
[217] ebd.
[218] Mével, *Paris et Berlin mis au défi de s'entendre*, S. 9.
[219] ebd.
[220] vgl. o.A., *Braucht Europa einen eigenen Währungsfonds?*, in: Tagesschau, 08.03.2010, URL: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fonds102.html, Stand: 01. Juni 2010.

shington.»[221] Mitte März war ein Meinungsumschwung aus Deutschland zu vernehmen. Aus Angst, die Hilfe für Griechenland könnte sich zu einem Präzedenzfall[222] entwickeln, lehnte Merkel sie weiterhin strikt ab und befürwortete fortan das Vorhaben Papandreous, den IWF anzurufen - sollte am 25. März 2010 keine Lösung allein aus Brüssel zustande gekommen sein. Für Merkel, so wurde es dargestellt, wäre eine Beteiligung des IWF insofern von Vorteil, als dass die Belastungen für den bundesdeutschen Staatshaushalt etwas geringer ausfallen würden. Dies, so wurde es dargestellt, käme der allgemeinen Stimmung in Deutschland zugute und könne der CDU zum Vorteil für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 gereichen. «La chancelière semble désormais plus soucieuse de ses électeurs que des tourments de Georges Papandréou.»[223] Den bevorstehenden Wahlen in Deutschland wurde aufgrund der deutschen Haltung zur Griechenlandhilfe auch in Frankreich besondere Aufmerksamkeit geschenkt. «À l'approche des élections du 9 mai en Rhénanie-du-Nord-Westphalie, où sa majorité au Bundesrat est en jeu, la prudente Angela Merkel est encore plus hésitante que d'habitude.»[224] *Les Echos* verwies bereits in ihrer Ausgabe vom 22. März 2010 auf die Wahlen, als es noch um die Ratschläge Lagardes an die Bundesregierung ging: «La suggestion tombe au mauvais moment, car elle est au cœur des disputes qui déchirent la coalition gouvernementale entre libéraux du FDP et conservateurs de la CDU. Des élections se profilent en outre en Rhénanie du Nord-Westphalie.»[225] Alain Duhamel fand für Merkels Linie härtere Worte: «Pour satisfaire son opinion publique et préserver sa majorité, elle a imposé une férule d'airain.»[226] Weniger scharf formulierte es Pierre Briançon: «Le vrai problème est que Mme Merkel semble obsédée par l'élection régionale (...) dans le ‹Land› allemand le plus important par son poids économique (...).»[227] Der deutsch-französische Publizist Alfred Grosser äußerte sich zu dieser Thematik in einem Interview mit dem deutschen *Tagesspiegel*: „In Frankreich schreiben alle Zeitungen, dass die harte Haltung der Kanzlerin vor allem mit den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen zusammenhängt. Die Kanzlerin, (...), lasse sich im Umgang mit Griechenland

[221] vgl. Leparmentier, Arnaud, *L'addition de dix années d'union monétaire sans gouvernement économique*, in: Le Monde, 10.02.2010, S. 8.
[222] Eine finanzielle Hilfe für Griechenland könnte sich zu der berühmten *Moral hazard*-Problematik entwickeln: Demnach bestehen für Staaten ab dem Zeitpunkt keine Anreize mehr, einen Sparkurs einzuleiten bzw. fortzuführen, zu dem sie wissen, dass ihnen aufgrund ihrer Bedeutsamkeit (*too big to fail*) in jedem Fall Unterstützung zukommt.
[223] Mével, *Paris et Berlin mis au défi de s'entendre*, S. 9..
[224] Rousselin, Pierre, *Solidarité européenne*, in: Le Figaro, 26.03.2010, S. 15.
[225] o.A., *Merkel la dérangeante*, S. 16.
[226] Duhamel, Alain, *L'égoïsme allemand*, in: Dernières Nouvelles d'Alsace, 28.03.2010, S. 2.
[227] Briançon, Pierre, *L'incompréhensible stratégie d'Angela Merkel, ‹Mme Nein›*, in: Le Monde, 26.03.2010, S. 16.

vor allem von der Innenpolitik leiten. Das wird (...) als großer Meinungsumschwung wahrgenommen.“[228]

Das Umlenken seitens der Bundesregierung, den IWF doch in die Hilfsleistungen für Griechenland mit einzubeziehen, verunsicherte nicht nur die Märkte, sondern verärgerte auch den französischen Nachbarn. «Ce revirement de Berlin permet à la chancelière allemande d'éviter d'imposer à une opinion publique hostile à une telle aide mais aussi d'embarrasser Paris, partisan d'une solution européenne.»[229] Frankreichs oberstes Interesse vor dem Gipfel war eine rein europäische Lösung. Denn die Hinzuziehung des IWF als externe Instanz sah Frankreich als Eingeständnis Europas an, nicht mehr an der Spitze des Geschehens zu stehen: «Le recours au FMI n'est pas souhaité, la démarche pouvant être considérée comme un désaveu de l'euro.»[230] Der Rückgriff auf den IWF wurde noch immer als Einmischung gesehen sowie als Erniedrigung empfunden und überdies als fehl am Platze: «Pour eux [la France, la BCE et la Bundesbank], la crise grecque est une crise budgétaire. Non monétaire.»[231] Gleichzeitig wurde der Sinneswandel der deutschen Regierung als eine Art Drohung aufgefasst: «En évoquant une intervention du FMI (...), les Allemands pourraient avoir été tentés par la politique de l'électrochoc pour obtenir sous la tension un tour de vis disciplinaire dans la zone euro.»[232] Über den IWF mehr Haushaltsdisziplin insgesamt erzwingen zu wollen und damit ein weiteres Mal die Dringlichkeit des griechischen Brandherdes aus den Augen zu verlieren – auf diese Weise schien das Signal aus Deutschland anzukommen. Darüber hinaus fühlte sich Frankreich dadurch unter Druck gesetzt, da das heikle Thema der Wirtschaftsregierung erneut angetastet wurde: «L'option FMI, (...), fait monter les enchères sur la gouvernance économique... et la pression sur l'Élysée, fort silencieux sur le sujet ces derniers jours.»[233]

Der Ausgang des EU-Gipfels wurde in der französischen Presse aufgrund der IWF-Beteiligung als wenig tragfähiger Kompromiss dargestellt: «Il y a des compromis qui ont des allures de défaite.»[234] In offiziellen Kreisen wurde dieser von allen Seiten be-

---

[228] Meier, Albrecht, Interview mit Alfred Grosser, *„Mitverantwortung wird jetzt klein geschrieben“*, in: Der Tagesspiegel, 26.03.2010, URL: http://www.tagesspiegel.de/politik/mitverantwortung-wird-jetzt-klein-geschrieben/1726518.html, Stand: 11. Juni 2010.
[229] o.A., *France-Allemagne: la fracture grecque, En approuvant le Premier ministre grec, prêt à se tourner vers le FMI pour emprunter, Angela Merkel prend Paris à contre-pied*, in: La Tribune, 19.03.2010, S. 1.
[230] Barluet, Alain, *Le soutien à la Grèce et l'orthodoxie budgétaire alimentent des tensions entre Paris et Berlin*, in: Le Figaro, 23.03.2010, S. 16.
[231] Quatremer, Jean, *L'Allemagne, mauvaise joueuse de l'Union*, in: La Libération, 26.03.2010, S. 2 f.
[232] Barluet, *Le soutien à la Grèce et l'orthodoxie budgétaire alimentent des tensions entre Paris et Berlin*, S. 16.
[233] Autret, *Le FMI, le joker de Berlin face à Paris*, S. 9.
[234] o.A., *Euro et FMI*, in: Le Monde, 27.03.2010, S. 2.

grüßt, in der Presse war jedoch von Mängeln der EWU und Schuldzuweisungen an Deutschland die Rede. «A qui la faute? A la Grèce d'abord (...). A l'Allemagne ensuite. Nicolas Sarkozy a fièrement bataillé pour une solution exclusivement ‹européenne›. Il avait mille fois raison. L'Allemagne n'en voulait pas»,[235] konnte man im Leitartikel des *Monde* vom 27. März 2010 nachlesen. Anders drückte es der Leitartikler der *Libération* aus: «L'Allemagne d'Angela Merkel humilie délibérément les pays de la zone euro en exigeant l'introduction du loup FMI dans la bergerie commune en cas de défaut grec.»[236] Waren es am 11. Februar 2010 noch die konkreten Maßnahmen, an denen es aufgrund deutscher Zurückhaltung im Rettungsplan mangelte, so war es jetzt die von der deutschen Regierung geforderte IWF-Beteiligung, der in jenem europäischen Rettungsplan am meisten Aufmerksamkeit und am wenigsten Verständnis entgegengebracht wurde. Wie eingangs erwähnt, war die in Brüssel getroffene Entscheidung zur Griechenlandhilfe weniger auf die europäische Union zurückzuführen, als auf eine mühsam gefundene Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich: «(...) la décision prise jeudi dernier n'est qu'en apparence collective. En fait, elle résulte d'une négociation ardue entre la France et l'Allemagne, (...). Le compromis n'a été atteint qu'à grand-peine et la principale conclusion à en tirer est que l'égoïsme sacré est de retour à Berlin.»[237] Dass Europa die Mehrheit der Zahlungen für Griechenland zur Verfügung stelle, betonte Frankreich nach außen hin wiederholt und akzeptierte letzten Endes die Beteiligung des IWF. Im Gegenzug versprach Deutschland, sich der Kreditvergabe für Griechenland anzuschließen. „Wie es bei unseren Nachbarn oft der Fall ist, musste man auf literarische Anspielungen achten, um den Schwenk der französischen Politik vorauszuahnen. Die Zeitung *Le Monde* verglich Deutschland mit der Ameise, die sich weigert, für die sorglose Grille aufzukommen. Jeder Franzose kennt die Fabel La Fontaines. (...) Angela Merkel als Ameise, Griechenland als Grille – als die Franzosen an die Fabel (...) erinnert wurden, verstanden sie die Deutschen wieder besser."[238]

Die *Libération* griff diesen Vergleich auf und übertrug ihn auf die mangelnde europäische Solidarität, die Deutschland ihrer Ansicht nach an den Tag gelegt hat: «Voici qu'il ébranle la solidarité fondamentale sans laquelle il ne peut y avoir d'Union sur le continent. Solidarité des Etats puissants envers les nations plus faibles (...), solidarité

[235] o.A., *Euro et FMI*, S. 2.
[236] Joffrin, Laurent, *Tentation solitaire*, in: La Libération, 26.03.2010, S. 2.
[237] Duhamel, *L'égoïsme allemand*, S. 2.
[238] Lepenies, *Der Zahlmeister sagt Nein, Griechenland strapaziert die deutsch-französische Achse*, 25.03.2010.

des fourmis avec les cigales.»[239] Eine Position, die in Frankreich auf absolutes Unverständnis stieß, da Deutschland zu Zeiten seiner Wiedervereinigung von allen europäischen Partnern Solidarität entgegengebracht wurde. «Lors de la réunification allemande, ses partenaires avaient participé, par inflation partagée, à la remise à flot de l'Allemagne de l'Est.»[240] Denselben Vorwurf erhob Patrick Devedjian[241], wovon der *Figaro* am 25. März 2010 berichtete.

Insgesamt verliefen die Verhandlungen über eine Lösung für die griechische Finanzkrise in den Monaten Februar und März sehr schleppend. In der französischen Presse bestand kaum Zweifel daran, dass dies vor allem an den Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich gelegen hat. Zweifel entstanden am Ende vielmehr darüber, ob das gemeinsam erarbeitete Abkommen tatsächlich Ausdruck für Gemeinsamkeit und die viel gelobte, seit langem bestehende deutsch-französische Freundschaft war. «A travers la question de l'aide à la Grèce se joue un match France-Allemagne, la mise en concurrence de deux conceptions de l'Europe.»[242] In Frankreich entstand allgemeinhin der Eindruck, als handle Deutschland antieuropäisch und isoliere sich in der Europäischen Union. Ende März war es folglich eine politische Notwendigkeit, weiterhin geschlossen aufzutreten. «(...) Il s'agit de montrer que le moteur franco-allemand est sorti indemne des ces embûches.»[243] Dennoch hielten sich die Zweifel an der Glaubwürdigkeit der deutsch-französischen Achse hartnäckig. «On peut se demander s'il ne s'agit pas d'un simple habillage visant à dissimuler un désaccord profond et persistant entre les deux rives du Rhin»[244] oder «(...) le couple franco-allemand, est-il encore équilibré?»[245] Der allgemeine Tenor, das kann festgehalten werden, machte aus der Enttäuschung über die so genannte ‚europäische Lösung' des 25. März 2010 keinen Hehl und konnte den deutsch-französischen Schulterschluss dieser Tage nicht entsprechend würdigen.

---

[239] Joffrin, *Tentation solitaire*, S. 2.
[240] Duhamel, *L'égoïsme allemand*, S. 2.
[241] Dieser ist unter der Regierung Sarkozy Minister für die Umsetzung des Plans zur Ankurbelung der Wirtschaft (Ministère chargé de la mise en œuvre du plan de relance).
[242] Renterghem, Marion van, *La relation franco-allemande est mise à l'épreuve par la crise financière grecque, Après en avoir écarté l'idée, l'Allemagne envisage aujourd'hui de laisser le gouvernement grec se tourner vers le FMI pour obtenir de l'aide,* in: Le Monde, 20.03.2010, S. 8.
[243] Godin, *Christine Lagarde à Berlin pour rassurer sur l'entente franco-allemande*, S. 8.
[244] Quatremer, *L'Allemagne, mauvaise joueuse de l'Union*, S. 1.
[245] Godin, *Christine Lagarde à Berlin pour rassurer sur l'entente franco-allemande*, S. 8.

4.3 Eine Wirtschaftsregierung für Europa

Am 4. Februar 2010 fand in Paris eines der traditionellen deutsch-französischen Ministerratstreffen statt. Die „deutsch-französische Agenda 2020“ wurde beschlossen, „eine Art Leitschnur für die Zusammenarbeit des kommenden Jahrzehnts.“[246] Einmal mehr wurde damit das deutsch-französische Engagement in europapolitischen Fragestellungen zum Ausdruck gebracht: „Wir müssen alles Erforderliche tun, um Europa zu einem starken, nachhaltigen Wachstum zu verhelfen und die Union aus der aktuellen Wirtschaftskrise gestärkt hervorgehen zu lassen, damit das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft erhalten bleibt“[247], hieß es in Bezug auf „die in der Agenda wiederholt beschworene bessere wirtschaftspolitische Koordinierung in der EU.“[248]

Zum etwa gleichen Zeitpunkt, mit Beginn des Monats Februar, zeichneten sich die Folgen der Finanzkrise Griechenlands immer deutlicher ab. Die Finanzmärkte attackierten den Euro, die Währungsunion sei in Gefahr - so die Titelseiten unzähliger Tageszeitungen. Schon am 6. Februar 2010 wurde daraufhin im Leitartikel des *Monde* auf eine Schwäche des Euros aufmerksam gemacht: «elle est la seule monnaie au monde à ne pas être au service d’un gouvernement et d’un ministre des finances.»[249] Damit wurde ein Politikum erneut auf die Tagesordnung gebracht, das in Frankreich eine lange Tradition hat: die Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung. Die fehlende wirtschafts- und haushaltspolitische Koordination der Euroländer wurde mitverantwortlich dafür gemacht, dass der Euro zu Beginn des Jahres 2010 stark an Stabilität verlor.

Dass eine Wirtschaftsregierung im Zusammenhang mit der griechischen Schuldenkrise diskutiert wurde, ist daher nicht weiter verwunderlich. Dass dies im Zusammenhang mit dem deutsch-französischen Ministerratstreffen der Fall war, dagegen schon eher, erklärt sich aber vor einem simplen Hintergrund: Seitdem sorgte nämlich die Tatsache, dass der Begriff einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ erstmals auch von deutscher Seite gefallen ist, für einiges Aufsehen. Dieser galt dort bis dato als „Reizwort“[250] oder gar „Tabuwort“[251] und wurde nicht nur auf deutscher Seite als „Kultur-

---

[246] Uterwedde, Henrik, *Ein neuer Elan? Deutsch-französische Wirtschaftskooperation auf dem Prüfstand*, in: Contact, März/April 2010, S. 16.
[247] Auswärtiges Amt (Hrsg.), *Deutsch-französische Agenda 2020*, 04.02.2010, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Frankreich/100204-agenda2020.pdf, Stand: 14. Juni 2010.
[248] Uterwedde, *Ein neuer Elan?*, S. 16.
[249] o.A., *L’euro attaqué*, in: Le Monde, 06.02.2010, S. 2
[250] Alich, Holger, *Reizwort endlich ausgesprochen*, in: Handelsblatt, 05.02.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ministerrat-reizwort-endlich-ausgesprochen;2524887, Stand: 14. Juni 2010.
[251] Uterwedde, *Ein neuer Elan?*, S. 16.

wandel"[252] tituliert. Auch die französischen Medien nahmen ihn aufmerksam zur Kenntnis. «Après le récent sommet franco-allemand, pour la prémière fois la chancelière allemande Angela Merkel ne s'est pas opposée publiquement à l'idée d'un gouvernement économique européen.»[253] Sämtliche Artikel erschienen, aus denen sowohl Überraschen als auch ein gewisses Aufatmen anlässlich Merkels Stellungnahme zu lesen war: «Désormais, Angela Merkel parle même de créer un ‹gouvernement économique› européen, une expression longtemps restée du seul usage des dirigeants français»,[254] hieß es im *Monde* vom 04. März 2010. *Les Echos* druckte etwa zwei Wochen darauf: «Angela Merkel, après des années passées à le refuser catégoriquement, reprend désormais à son compte le vocable de ‹gouvernement économique›.»[255] In der wöchentlichen Beilage zum Thema Wirtschaft vom 23. Februar 2010 fand sich folgende Einschätzung: «Il serait grave de ne pas apprendre de l'expérience. En parlant, pour la prémière fois, (...), de ‹Wirtschaftsregierung› (‹gouvernement économique›), c'est peut-être ce qu'a voulu dire la chancelière allemande, Angela Merkel.»[256] Circa einen Monat später las man in demselben Blatt von einem «revirement idéologique d'une Allemagne longtemps opposée à toute coordination économique.»[257] «Les tempêtes obligent à imaginer des solutions nouvelles»[258] - damit erklärte der Wirtschaftskolumnist des *Figaro*, Jean-Pierre Robin, warum Angela Merkel das bis dahin in Deutschland verpönte Wort einer Wirtschaftsregierung in den Mund genommen hat.

In ihrer Abschlussrede nach Beendigung des EU-Sondergipfels am 11. Februar 2010 hatte Merkel unterstrichen, dass sie den Europäischen Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedsstaaten, als eine Wirtschaftsregierung ansehe. Dazu der *Figaro*: «La chancelière, longtemps jugée plutôt tiède à l'idée d'un directoire économique européen, a surpris son auditoire, hier, en faisant du sommet de l'UE à Bruxelles un premier cas d'application: ‹Nous nous considérons comme le gouvernement économique des 27›, a-t-elle dit(...).»[259] Auch wenn dieses Lippenbekenntnis durchaus als signifikanter Kurswechsel der Bundesregierung angesehen werden konnte,

---

[252] Pinzler, Petra, *Aus der Not geboren*, in: Die Zeit, 25.02.2010, URL: http://www.zeit.de/2010/09/Argument-Eurozone, Stand: 6. Juni 2010.
[253] Fischer, Joschka, *Les leçons de la crise grecque*, in: Le Figaro, 03.03.2010, S. 3.
[254] Ricard, Philippe, *L'idée d'un gouvernement économique européen progresse parmi les Ving-Sept, La crise grecque pousse les Etats membres á mieux coordonner leurs politiques nationales*, in: Le Monde, 04.03.2010, S. 10.
[255] Meyer, Karl de, *Virage allemand sur la gouvernance européenne*, in: Les Echos, 17.03.2010, S. 14.
[256] Pisani-Ferry, Jean, *Gouvernement économique, mode d'emploi*, in: Le Monde Économie, 23.02.2010, S. 2.
[257] Klossa, Guillaume; Jamet, Jean-François, *Pour un gouvernement économique européen il faut créer une instance de régulation et de stabilité*, in: Le Monde, 20.03.2010, S. 20.
[258] Robin, Jean-Pierre, *Un gouvernement économique pour l'Europe*, in: Le Figaro, 13.02.2010, S. 21.
[259] Gallen, Claire; Mével, Jean-Jacques, *Merkel et Sarkozy lancent le gouvernement économique européen*, in: Le Figaro, 12.02.2010, S. 20.

waren damit nicht alle vorangegangenen Probleme um das Konzept einer Wirtschaftsregierung gelöst. Bei genauerem Hinsehen widersprach die Vorstellung Deutschlands damit nämlich der Idee Frankreichs, aus der Gruppe der 16 Euroländer die Wirtschaftsregierung zu formen. Dennoch: «Tout espoir est permis», schrieb *Les Echos* am 11. Februar 2010, «les autorités françaises considèrent que la chancelière allemande a fait un pas majeur en évoquant (...) l'idée ‹d'un gouvernement économique des Etats membres›.»[260] Wie sich die im Zuge der Griechenlandkrise neu entfachte Debatte um die Gründung einer Wirtschaftsregierung für Europa in der französischen Presse äußerte, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

4.3.1 Frankreich in Europa - Am Ziel seiner wirtschaftspolitischen Träume?

Die Griechenlandkrise machte, darüber war man sich in der französischen Presse einig, eklatante Mängel der europäischen Währungsintegration sichtbar. Das Gebot der Stunde war, die Krise als Chance zu nutzen und neue Wege für die (wirtschafts-)politische Zusammenarbeit in Europa zu ebnen. Im Übrigen war die seit Februar 2010 geführte Debatte um eine europäische Wirtschaftsregierung letzten Endes eine Debatte, die wiederholt um die deutsch-französischen Divergenzen kreiste.

Für Sarkozy war die Etablierung einer europäischen Wirtschaftsregierung seit jeher ein wichtiges Anliegen. «Nicolas Sarkozy, à l'instar de ses prédécesseurs et de toute la classe politique française, milite depuis des lustres pour ‹un gouvernement économique› de la zone euro.»[261] Der Autor des Artikels aus *Les Echos* wählte dafür eine Formulierung, die er dem politisch-militärischem Wortschatz entnahm: «son combat pour un gouvernement économique de l'Union européenne trouve dans la crise de nouveaux arguments.»[262] Schon während seiner Wahlkampagne 2007 erwähnte Sarkozy das Thema Wirtschaftsregierung immer wieder in seinen Reden. Besondere Aufmerksamkeit erhielten seine Ambitionen in Richtung einer europaweit abgestimmten Wirtschaftspolitik schließlich während seiner Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2008. Zur Durchsetzung dieser Pläne war er auf die Zustimmung aus Deutschland angewiesen. Damals stieß er jedoch noch auf eine ablehnende Haltung aus der Bundesrepublik. „Deutschland hat sich mit der Stimme von Angela Merkel wiederholt und nachdrück-

[260] o.A., *Sarkozy très soucieux de ne pas fragiliser le couple franco-allemand*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.
[261] Robin, *Un gouvernement économique pour l'Europe*, S. 21.
[262] o.A., *Sarkozy très soucieux de ne pas fragiliser le couple franco-allemand*, S. 6.

lich gegen den Vorschlag des französischen Staatspräsidenten ausgesprochen.“[263] In Frankreich selbst ist das Konzept dagegen sehr populär und darüber hinaus konsensfähig: „Diese Idee stellt mittlerweile so etwas wie einen Gemeinplatz im politischen Diskurs (...) dar.“[264] Doch Sarkozys Vorstöße scheiterten letztlich jedes Mal auch daran, dass das Konzept selbst noch zu wenig ausgereift war: «Le concept de gouvernement économique européen a longtemps résonné comme un slogan sans que l'on sache vraiment ce qu'il recouvrait. Il est temps de l'expliciter.»[265] Im *Figaro* hieß es: «Vieille idée française, jamais concrétiseé, l'idée d'un gouvernement économique européen a longtemps été contrée par Berlin.»[266] Gerade aus deutscher Sicht steht zu vermuten, dass es an konkretem Handlungsbedarf fehlte, einen Schritt auf Frankreich in diese Richtung zuzugehen. Diesen lieferte nun die Finanzkrise Griechenlands. «Tout le monde est d'accord: la crise doit inciter les Etats ‹à mieux coordonner› leur politique», schrieb *Le Monde* am 20. März 2010.

Dass die Griechenlandkrise schwere Mängel der Eurozone offen gelegt hat, war unumstritten. Wie diese behoben werden könnten, hingegen sehr. Neben der Errichtung eines EWF und einer Reform des SWP, geriet das Projekt einer europäischen Wirtschaftsregierung nun wieder vermehrt in die Schlagzeilen. Es schien, als würde die diesbezügliche Forderung Frankreichs angesichts der Griechenlandkrise endlich ernst genommen. Eine klare Definition dieser Idee ist Frankreich zwar schuldig geblieben, aber es hat einen Vorschlag gemacht.[267] Demnach soll eine Wirtschaftsregierung auf EU-Ebene nach französischen Vorstellungen so aussehen, dass sich die Staats- und Regierungschefs der 16 Euroländer in regelmäßigen Abständen treffen um über eine gemeinsame Wirtschafts- und Haushaltspolitik zu beraten. Eine institutionelle Ergänzung könnte sie durch ein Sekretariat, entweder mit einem Sitz im Rat oder in Paris, erfahren. Sarkozy führte damals schon in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 21. Oktober 2008 aus, dass seiner Ansicht nach die Treffen der Eurogruppe allein nicht ausreichten: «(...), la seule réunion des ministres des Finances n'est pas à la hauteur de la gravité de la crise.»[268] In jener Rede wurde ferner deutlich, worin das Konfliktpotential

---

[263] Strassel, Christophe, *Eine Wirtschaftsregierung für Europa: Französische Utopie oder Europäische Notwendigkeit?*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris, 2009.
[264] ebd.
[265] Klossa; Jamet, *Pour un gouvernement économique européen il faut créer (...),* S. 20.
[266] Gallen; Mével, *Merkel et Sarkozy lancent le gouvernement économique euopéen*, S. 20.
[267] vgl. Schwarzer, Daniela, *Frau Hü trifft Monsieur Hott*, in: Der Spiegel, 14.06.2010, URL: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,700408,00.html, Stand: 22. Juni 2010.
[268] Élysée/ Présidence de a République (Hrsg.), *Allocution devant le Parlement Européen*, 2008, URL: http://www.elysee.fr/president/les-actualites/discours/2008/allocution-devant-le-parlement-europeen.5193.html, Stand: 22. Juni 2010.

einer europäischen Wirtschaftsregierung tatsächlich besteht: Dreh- und Angelpunkt der geführten Diskussion ist die Rolle der EZB, an der sich deutsche und französische Geister seit ihrer Errichtung scheiden. Mit der Festlegung der institutionellen, politischen und personellen Unabhängigkeit der EZB durch die Maastrichter Verträge, wurde in Frankreich ein währungspolitisches Regime etabliert, das der (...) französischen Tradition zuwiderlief.[269] Die *Banque de France* war, anders als die unabhängige Deutsche Bundesbank, seit dem Zweiten Weltkrieg dem französischen Finanzministerium unterstellt. Folglich war politische Einflussnahme durch den Staat ein immanentes Merkmal dieses Systems. Als es mit der Schaffung der Währungsunion sukzessive aufgehoben wurde, empfand man dies in weiten Teilen der politischen Elite, aber auch in der Bevölkerung als Abkehr vom französischen Wirtschaftsstil.[270] Die Forderung Sarkozys nach einer stellvertretend für Mitwirkungsrechte der Politik stehende Wirtschaftsregierung für die EU ist daher durchaus nachvollziehbar. Ihre Funktion als Gegengewicht zur EZB formulierte Sarkozy 2008 mit folgenden Worten: «Je veux rendre hommage à l'action de la BCE, je veux dire ma conviction que la BCE doit être indépendante mais pour que l'action de la BCE trouve toute sa pleine mesure, elle doit pouvoir discuter avec un gouvernement économique.»[271]

Die Kontroverse um den Status der EZB, so lässt sich festhalten, ist gewissemaßen geschichtlich gewachsen und überdies nicht erst durch die Griechenlandkrise bekannt geworden. Letztere hat sie jedoch wieder näher ins Zentrum der Betrachtung gerückt. Diverse wissenschaftliche Analysen hatten die Ursachen der deutschen Abwehrhaltung bezüglich einer Wirtschaftsregierung schon vorher begründet. So führte beispielsweise Uterwedde an, dass Deutschland einen zu starken Dirigismus fürchtete und dem französischen Nachbarn unterstellte, die unabhängige Europäische Zentralbank an die politische Leine legen und das Stabilitätsziel aufweichen zu wollen.[272] Seidel fand ebenfalls heraus, dass auf deutscher Seite befürchtet wird, hinter der Einrichtung einer Wirtschaftsregierung verberge sich ein Angriff auf die Unabhängigkeit des Europäischen Systems der Zentralbanken, insbesondere der EZB.[273] „Man befürchtet, dass durch die Aktivitäten einer Wirtschaftsregierung die Währungs- und Preisniveaustabilität als Zielsetzung der Geldpolitik der Europäischen Union ihren absolut vorrangigen Stellenwert

[269] Thiemeyer, *Das währungspolitische Dreiländereck*, S. 259.
[270] ebd.
[271] Élysée/ Présidence de a République (Hrsg.), *Allocution devant le Parlement Européen*, 2008.
[272] vgl. Uterwedde, *Ein neuer Elan?*, S. 16.
[273] vgl. Seidel, Martin, *Euro-Diplomatie durch gemeinsame „Wirtschaftsregierung“*, in: Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn, 2008, S. 3.

einbüssen könnte.“[274] Dieser Argumente bedienten sich nun die französischen Journalisten für ihre Berichterstattung. Die Tatsache, dass Deutschland seine Zustimmung zu einer Wirtschaftsregierung seit Anfang Februar nunmehr nicht mehr kategorisch ausschloss, stieß bei vielen der Journalisten daher auf ein eher verhaltenes Echo. Denn die unterschiedlichen Auffassungen beider Staaten, wie die Ausgestaltung einer Wirtschaftsregierung neben der bestehenden EZB auszusehen habe, ließ allenfalls einen politischen Kompromiss erwarten. «Certes, des mots indicibles il y a un an, comme ceux de ‹coordination des politiques économiques›, ont été prononcés. Tant mieux.»[275] Einschränkend gab Dominique Seux in seinem Leitartikel jedoch zu bedenken: «Il n'y aura toujours aucune instance où les chefs d'Etat de la seule zone euro se retrouveront, ce qui es proprement inouï.»[276] Er führte weiter aus: «En cantonnant ce concept au niveau de L'Union à 27 (très vague) et non de la zone euro, l'Allemagne confirme sa réserve à l'idée d'un pendant politique directement lié à la monnaie unique.»[277] «Outre-Rhin, on n'a jamais voulu instaurer une telle gouvernance, de peur que la Banque centrale européenne perde de son indépendance face aux politiques», hieß es im *Figaro*. Im *Monde* berichtete der Korrespondent aus Brüssel: «Dans l'esprit de la chancelière, il s'agit surtout d'éviter l'émergence de l'Eurogroupe, dont elle craint qu'elle se fasse au détriment de l'indépendance de la Banque centrale européenne.»[278]

Die durch Griechenland zum Vorschein gekommenen Ungleichgewichte innerhalb der EU hätten durch eine engere wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmung verhindert werden können, so die allgemeine Stimmung unter den Berichterstattern. «Créer une monnaie unique sans politique économique commune n'a évidemment aucun sens»,[279] kommentierte Frédéric Lemaître am 20. Februar 2010 im *Monde*. «Bon gré mal gré, les Européens – Nicolas Sarkozy et Angela Merkel en tête – n'ont plus qu'une seule chose à faire: renforcer la gouvernance économique de la zone euro.»[280] Dieser Einschätzung schloss sich der Kommentator des *Figaro* an: «La doctrine, ‹une monnaie pour tous et chacun pour soi›, qui servait de gouverne à l'Euroland n'est plus tenable.»[281] Dazu gab es jedoch auch kritische Gegenstimmen, so zum Beispiel von Vincent de Féligonde in seinem Kommentar in der *Croix* vom 12. Februar 2010. Seiner

[274] Seidel, *Euro-Diplomatie durch gemeinsame „Wirtschaftsregierung“*, S. 3.
[275] Seux, Dominique, *Le pari de la dissuasion*, in: Les Echos, 12.02.2010, S. 7.
[276] ebd.
[277] ebd.
[278] Ricard, *L'idée d'un gouvernement économique européen progresse parmie les Vingt-Sept*, S. 10.
[279] Lemaître, Frédéric, *Vive la crise grecque!*, in: Le Monde, 20.02.2010, S. 2.
[280] ebd.
[281] Robin, *Un gouvernement économique pour l'Europe*, S. 21.

Ansicht nach würde Europa nicht am Abgrund stehen, wenn alle Länder, darunter auch Frankreich und Deutschland, den SWP eingehalten hätten. «De ce point de vue, les appels incantatoires à un ‹gouvernement économique européen› lancés par Paris sur l'air de ‹on vous l'avait bien dit› laissent songeur.»[282] Genau diese Haltung schien Jacques Delors, ehemaliger französischer Wirtschafts- und Finanzminister (1981-1984) und in seinem Amt als Präsident der Europäischen Kommission (1985-1995) einer der Wegbereiter der europäischen Gemeinschaftswährung, in der Ausgabe des *Nouvel Observateur* nach Beschluss der Griechenlandhilfe wiederzugeben: «Mais j'ai toujours dit (...) qu'il fallait que l'Union soit monétaire, mais aussi économique et financière. Les pays membres ont refusé mes propositions en 1989 (rapport Delors), puis en 1997, pour établir à côté du pacte de stabilité budgétaire un pacte de coordination des politiques économiques, (...). C'est ‹ce vice de construction› que l'on paie aujourd'hui.»[283]

Bereits am 12. sowie am 13. Februar 2010 wurde in zwei Artikeln das Potential, das Europa aus Krisen zu ziehen vermag, erwähnt. «Il est avéré que seules les crises font avancer l'Europe, mais c'est trop lentement»[284], schrieb Dominique Seux von *Les Echos*. Jean-Pierre Robin vom *Figaro* begann seinen Artikel mit folgenden Worten: «L'Europe a la réputation de ne progresser qu'à la faveur des ‹crises›, mot d'origine grecque qui veut dire ‹décision›.»[285] In den Augen vieler französischer Journalisten schien die Griechenlandkrise Hoffnungen dahingehend zu wecken, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit Europas nachhaltig zu verändern. Und so las sich auch der Gastbeitrag, den der ehemalige französische Premierminister Édouard Balladur im *Figaro* veröffentlichte: «Nous sommes à la croisée des chemins; le moment est venu de franchir une étape nouvelle.»[286] Bezüglich einer politischen Neuausrichtung herrschte Zuversicht: «Le plus probable, c'est que la crise grecque, au final, renforce la gouvernance de la zone euro (...).»[287] Am 4. März 2010 erschien im Monde: «(...) les dirigeants français mettent en avant la crise grecque pour muscler le gouvernement économique de la zone euro. Une zone, plus que jamais, considérée comme le cœur de l'intégration européenne.»[288] Daniel Cohen schrieb am Vortag: «La crise grecque peut devenir salutaire, si elle permet de tirer des leçons utiles.»[289] Zuvor schilderte er die Vorzüge des Euro wäh-

[282] Féligonde, *Une fois de plus, Berlin et Paris*, S. 9.
[283] Delors, Jacques, *«On paie le vice de construction de l'euro...»*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 62.
[284] Seux, *Le pari de la dissuasion*, S. 7.
[285] Robin, *Un gouvernement économique pour l'Europe*, S. 21.
[286] Balladur, Édouard, *Mieux gouverner l'Europe*, in: Le Figaro, 17.02.2010, S. 14.
[287] Meyer, *Virage allemand sur la gouvernance européenne*, S. 14.
[288] Ricard, *L'idée d'un gouvernement économique européen progresse parmi les Ving-Sept*, S. 10.
[289] Cohen, Daniel, *La crise grecque menace-t-elle l'euro*?, in: Le Monde, 03.03.2010, S. 2.

rend der Finanzkrise, die im September 2008 in den USA begann und sich fortan weltweit niederschlug. «L'euro a protégé efficacement les pays de la zone du ‹tsunami› financier venu d'Amérique. (...) Au sortir de la récession, à l'été 2009, on pouvait penser que le plus dur était passé: l'euro avait brillament passé son baptême du feu (=Feuertaufe, Verweis auf politisch-militärisches Vokabular, Anm. d. Autors). Et puis, patatras, la crise grecque est venue brutalement remettre en doute ces belles certitudes.»[290] Wozu es führen kann, wenn man einen von der Krise geschüttelten Beteiligten fallen lässt, habe der Fall Lehman Brothers demonstriert. Die Frage, Griechenland fallen zu lassen, erübrigte sich daher für den Autor. Dennoch hielt er fest: «(...) comme l'analogie avec Lehman le prouve aussi, il ne suffit pas de sauver la Grèce. Il faut revenir aux causes de la crise, et en déduire les corrections nécessaires.»[291]

Diese Korrekturmaßnahmen wurden in der französischen Presse zumeist im selben Wortlaut mit der Unzulänglichkeit des SWP erwähnt. Dass die Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages für die Bewahrung einer stabilen gemeinsamen Währung nicht ausgereicht haben, habe der Fall Griechenlands zweifellos gezeigt. «La question grecque est européenne puisqu'elle signe l'échec du pacte de stabilité et de croissance comme outil de gouvernance de la zone euro»,[292] schrieben Rasmussen und Berès, zwei Fraktionsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei Europas in der Ausgabe des *Monde* vom 6. März 2010. Canfin, Cohn-Bendit und Giegold, drei Europa-Abgeordnete, die der Fraktion der Europäischen Grünen angehören, schrieben schon einen Monat zuvor für den *Monde*: «Le pacte de stabilité et de croissance est aujourd'hui obsolète: la majorité des Etats de la zone euro ne le respectent pas (...)».[293] Delhommais griff in der Ausgabe des *Monde* vom 28. März 2010 abermals die Kritik am SWP auf: « (...) le pacte de stabilité et de croissance, qui a prouvé sa totale inefficacité alors qu'il était censé garantir une politique économique vertueuse dans la zone».[294] Lediglich der *Nouvel Observateur* brachte die Missachtung des SWP in einen direkten Zusammenhang mit der US-Finanzkrise und milderte damit dessen vermeintliche Fehlerhaftigkeit leicht ab: «Les Etats de l'eurozone ont fait exploser les critères de Maastricht (...). C'est, en quelque sorte, une ‹réplique› du séisme de la crise des subprimes.»[295]

---

[290] Cohen, *La crise grecque menace-t-elle l'euro*?, S. 2.
[291] ebd.
[292] Berès, Pervenche; Rasmussen, Poul Nyrup, *Instaurer un mécanisme de stabilité financière est indispensable*, in: Le Monde, 06.03.2010, S. 21.
[293] Canfin, Pascal et al., *La crise impose à l'Europe de repenser en profondeur ses politiques économiques, Des coopérations fiscales et budgétaires indispensables*, in: Le Monde, 06.02.2010, S. 19.
[294] Delhommais, Pierre-Antoine, *L'euro made in USA*, in: Le Monde, 28.03.2010, S. 26.
[295] Fay; Funès et al., *Faut-il brûler l'euro?*, S. 60.

Abgesehen davon, dass eine Wirtschaftsregierung ein Instrument darstellt, das Frankreich seit Unterzeichnung der Maastrichter Verträge durchzusetzen versuchte, bot die Griechenlandkrise nun Anlass, die von Deutschland verfolgte Strategie, ausschließlich auf ausgeglichene Staatshaushalte zu achten, ohne dabei die makroökonomischen Gegebenheiten aller Euroländer in Betracht zu ziehen, zu kritisieren und zu überdenken. An dieser Stelle erscheint eine Gegenüberstellung zweier Artikel - einem französischen und einem deutschen – sehr interessant. Diese erklären die Hintergründe über die Zeit, zu der das Projekt der Gemeinschaftswährung realisiert wurde. Dies geschah unter der politischen Führung Helmut Kohls und François Mittérands. Die *Zeit* schrieb am 18. Februar 2010, dass Kohl die festen Verschuldungsgrenzen für die Euro-Mitglieder gegen den Willen des französischen Präsidenten durchsetzen konnte und es gleichzeitig zu verhindern wusste, eine gemeinsame Wirtschaftsregierung als Gegenstück zur unabhängigen Zentralbank zu etablieren.[296] Der *Monde* lenkte in seinem Leitartikel vom 4. März 2010 die Aufmerksamkeit auf eben jene Verschuldungsgrenzen, deren Unzulänglichkeit die Griechenlandkrise nun enthüllte. Den Euro, als Faustpfand für die Wiedervereinigung[297], wollte Deutschland nur unter der Bedingung einführen, dass auch die Konvergenzkriterien eingeführt würden. «Pour les Allemands ce sacrifice [la perte du deutschemark] n'était acceptable que si les autres pays s'engagaient à respecter des règles du jeu en grande partie fixées par Francfort, notamment la rigueur budgétaire.»[298] Knapp 20 Jahre nach Gründung der EWU und mit dem bitteren Beigeschmack einer ersten schweren Eurokrise erfreute sich das Konzept einer Wirtschaftsregierung auch auf deutscher Seite, wie eingangs erwähnt, langsam steigender Beliebtheit.

Denn der Versuch, die nationalen Wirtschaftspolitiken mithilfe der bestehenden Mechanismen aufeinander abzustimmen, ist gescheitert. Das habe die Krise gezeigt, so auch die Kritik am SWP von Klossa und Jamet in ihrem Gastbeitrag für den *Monde* am 20. März 2010. Die Mechanismen haben weder dazu beigetragen, ein wahrhaft europäisches Konjunkturprogramm während der beginnenden Rezession zu beschließen, noch haben sie es verhindern können, dass Eurostaaten immense Staatsdefizite anhäufen. Auch konnte keine für die Märkte glaubwürdige Lösung zur Rettung dieser Staaten geliefert werden. «Mais le problème est plus large», so die Überzeugung der beiden Autoren, «il concerne en réalité la capacité de l'Europe à accroître son rythme de croissance

[296] vgl. Pinzler; Schieritz, *Merkel lernt Französisch*, S. 24.
[297] vgl. Bismarck, Alexander von, *Eine neue Realität*, in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/08, BILD/GÜZ (Hrsg.), Bonn, 2008, S. 4.
[298] o.A., *Solidarité*, in: Le Monde, 04.03.2010, S. 2.

et sa compétivité de manière durable.»[299] Damit berücksichtigten sie europapolitische Aspekte, die über die Problematik einer bloßen Finanz- und Währungskrise hinausgingen und nahmen Bezug auf die Lissabon-Strategie.[300] Deren Ziele seien bei Weitem nicht erfüllt worden. Dies hatte auch schon Ricard in seinem Artikel vom 4. März 2010 zu bedenken gegeben: «ce catalogue de mesures d'inspiration libérale est resté, quasiment, lettre morte.»[301] Aus diesem Grund schlug die Europäische Kommission Anfang März ein weiteres auf zehn Jahre angelegtes Wirtschaftsprogramm vor, Europa 2020. Nicht zuletzt, um damit auch ein Zeichen zu setzen, auf die Krise zu reagieren. Es soll noch im Laufe des Jahres 2010 verabschiedet werden. Eine stärkere und engere politische Koordinierung innerhalb der EWU wird darin angestrebt.[302] Diese hielten auch Klossa und Jamet für unwiederbringlich. In Zeiten einer sich ändernden Weltwirtschaft sei dazu eine europäische Wirtschaftsregierung vonnöten: «La croissance mondiale est désormais tirée par les économies émergentes (...). Dans ce contexte, les Etats européens doivent être unis pour faire entendre leur voix, mais sans gouvernement économique, les positions communes qu'ils défendent manquent de force et de crédibilité.»[303] Nachdem die Autoren ihre Vorstellungen zu einer genauen Ausgestaltung der Wirtschaftsregierung genannt haben (die Einrichtung eines EWF, die Stärkung der Rolle des Europäischen Rates sowie der Eurogruppe, verstärkte Investitionen für das Gemeinwohl und eine Erneuerung der politischen Verständigung), schlossen sie mit den Worten: «La crise et l'entrée en vigueur du traité de Lisbonne ont créé un contexte propice à une relance de l'amibition économique européenne. Cette occasion ne doit pas être manquée.»[304] Zum gleichen Bezugspunkt ließ sich eine weitere literarische Anspielung[305] im bereits zitierten Leitartikel des *Monde* vom 4. März 2010 finden. Sie bezieht sich auf den berühmten Satz von Blaise Pascal: *Le cœur a ses raisons que la raison ne connaît pas.* Die Handlungsspielräume des erst kürzlich in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon gelte es auszunutzen: «Si le cœur n'y est pas, au moins, que la raison l'emporte.»[306]

---

[299] Klossa; Jamet, *Pour un gouvernement économique européen il faut créer (...)*, S. 20.
[300] Hierbei handelt es sich um ein von der Europäischen Kommission im Jahre 2000 verabschiedetes Programm, das für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa bis 2010 sorgen sollte. Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und demographischer Wandel machten es erforderlich.
[301] Ricard, *L'idée d'un gouvernement économique européen progresse parmie les Vingt-Sept*, S. 10.
[302] Mehr dazu siehe: Europäische Kommission (Hrsg.), *Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*, 2010, URL: http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf, Stand: 23. Juni 2010.
[303] Klossa; Jamet, *Pour un gouvernement économique européen il faut créer (...)*, S. 20.
[304] ebd.
[305] s. Kapitel 4.2.4
[306] o.A., *Solidarité*, S. 2.

4.3.2 Zurück zur Krönungstheorie?

Die Haushaltskrise Griechenlands hat nicht nur gezeigt, dass es an wirtschaftspolitischer Koordination in Europa, sondern auch an politischer Konsensfähigkeit fehlt. „Die Schaffung einer einheitlichen Währung konstituiert keine politische Identität,“[307] schrieb der ehemalige französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement schon im Januar 1997 im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Der Mangel einer politischen Union in Europa wurde auch 2010 wieder, aus Anlass der durch Griechenland hervorgerufenen Eurokrise, in den französischen Zeitungen verstärkt kritisiert.

Spricht man von der Krönungstheorie, meint man die politische Integration Europas, die sich vor oder gleichzeitig mit der ökonomischen Integration vollziehen sollte. Der Euro sollte demnach der „krönende Abschluss“ nach Vollendung der politischen Union Europas sein. Was 1991 mit Einführung der Gemeinschaftswährung tatsächlich geschah, lässt sich der Grundsteintheorie zuordnen: Die Währungsunion sollte die Basis aller weiteren Integrationsschritte innerhalb Europas bilden. Im Vorfeld der EWU hatte es Stimmen gegen diese Integrationsform vor allem von Seiten deutscher Euroskeptiker, darunter die Deutsche Bundesbank, gegeben. Sie argumentierten, dass suboptimale Ergebnisse entstehen können, wenn Geld-, Fiskal- und auch die Lohnpolitik innerhalb einer Währungszone nicht optimal im Einklang stehen.[308] Bei der politischen Begleitung der Währungsunion zeichneten sich die unterschiedlichen Zielsetzungen Deutschlands und Frankreichs schon schnell ab. Während sich Deutschland vehement für die Konvergenzkriterien stark machte, war Frankreich vorwiegend an Zielen wie Wachstum und Beschäftigung gelegen. Vorschläge zu einer weiterreichenden Vergemeinschaftung der Fiskalpolitik, so auch der einer Wirtschaftsregierung, unterbreitete Frankreich wiederkehrend. Dahinter standen zwei Ziele: Zum einen der Wunsch, langfristig ein System zu entwickeln, dessen Fiskal- und Wirtschaftspolitik sich an einer europäischen, und nicht ausschließlich an einer nationalen Logik orientiert.[309] Zum anderen derjenige, „Vorkehrungen für eine eventuelle Krise zu treffen, die Finanztransfers erforderlich machen könnte.“[310] Letzteres wurde versäumt, was in den Zeitungen Frankreichs ver-

---

[307] Chevènement, Jean-Pierre, *Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen. Die „Idee Bundesbank“ gefährdet das Vorhaben eines republikanischen Europas*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.01.1997, S. 39.
[308] Schwarzer, Daniela; Uterwedde, Henrik, *Wirtschaftspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Zwischen Vergemeinschaftung und nationaler Verantwortung*, in: Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration: Deutsche und französische Perspektiven, Meimeth, Michael; Schild, Joachim (Hrsg.), Opladen, 2002, S. 220.
[309] vgl. ebd.
[310] ebd.

einzelt getadelt wurde. «En cas de crise ou de défaillance d'un pays, aucun mécanisme n'était prévu jusqu'à présent: ni pour le soutenir ni pour le sanctionner (...), ni même pour l'auditer»,[311] war im Leitartikel des *Monde* vom 4. März 2010 zu lesen. Diese Einschätzung teilte der Ökonom Jean Pisani-Ferry in seinem Beitrag für die Wirtschaftsbeilage im selben Blatt: «Au nom de l'idée qu'envisager une gestion des crises aurait incité à l'imprudence, aucun dispositif d'assistance à un Etat de la zone euro en difficulté de financement n'a été imaginé. La prévention était si élaborée, disait-on, que la crise serait impossible.»[312]

Der Fall Griechenland zeigte, dass eine Krise in einem Euroland keineswegs unmöglich sein sollte. Über das reine Konzept einer europäischen Wirtschaftsregierung hinausgehend, wurden daher die Stimmen wieder lauter, die eine tiefer gehende politische Union für Europa befürworteten. Auf die Frage, wie es zu der hohen Staatsverschuldung in Ländern wie Griechenland, Spanien oder auch Portugal kommen konnte, hatte die französische Politikerin und Mitglied des Europäischen Parlaments, Marielle de Sarnez, eine einfache Antwort («malheureusement simple»[313]): «Aucune union monétaire commune ne peut exister durablement sans une politique économique partagée, (...). Plus encore, aucune union monétaire ne peut exister durablement sans union politique.»[314] Des Weiteren war sie der Meinung, dass Europa schon zu Beginn der Krise, im Dezember, die volle Unterstützung für Griechenland hätte aussprechen müssen. «Que devrait proposer l'Europe maintenant? D'abord afficher sa volonté de renforcer la gouvernance économique et politique de l'Union»,[315] schlug sie im Februar vor. Romain Roncière, Professor an der *Ecole d'Economie de Paris*, sprach sich dafür aus, zukunftsorientiert zu handeln und – dies könnte womöglich ein Seitenhieb auf die deutsche Herangehensweise sein – aufzuhören, Griechenland-*bashing* zu betreiben: «Tout d'abord il ne sert strictement plus à rien aujourd'hui de se lamenter sur les dissimulations fiscales de la Grèce. Il s'agit d'être prospectif et de concevoir pour l'avenir des instruments d'assurance macroéconomiques performants.»[316] Damit sprach er zunächst lediglich die mangelnde wirtschaftspolitische Koordinierung der EU an. Um diese zu überwinden, bot er gegen Ende seines Artikels folgenden Lösungsvorschlag: «C'est l'approfondissement de l'Union européenne en une fédération d'Etats dotée d'un véri-

[311] o.A., *Solidarité*, S. 2.
[312] Pisani-Ferry, *Gouvernement économique, mode d'emploi*, S. 1.
[313] Sarnez, Marielle de, *Pour un sursaut européen! Un fonds monétaire s'impose*, in: Le Monde, 24.02.2010, S. 15.
[314] ebd.
[315] ebd.
[316] Rancière, Romain, *Crise pour la Grèce, catharsis pour l'Europe*, in: La Libération, 09.03.2010, S. 21.

table pouvoir fiscal et d'endettement.»[317] Die Griechenlandkrise könnte demzufolge, wie die Überschrift des Artikels schon sagte, eine Katharsis für Europa sein.

Die Idee einer bundesstaatlichen Verfassung für die EU griff auch Delhommais von *Le Monde* in seinem Artikel «L'euro made in USA» auf. Der Titel des Artikels lässt sich vor dem Hintergrund erklären, dass er inhaltlich um Milton Friedman kreist, den amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 1976. Dieser sei davon überzeugt gewesen, dass das Projekt einer europäischen Gemeinschaftswährung nicht zu seinen Lebzeiten realisiert werden würde. Diese Einschätzung sollte sich zwar nicht bewahrheiten, so Delhommais, dafür jedoch eine andere. Denn Friedman habe ferner die tiefe Krise, die die Union derzeit durchlebe, vorausgesehen: «Le jour où l'Europe sera confrontée à une grave récession, avait-il expliqué, les rancœurs et les égoïsmes nationaux ressurgiront, (...). L'édifice s'effondrera parce que les pays de la zone n'auront pas l'homogénéité politique, sociale, culturelle et linguistique des Etats américains, parce qu'il n'y aura pas d'Etats-Unis d'Europe. Tout le monde prendra conscience, (...), qu'il ne peut y avoir d'union monétaire sans union politique, d'euro sans gouvernement européen.»[318] Eine Anspielung auf das Modell der Vereinigten Staaten von Amerika machte ebenfalls der Leitartikler des *Express*: «La BCE doit devenir la Fed des Etats unis de l'Eurogroupe.»[319] Zu diesem Zwecke müsste die EU eine Wirtschaftsregierung errichten und die EZB in ihre Dienste stellen, so Barbier weiter.

Es bleibt festzuhalten, dass die gemeinsame Währung der am stärksten integrierte Politikbereich der EU ist.[320] Seidendorf machte darauf aufmerksam, dass die griechische Haushaltskrise ihrer Natur nach „interdependent" sei: ihre Auswirkungen sind für alle spürbar, liegen allerdings außerhalb der Reichweite nationaler Politik. Dies könnte jedoch für den Erfolg des europäischen Integrationsprojektes durchaus von Vorteil sein. Denn: „Genau jene Probleme, die ihrer Natur nach von einem einzelnen Nationalstaat nicht gelöst werden können, versprechen den größten Integrationsgewinn, sowohl was öffentliche Zustimmung, als auch was erzielte Resultate betrifft."[321] Dennoch ließ sich gerade im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise keine gemeinsame europäische Politik beobachten, der Integrationsgedanke war in dem Fall nicht besonders ausgeprägt. Die nationalen Alleingänge legten den dringenden Handlungsbedarf offen, auf

---

[317] Rancière, *Crise pour la Grèce, catharsis pour l'Europe*, S. 21.
[318] Delhommais, *L'euro made in USA*, S. 26.
[319] Barbier, *SOS euro*, S. 3.
[320] vgl. Seidendorf, Stefan, *„Aschewolken", „Pleitegriechen" und nationale Politik gegen europäische Krisen*, in: dfi aktuell, Ausgabe 2/2010, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Ludwigsburg, 2010, S. 2.
[321] ebd.

europäischer Ebene für mehr Vergemeinschaftung, nicht nur im Bereich der Geldpolitik, sondern auch in dem der Wirtschafts- und Haushaltspolitik, zu sorgen. Dazu ist es nötig, nationale Interessen mehr und mehr zurückzustellen. «Cela passe par des transferts de souveraineté nationale»,[322] führten schon die drei Europaabgeordneten der Grünen im *Monde* an. «Plus que jamais, il faut sortir du cadre dépassé des solutions nationales ou intergouvernementales»,[323] pflichtete de Sarnez ihnen bei. Und auch Giscard d'Estaing hatte schon Anfang Februar im *Express* Kritik an den derzeit beobachtbaren Tendenzen in Europa geübt: «(...) l'Europe morcelée actuelle étant marquée par le retour des cultures nationales.»[324]

Man kann die Ansicht vertreten, in einer Wirtschaftskrise habe jede Volkswirtschaft primär die eigenen Interessen zu wahren und könne sich nicht um die Ankurbelung der Nachfrage in anderen Ländern kümmern.[325] In einer globalisierten Wirtschaft und vor allem in Hinblick auf die Europäische Einigung ist dies jedoch ein kurzsichtiges Unterfangen. „Die griechische Krise könnte das trojanische Pferd sein, dass [sic] Europa zu einer tieferen politischen Integration führt,"[326] zitierte die *Zeit* den amerikanischen Wirtschaftsprofessor Barry Eichengreen. «Le meilleur antidote aux tensions qui minent la zone euro, c'est le coup d'arrêt aux replis nationaux et la relance de l'intégration économique et politique du continent autour d'une capacité européenne de gestion de crises»,[327] schrieb diesbezüglich Nicolas Baverez in einem Gastbeitrag für *Le Point*. Um nicht den Euro opfern zu müssen, müssten die Regierungen der Eurozone einen Teil ihrer nationalen Souveränität in der Wirtschaftspolitik opfern.[328] Dies ist eine ökonomische Entscheidung, deren Aufschieben der Fall Griechenland nicht weiter erlaubte.

Die Übernahme der gemeinsamen politischen Führung während der Griechenlandkrise oblag den beiden größten Volkswirtschaften innerhalb der Eurozone: Deutschland und Frankreich. Unterschiedliche Auffassungen bezüglich der gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik haben immer wieder Konflikte zutage treten lassen. Die Fähigkeit, gemeinsame Lösungen vorzuschlagen und Kompromisse zu finden, haben

---

[322] Canfin et al., *La crise impose à l'Europe de repenser en profondeur ses politiques économiques*, S. 19.
[323] Sarnez, *Pour un sursaut européen!*, S. 15.
[324] Barbier, Christophe, *VGE «L'Europe manque de volonté politique»*, in: L'Express, 11.02.2010, S. 30.
[325] vgl. Heribert, Dieter, *Nutzt die Europäische Union ihre Chance in der Finanzkrise?*, in: Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa, Deutschland & Europa, Heft 59, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), 2010, S. 11.
[326] Zitat von Barry Eichengreen, US-amerikanischer Wirtschaftsprofessor in Berkely, zitiert nach: Pinzler; Schieritz, *Merkel lernt Französisch*, S. 24.
[327] Baverez, *La meilleure réponse à la crise: la compétivité*, S. 62.
[328] vgl. Brost, Marc, *Griechische Tragödie, Die EU muss sich neu erfinden: Entweder opfert sie den Euro, oder sie gibt die nationale Souveränität in der Wirtschaftspolitik auf*, in: Die Zeit, 18.02.2010, S. 1.

die beiden Staaten in ihrer gemeinsamen Geschichte vielfach unter Beweis gestellt und sie ist ihnen auch im Jahr 2010 nicht abhanden gekommen. Ausdruck davon war auch die eingangs erwähnte „Agenda 2020“. Auch wenn wesentliche Punkte aus Wirtschaft und Finanzen darin keine explizite Regelung erfuhren, so ist dennoch der gemeinsame Wille anzuerkennen, sich den europäischen und weltweiten Herausforderungen gemeinsam zu stellen und wieder mehr gemeinsame Impulse für die europäische Wirtschaftsstrategie zu geben.[329] Die Wichtigkeit des deutsch-französischen Tandems darf nicht unterschätzt werden: „Wenn es Deutschland und Frankreich nicht gelingt, einen tragfähigen Kompromiss auszuarbeiten – dann wird es kein anderer tun.“[330]

In diesem Zusammenhang sei auf die im Juli 2010 vom Deutsch-Französischen Institut veröffentlichte Studie zum deutsch-französischen Verhältnis während der Eurokrise verwiesen. Darin machen die Autoren einen Vorschlag zu einer zukünftigen wirtschaftspolitischen Ausgestaltung der EWU: „Wir schlagen vor, statt von Wirtschafts*regierung* von *Gouvernanz* zu reden, (...). Denn im Gegensatz zum Begriff Wirtschaftsregierung kennzeichnet die Gouvernanz die Steuerung durch verschiedene Akteure, nicht durch eine Regierung. Damit wird auch ein zentrales mögliches Missverständnis von vorneherein ausgeräumt: Weder die EU noch die Währungsunion sind in absehbarer Zeit auf dem Weg zu einem Bundesstaat. Das Konzept „Regierung“ ist den souveränen Staaten vorbehalten und sollte deshalb im europäischen Rahmen vermieden werden, (...).“[331] Die Eurogruppe wäre ihrer Ansicht nach ein geeignetes Gremium für die Übernahme der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Inhaltlich wäre die Wechselkurspolitik ein zentrales Element der Gouvernanz, da diese nämlich nationale Kompetenzen übersteigt und daher notwendigerweise angepasst werden muss. Die seit Beginn der Griechenlandkrise teilweise unüberbrückbar erscheinenden Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich über konkrete Verbesserungsvorschläge für die europäische Wirtschaftspolitik sind nicht schlagartig beizulegen, da sie ihre Ursachen in der je unterschiedlichen historischen sowie kulturellen Entwicklung der Länder haben. Dadurch sind Strukturen entstanden, die zudem nicht einfach durch Regierungshandeln verändert werden können. „Dies ist für beide Partner ein Grund mehr, den Dialog zu suchen und zu versuchen, die Motive des anderen nachzuvollziehen, anstatt sich in steriler Polemik zu erschöpfen.“[332]

---

[329] vgl. Uterwedde, *Ein neuer Elan?*, S. 16.
[330] Schwarzer, *Frau Hü trifft Monsieur Hott*, 14.06.2010.
[331] Kauffmann; Uterwedde, *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise*, S. 19.
[332] ebd., S. 24.

Abschließend lässt sich hervorheben, dass die Diskussion um eine europäische Wirtschaftsregierung um ein Vielfaches politischer geführt wurde, als es bei der Auseinandersetzung mit dem deutsch-französischen Verhältnis während der Griechenlandkrise der Fall gewesen ist. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass mit diesem Thema eine alte, seit 1991 in Frankreich bestehende „Herzensangelegenheit" wieder an Aktualität gewonnen hat. Viele Beiträge zu diesem Thema sind in Form von Gastbeiträgen veröffentlicht worden: Viele Politiker, ehemalige sowie amtierende, aber auch Wissenschaftler und andere Experten gaben ihre Meinung zu einer engeren (wirtschafts-) politischen Vernetzung Europas zum Besten. Die Berichterstattung funktionierte in diesem Fall nicht ausschließlich über den „klassischen Journalisten." Von einer Sache jedoch, so lässt sich zusammenfassen, war man in Frankreich in allen Lagern überzeugt: «Ce qui était impensable avant la crise devient indispensable.»[333]

[333] Klossa; Jamet, *Pour un gouvernement économique européen il faut créer (...)*, S. 20.

5 Abschlussbetrachtung und Ausblick

Es erscheint aufschlussreich, dass auch die griechische Tageszeitung *Ta Nea* bereits am 11. Februar 2010 ein Bild von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel abdruckte und dazu titelte: „Europäische Ärzte für den griechischen Patienten."[334] Für die Lösung der Griechenlankrise der Europäischen Währungsunion war das deutsch-französische Paar von ganz entscheidender Bedeutung. Deshalb wurde ihm, nicht nur in der griechischen Presse, von Beginn an ein besonderes Gewicht zuerkannt. Dies ist allgemein anerkannt und wurde auch dementsprechend in den französischen Printmedien kommuniziert. Beispielhaft dafür steht folgendes Zitat aus dem *Figaro*: «Face à la gravité de la crise grecque et à ses implications pour la monnaie européenne, il revenait, une fois de plus, à la France et l'Allemagne de trouver un accord.»[335] Doch nicht nur die deutsch-französischen Beziehungen wurden aufgrund jener Bedeutsamkeit in ihren positiven wie negativen Ausprägungen wiederkehrend und schwerpunktartig thematisiert.

Dem deutschen Nachbarn wurde in separater Weise eine erhöhte Aufmerksamkeit innerhalb der zahlreichen französischen Artikel zum Thema Griechenland zuteil. Französische Journalisten richteten ihre Kritik, wie es schien unaufhörlich, dagegen, dass die Bundesregierung eine finanzielle Hilfe für Griechenland lange Zeit ablehnte. Sie lieferten, auch hier wiederkehrend, vielerlei Gründe für das Verhalten der deutschen Bundesregierung: Die deutsche Politik trug nicht nur der herrschenden öffentlichen Meinung Rechnung und konzentrierte sich dabei geflissentlich auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen, sondern war auch Ausdruck interner Koalitionsprobleme und der Angst geschuldet, Transferzahlungen an Griechenland könnten in Verfassungsklagen münden. Der starke Fokus auf nationale Interessen in Deutschland geriet in die Kritik. Eine Erklärung für die Politik Merkels, die aus ihrer Sicht einer rationalen Argumentation unterliege, liefert indes Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg: «La situation de la zone euro, telle qu'elle est définie par les traités, n'établit pas une union budgétaire ou fiscale, mais une union monétaire qui exclut les subventions directes pour ses membres. Toutefois, une menace pour la stabilité de la monnaie (...) justi-

[334] Zitiert nach Höhler, Gerd, *„Wir haben über die Verhältnisse gelebt"*, in: Frankfurter Rundschau, 12.02.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2300880_Griechenland-Wir-haben-ueber-die-Verhaeltnisse-gelebt.html, Stand: 03. Mai 2010.
[335] Rousselin, *Solidarité européenne*, S. 15.

fierait une action de l'Union et des pays membres.»[336] Damit wird einer der Hauptgründe angedeutet, warum Deutschland letztlich eingelenkt und das 110-Milliarden-Paket für Griechenland bewilligt hat: historisch-kulturell bedingt hat die Stabilität der Währung in der Bundesrepublik absoluten Vorrang. Unter dieser Prämisse lässt auch Deutschland ein Mehr an staatlicher Lenkung zu.

«La fourmi n'est pas prêteuse.»[337] Wie dargestellt werden konnte, lässt sich das besondere Augenmerk der französischen Presse auf die Verantwortlichkeit Deutschlands also nicht nur anhand seines wirtschaftlichen Gewichts innerhalb der EU begründen. Vielmehr schienen hier sich in wesentlichen Punkten voneinander unterscheidende Wirtschaftsordnungen im Mittelpunkt zu stehen, weshalb die Herangehensweise an den griechischen Partner jenseits wie diesseits des Rheins eine jeweils ganz andere war. Im Mittelpunkt der französischen Vorstellungen stand die innereuropäische Solidarität. Dies hieß konkret, Griechenland schnellstmöglich finanzielle Unterstützung zu gewähren. Die anfänglichen politischen Bekundungen zur Beruhigung der Finanzmärkte galten in den Augen der Regierung wie auch der öffentlichen Meinung von Beginn an als unzureichend. Deshalb wurde in Frankreich die Absicht vertreten, die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands durch Hilfsleistungen der übrigen europäischen Staaten abzuwenden. In Deutschland, wo das Vertrauen in staatliche Aktivitäten indes weniger stark ausgeprägt ist, gelten andere Maxime. Wie französische Journalisten mehrfach betonten, war das späte Zustandekommen einer Lösung für Griechenland zuvorderst der in Deutschland anzutreffenden wirtschaftspolitischen Identität geschuldet. Nach der ordoliberalen Tradition der Sozialen Marktwirtschaft nämlich ist der Staat allenfalls dazu notwendig, die liberalen Märkte mit rechtlichen Rahmenbedingungen zu unterstützen. Da Frankreich und Deutschland jedoch, wie es so oft bei europäischen Angelegenheiten der Fall ist, aufeinander angewiesen sind, konnte Sarkozy nicht eigenmächtig französische Prinzipien anwenden und staatliche „Finanzspritzen" für Griechenland aktivieren. Darin liegt der Hauptgrund, warum die Bundesregierung für ihr zögerliches Auftreten von der französischen Presse durchgehend harsch kritisiert worden ist. Elemente des französischen Wirtschaftsstils, angewendet auf den Fall der griechischen Schuldenkrise, ließen sich an dieser Stelle in der Berichterstattung also in jedem Fall erkennen.

---

[336] Cercle des Européens (Hrsg.), Interview mit Stefan Seidendorf, *L'Allemagne et la crise grecque: Des craintes collectives liées à des convictions macro-économiques*, 10.05.2010, URL: http://www.ceuropeens.org/L-Allemagne-et-la-crise-grecque-des-craintes-collectives-liees-a-des.html, Stand: 08. Juli 2010.

[337] Van Renterghem, *La relation franco-allemande est mise à l'épreuve par la crise financière grecque*, S. 8.

Diese traten in noch sichtbarerer Art und Weise bei dem Thema einer Wirtschaftsregierung für Europa zutage. „Franzosen stellen oft verblüfft und zuweilen enttäuscht fest, dass Europa einen Regierungsapparat gewählt hat, der so ganz anders ist als der in Paris übliche.“[338] Das Verhältnis der Franzosen zu Politik und Wirtschaft ist mit den durch Griechenland zum Vorschein gekommenen Problemen im Euroraum in der Presse klar artikuliert worden. Letztere sind in engste Verbindung mit einer fehlenden europäischen Wirtschaftsregierung gebracht worden. Neben einer ausführlichen Aufzählung aller dadurch entstandenen negativen Effekte und einer unverkennbaren Kritik an der 1991 von Deutschland durchgesetzten währungs- und wirtschaftspolitischen Strategie der EU, machte sich jedoch auch ein weitgehender Optimismus unter den französischen Journalisten breit. Er bezog sich auf einen bevorstehenden Beschluss zur Gründung einer europäischen Wirtschaftsregierung. Daran führe kein Weg vorbei, so die allgemeine Überzeugung. Wichtig ist, dass alle europäischen Staaten ihre nationalen, wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Zukunft aufeinander abstimmen, sodass sie ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Stabilität in Europa gerecht werden. «La vérité, c'est qu'une telle imposture serait impossible si l'Europe politique et économique existait.»[339] Eine Wirtschaftsregierung, die überdies in Einklang mit der Krönungstheorie steht, gilt gleichsam als Garant dafür, dass so etwas wie die Griechenlandkrise hätte verhindert werden können. Und so wurde bereits der EU-Sondergipfel des 25. März 2010 in einem Leitartikel des *Figaro* als eine solche ausgerufen: «Pour la première fois, les Vingt-Sept ont siégé en un véritable ‹gouvernement économique›. Il était temps! Mais il a fallu passer par la crise actuelle pour en arriver là.»[340]

Auf die Kontroversen, die sich in der Debatte um eine Wirtschaftsregierung erneut zwischen dem deutsch-französichen Paar abzeichneten, sei an dieser Stelle außerdem nochmals verwiesen. Inhaltlich ist die Währungsunion an den in Deutschland bereits vorher etablierten Strukturen ausgelegt worden: neben der Unabhängigkeit der EZB und ihrem vorrangigen Ziel der Preisniveaustabilität gilt das Verbot der monetären Finanzierung der öffentlichen Haushalte und einer europäischen Haftung für nationale Defizite.[341] Auch hiermit lässt sich Frankreichs Unmut über die deutsche Herangehensweise an die Griechenlandkrise begründen. Der französische Wirtschaftsstil hat sich im Kontext der europäischen Integration notwendigerweise geändert, da die Rahmenbedingun-

[338] Strassel, *Eine Wirtschaftsregierung für Europa*, S. 3.
[339] Barbier, *Coût d'Etat ou coup d'Etat*, S. 3.
[340] Rousselin, *Solidarité européenne*, S. 15.
[341] vgl. Bilger, *Konkurrenz der Wirtschaftsstile und Entwicklung der EU*, S. 183.

gen heutzutage gänzlich andere sind. Mithilfe des Konzepts einer Wirtschaftsregierung versucht Frankreich hartnäckig, Teile seines Konzepts der *etat-nation* auf seine europäischen Nachbarn zu übertragen, was (noch) nicht so recht gelingen will. Die anhaltende Thematisierung einer europäischen Wirtschaftsregierung in der politischen Debatte Frankreichs hat ihre Ursache außerdem in einem Gefühl der Unzufriedenheit, das mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage wächst.[342] Mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, zu der sich die Griechenlandkrise im Jahr 2010 „dazugesellte", nahm die oben genannte ‚Verschlechterung der Wirtschaftslage' verschärfte Züge an, was letztlich nicht ohne Folgen für Frankreichs Innenpolitik blieb. Dort herrscht derzeit große Verunsicherung, die auch Sarkozy mit dem Ausgang der Regionalwahlen im März 2010 zu spüren bekam. „Die Irritation [über den „deutschen Alleingang"] wäre nur halb so groß, wenn Frankreich gleichzeitig nicht auch zutiefst verunsichert über sich selbst und über seine eigene Kraft wäre, die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu meistern."[343] Die Sorge, in Zeiten der Globalisierung auf dem Weltmarkt nicht mithalten zu können, ist weiter verbreitet als in Deutschland. Die beiden größten Volkswirtschaften der EU reagieren aus unterschiedlichen Ausgangspositionen heraus auf die Prozesse der Globalisierung und der europäischen Integration. Die Einbindung nationaler Wirtschaftspolitik differiert aufgrund traditionell unterschiedlicher Sichtweisen auf die Rolle des Staates. Mit diesen komplexen Zusammenhängen lassen sich all die gegenseitigen Vorwürfe und Schuldzuweisungen Frankreichs und Deutschlands im Kontext der Griechenlandkrise erklären. Darüber zu streiten, dass bei der Einführung des Euro Fehler gemacht wurden, erscheint hingegen absurd. Sinnvoller wäre es, sich stattdessen darauf konzentrieren, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Dies ist im Juni 2010 geschehen. Die deutsche und französische Regierung vereinbarten bei einem Treffen am 14. Juni 2010, sich gemeinsam für eine europäische Wirtschaftsregierung einzusetzen. Die von Deutschland favorisierte Lösung einer Wirtschaftsregierung auf Ebene aller 27 EU-Staaten konnte sich durchsetzen. Ein entsprechender Vorschlag sollte drei Tage später dem Europäischen Rat, bei seiner Tagung am 17. Juni 2010 zur Verabschiedung der Wachstumsstrategie „EU 2020", vorgestellt werden. Ein endgültiger Beschluss zur institutionellen Gründung einer Wirtschaftsregierung ist an diesem Tag zwar nicht zustande gekommen, offizielle Dokumente verweisen je-

[342] vgl. Strassel, *Eine Wirtschaftsregierung für Europa*, S. 3.
[343] Kläsgen, Michael, *Vom Führen träumen, Frankreichs Kritik an Deutschland ist Folge eigener Verunsicherung*, in: Süddeutsche Zeitung, 21.05.2010, S. 21.

doch auf den für Herbst 2010 geplanten Abschlussbericht der Arbeitsgruppe[344], in dem die verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitiken konkrete Formen annehmen könnte. Dem lang verfolgten Ziel der europäischen Wirtschaftsregierung ist Frankreich „dank" der Griechenlandkrise also ein großes Stück näher gekommen. Ihre endgültige Realisierung nach französischen Vorstellungen konnte allerdings nicht vollständig verwirklicht werden.

Während des gesamten beobachteten Zeitraums hat die Presse dem durchwachsenen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich Ausdruck verliehen. Die Schlussfolgerung, dass die deutsch-französische Freundschaft in Gefahr gewesen sei, kann man daraus jedoch keinesfalls ziehen. Man wusste durchgehend um die Wichtigkeit der politischen Rückendeckung des jeweils anderen, sodass die aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten nie von ernsthafter Dauer waren. Aber die Verschiedenartigkeit wirtschaftspolitischer Grundsätze, bezüglich derer die Frage erlaubt sein muss, ob sie nicht auch in Teilen zu extremen Gegensätzen stilisiert wurden[345], behinderte die gemeinschaftliche Steuerung der Griechenlandkrise und ein geschlossenes Auftreten über Monate hinweg. Zusätzlich erschwerte ein regelrechter Schlagabtausch zwischen deutschen und französischen Journalisten diesen Prozess. Die Kaste der Kommentatoren sollte einmal innehalten und darüber nachdenken, was sie da eigentlich anrichtet.[346] Es ist hervorzuheben, dass der Griechenlandkrise in der französischen Presse im Verhältnis zur deutschen weitaus weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde.[347] Ausschlaggebend für die politische Aufklärung der Bürger ist jedoch die Art und Weise der Berichterstattung. Während Frankreichs Journalisten weit davon entfernt waren, Griechenland als Sündenbock hinzustellen, kann man in Deutschland von einer national bis nationalistisch, und teilweise populistisch anmutenden Gestaltung der Nachrichten sprechen. Die Berichterstattung in Frankreich hingegen kann man als vergleichsweise nüchtern bezeichnen. Dort verbreitete sich jedoch nach und nach die ernst zu nehmende Sorge, Deutschland entziehe sich seiner europäischen Verantwortung und werde seiner neuen Führungsrolle in Europa nicht gerecht. Tatsächlich empfand Frankreich die Weigerung, Griechenland Hilfe zu leisten, als deutsche Machtübernahme in Europa.[348] „In diesem

---

[344] Rat der Europäischen Union (Hrsg.), *Schlussfolgerungen*, 17. Juni 2010, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf, Stand: 11. Juli 2010.
[345] vgl. Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires Etrangères (Hrsg.), *Le retour aux fondamentaux*, 01.06.2010.
[346] vgl. Randow, Gero von, *Voilà, es ist aus*, in: Die Zeit, 28.04.2010, URL: http://www.zeit.de/2010/18/Frankreich-Nationalismus, Stand: 08. Juli 2010.
[347] vgl. Linke, Hans-Jürgen, *Die Krise*, in: Frankfurter Rundschau, 13.04.2010, S. 28.
[348] vgl. Altwegg, Jürg, *Seid umschlungen, schröckliche Freunde, Die griechische Krise wird zu Sarkozys deutscher Tragödie*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2010, S. 31.

Klima bleibt wenig Raum für gemeinsames Handeln zum Wohle der gemeinsamen Währung und der europäischen Bürger."[349] Eine demokratische Regierung kann die Stimmung im Land nicht ignorieren. Politische Entscheidungen einseitig an der nationalen öffentlichen Meinung auszurichten, würde allerdings Gefahren für Europa bergen, die über die Dimensionen der Griechenlandkrise hinausgingen. „Unter der gehässigen Stimmung in Deutschland hat nicht nur der Glaube an eine seriöse Medienberichterstattung gelitten, sondern auch die Idee Europa."[350] Die Griechenlandkrise ist zweifellos ein Thema, das die europäische Öffentlichkeit betraf und somit der Schaffung einer europäischen Identität dient. Auch wenn die Stimmung in Frankreich, wie gesagt, bei weitem nicht derart emotionsgeladen und „hetzerisch" war wie in Deutschland, das Problem für die europäische Identität wurde auch in einem Artikel des *Monde* angesprochen: «Crise d'identité, enfin, avec un euro dont on promettait qu'il rapprocherait les peuples le possédant et dont on s'aperçoit au contraire qu'il les éloigne. Et les déchire.»[351]

Denn mit dem Aufkommen der Griechenlandkrise haben sich die politischen Beziehungen in Europa zwischenzeitlich verschlechtert: Lagarde brachte den Egoismus Deutschlands hervor. Deutschland wiederum warf Griechenland Betrug und Faulheit vor, woraufhin Griechenland mit Verbrechen gegen seinen Staat während der NS-Zeit konterte. Und so kam es auch, dass die *Libération* in ihrer Ausgabe vom 26. März 2010 das Titelblatt des deutschen *Focus* (22. Februar 2010) abbildete, das die Venus von Milo mit einem ausgestreckten Mittelfinger neben dem Schriftzug „Betrüger in der Euro-Familie" zeigte – woraufhin ein griechischer Einzelhandelsverband zum Boykott deutscher Ware aufgerufen hatte. Derartige Negativ-Schlagzeilen in den Euroländern können dazu führen, dass die Zustimmung der Bevölkerung zum Euro und zur EU abnimmt.[352] Eine gefährliche Stimmung, die mithilfe der Massenmedien transportiert werden konnte. Die Macht der Medien, für die sich im Laufe des 20. Jahrhunderts auch der Begriff der Vierten Gewalt etablieren konnte, darf also keinesfalls unterschätzt werden. Dies ist jedoch ein Aspekt, auf den in meiner Arbeit nicht näher eingegangen werden kann. Die Berichterstattung in Frankreich lässt sich mithilfe eines Blicks auf den deutschen Nachbarn auf eine abschließende Formel bringen: Während in Deutschland Griechenlands Probleme für das Befüllen der Zeitungsartikel herhalten mussten, hat sich

[349] Seidendorf, *„Aschewolken", „Pleitegriechen" und nationale Politik gegen europäische Krisen*, S. 3.
[350] Fritzsche, Lara, *Säue durchs Dorf treiben*, in: NEON, Juni 2010, S. 37.
[351] Delhommais, *L'euro made in USA*, S. 26.
[352] vgl. Schwarzer, *Griechenland enthüllt Schwäche der EU*, S. 3.

Frankreich stark auf die Kritik an Deutschland konzentriert. Dennoch ist die französische Berichterstattung als proeuropäisch zu bewerten.

„Die ‚griechische Tragödie' hat allen Befürwortern wie Kritikern des Euro gezeigt, dass die Währungsunion eine ökonomische und vor allem auch politische Schicksalsgemeinschaft ist."[353] Auf ökonomischer Ebene würde eine Politik, die dem Konzept einer europäischen Wirtschaftsregierung nahekommt, langfristig zahlreiche Vorteile für die Gemeinschaft bieten. Es geht weniger um eine Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaftspolitik, d.h. die Übertragung eines bzw. des erfolgreichsten Wirtschaftsstils eines Eurolandes auf die anderen Mitgliedsstaaten, als um eine weitreichende Abstimmung. Damit könnten die unterschiedlichen Strukturen in den europäischen Ländern berücksichtigt werden. Eine Wirtschaftsregierung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs hätte in Krisenzeiten eine ungleich höhere Repräsentations- und Reaktionsfähigkeit und damit nicht zuletzt eine psychologische Wirkung gegenüber den ausländischen Partnern sowie den EU-Bürgern.[354] In Zeiten der Globalisierung, in denen die europäischen Volkswirtschaften derart miteinander verflochten sind, dass sie sich nicht mehr mit einzelstaatlichen Reaktionen auf so schwere Krisen begnügen können[355], ist der Mangel an Abstimmung nicht mehr tragfähig. Dass manche Staaten die Wirtschaftsregierung in der Vergangenheit strikt ablehnten und auch gegenwärtig noch nicht ganz überzeugt scheinen, hängt vor allem damit zusammen, dass Vorgaben aus Brüssel bezüglich der nationalen Wettbewerbs-, Beschäftigungs, Lohn- und Fiskalpolitik noch immer nicht gern gesehen werden. Die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone lassen sich in einem vertretbaren Zeitrahmen möglicherweise nicht allein durch eine Anpassung der schwachen Länder abbauen,[356] auch Länder mit einer starken Wirtschaftskraft müssten ihren Teil dazu beitragen.

Auf der politischen Ebene wäre eine Vertiefung der Union daher ebenfalls wünschenswert. Neben all den wirtschaftspolitischen Instrumenten, die zur Lösung der Wachstums- und Schuldenprobleme Europas beitragen können, ist eine fortschreitende politische Einigung nötig. Die darin enthaltende Koordinierung der Wirtschafspolitiken würde dem Ziel der wirtschaftlichen Konvergenz und mithin einem Ausgleich der Wettbewerbsfähigkeit in den Euro-Staaten näher kommen. Ein doppelter Effekt wäre damit vermutlich verbunden: Einerseits würde den Märkten so die Chance genommen, den

[353] Grosse-Hüttmann, *„Rettungsgurte nicht nur für Banker" – eine europaweite Debatte*, S. 18.
[354] vgl. Strassel, *Eine Wirtschaftsregierung für Europa*, S. 5.
[355] vgl. ebd.
[356] vgl. Schwarzer, *Griechenland enthüllt Schwäche der EWU*, S. 4.

den Euro erneut derart zu „attackieren“ wie es Anfang dieses Jahres der Fall gewesen ist. Andererseits würde eine dauerhafte Wohlstandssteigerung für die europäische Bevölkerung zu mehr Akzeptanz des europäischen Einigungsprozesses führen. Die Schuldenkrise des griechischen Staates hat das währungs- und wirtschaftspolitische System der EU tief erschüttert, aber auch im Landesinnern zu schweren Auseinandersetzungen, z.B. in Form von Generalstreiks und (gewaltsamen) Massendemonstrationen, geführt. Ob sie als Wendepunkt bzw. als Chance sowohl für Griechenland als auch für den europäischen Währungsraum in die Geschichte eingehen wird, bleibt abzuwarten.

Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, die als Wegbereiter des EWS bekannt sind, wiesen jedenfalls in ihrem Gastbeitrag für die *Zeit* darauf hin, dass die Krise den führenden Politikern der Euro-Zone die unverhoffte Gelegenheit gebe, endlich eine – für den Erfolg des Euro unbedingt notwendige – Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Sie appellierten daher an die Bundeskanzlerin und den französischen Präsidenten, die Sicherheit des Euro zu wahren, indem sie gemeinsam vorgehen. Nur so gäben sie Europa eine neue Chance![357] Europa kann gestärkt aus dieser Krise gehen, wenn Deutschland und Frankreich erfolgreich zusammenarbeiten – das hat die Vergangenheit oftmals bewiesen. Die ersten Schritte dahingehend sind gemacht. Was Europa jetzt brauche, ist eine Vision – diese Ansicht vertraten Gerhard Cromme in seiner Rede in der deutschen Botschaft in Paris und Stefan Ulrich von der *Süddeutschen Zeitung* in seinem Kommentar vom 8. Juni 2010 einhellig. „Nur Sarkozy und Merkel können [der EU] Kraft geben. Dabei geht es um mehr als die aktuellen Krisen. Europa ist keine Nation. Es ist zu heterogen, um ohne Vision zu leben. Es braucht Ziele – wie einst den Binnenmarkt und den Euro. Sarkozy und Merkel müssten diese Horizonte aufzeigen, (...). Beide sind zu klug, um die deutsch-französische Freundschaft zu riskieren. (...) Sie könnten den Bürgern erklären, warum sie ihre EU künftig noch dringender brauchen werden als bisher.“[358] Die Krise(n) haben das Potential, dass die notwendigen Schritte zu einer tiefergehenden europäischen (Wirtschafts-)Integration in naher Zukunft eingeleitet werden. Die Presse ist ihrerseits in der Lage, hierzu einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Dessen sollte sie sich bewusst sein und die medienwirksame Inszenierung künftiger Krisen, welcher Art sie auch sein mögen, verantwortungsvoll vermeiden.

---

[357] vgl. Giscard d'Estaing, Valérie; Schmidt, Helmut, *Gebt Europa eine Chance! Ein Appell von Valérie Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt gegen Verzagtheit und Spekulation*, in: Die Zeit, 27.05.2010, S. 1.

[358] Ulrich, Stefan, *Europa braucht eine Vision, Merkel und Sarkozy könnten die Union beleben, aber sie müssten ihre Sticheleien lassen*, in: Süddeutsche Zeitung, 08.06.2010, S. 4.

6 Literaturverzeichnis

Monographien:

Ammon, Günther, *Der französische Wirtschaftsstil*, München, 1989.

Müller-Armack, Alfred, *Religion und Wirtschaft*, Stuttgart, 1981.

Röper, Burkhardt, *Wirtschaftsnachrichten in der Weltpresse*: *Zum Verständnis des Wirtschaftsteils einer Zeitung*, 2. Aufl., München, 1977.

Schubert, Klaus; Klein, Martina, *Das Politiklexikon*, 2. Auflage, Bonn, 2001.

Aufsätze:

Ammon, Günther, *Wirtschaftsstil und Identität*, in: Frankreich-Jahrbuch 1990, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Opladen, 1990, S. 117-130.

Ammon, Günther, *Der französische Wirtschaftsstil, Eine Bestandsaufnahme nach 12 Jahren Liberalisierung*, in: Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsforschung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Klump, Rainer (Hrsg.), Marburg, 1996, S. 125-139.

Ammon, Günther, *Der Wirtschaftsstil – ein Instrument zur Analyse fremder Volkswirtschaften*, in: Netzwerk interkulturellen Handelns, Bolten, Jürgen; Schröter, Daniela (Hrsg.), Sternenfels, 2001, S. 143-154.

Bilger, François, *Konkurrenz der Wirtschaftsstile und Entwicklung der EU*, in: Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsforschung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Klump, Rainer (Hrsg.), Marburg, 1996, S. 175-190.

Bismarck, Alexander von, *Eine neue Realität*, in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/08, BILD/GÜZ (Hrsg.), Bonn, 2008.

Broyer, Sylvain; Gottschalk, Marion, *Einleitung*, in: Wirtschaftssysteme im historischen Vergleich, Schefold, Bertram (Hrsg.), Stuttgart, 2004, S. 15-68.

Busch, Berthold; Jäger, Manfred, *Der Weg zum Euro*, in: Zehn Jahre Euro. Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2008, S. 7-24.

Cercle des Européens (Hrsg.), Interview mit Stefan Seidendorf, *L'Allemagne et la crise grecque: Des craintes collectives liées à des convictions macro-économiques*, 10.05.2010, URL: http://www.ceuropeens.org/L-Allemagne-et-la-crise-grecque-des-craintes-collectives-liees-a-des.html, Stand: 08. Juli 2010.

Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen, *Einführender Überblick*, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 13-20.

Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike, *Der Euro am seidenen Faden*, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 147-154.

Grosse-Hüttmann, Martin, *„Rettungsgurte nicht nur für Banker" – eine europaweite Debatte*, in: Finanz- und Wirtschaftskrise, Deutschland & Europa, Heft 59, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart, 2010, S. 18-23.

Heribert, Dieter, *Nutzt die Europäische Union ihre Chance in der Finanzkrise?*, in: Finanz- und Wirtschaftskrise, Deutschland & Europa, Heft 59, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart, 2010, S. 10-13.

Horn, Gustav A.; Joebges, Heike, *Anatomie der Finanzkrise aus keynesianischer Sicht*, in: Finanzkrise und Divergenzen in der Wirtschaftsentwicklung als Herausforderungen für die Europäische Währungsunion, Chaloupek, Günther; Kromphardt, Jürgen (Hrsg.), Marburg, 2009, S. 23-38.

Kauffmann, Pascal; Uterwedde, Henrik, *Deutschland, Frankreich und die Eurokrise: Auf der Suche nach der verlorenen Kovergenz*, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), URL: http://www.dfi.de/de/pdf/VerloreneKonvergenz.pdf, Stand: 17. Juli 2010.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), *Griechische Tragödie*, 2010, URL: http://www.lpb-bw.de/finanzkrise_griechenland.html, Stand: 29. April 2010.

Matthes, Jürgen, *Zunehmende Ungleichgewichte im Euroraum – Gefahr für die Europäische Währungsunion*, in: Zehn Jahre Euro. Erfahrungen, Erfolge und Herausforderungen, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Köln, 2008, S. 119-147.

Seidel, Martin, *Euro-Diplomatie durch gemeinsame „Wirtschaftsregierung"*, in: Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Hrsg.), Bonn, 2008.

Seidendorf, Stefan, *„Aschewolken", „Pleitegriechen" und nationale Politik gegen europäische Krisen*, in: dfi aktuell, Ausgabe 2/2010, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.), Ludwigsburg, 2010, S. 1-3.

Schubert, Christian, *High-Tech-Colbertismus. Die Rückkehr des Jean-Baptise Colbert*, in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, Ausgabe 6/08, BILD/GÜZ (Hrsg.), Bonn, 2009, S. 51-54.

Schwarzer, Daniela; Uterwedde, Henrik, *Wirtschaftspolitik in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Zwischen Vergemeinschaftung und nationaler Verantwortung*, in: Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration: Deutsche und französische Perspektiven, Meimeth, Michael; Schild, Joachim (Hrsg.), Opladen, 2002, S. 199-229.

Schwarzer, Daniela, *Griechenland enthüllt Schwäche der EWU, Die Eurozone braucht Instrumente zum Krisenmanagement und wirksamere wirtschafts- und fiskalpolitische Koordinierung*, in: SWP-Aktuell 18, Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Berlin, Februar 2010.

Strassel, Christophe, *Eine Wirtschaftsregierung für Europa: Französische Utopie oder Europäische Notwendigkeit?*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Paris, 2009.

Thiemeyer, Guido, *Europa zwischen Smith und Colbert, Wirtschaftsordnungen in Deutschland und Frankreich als politische Mythen und ihre Folgen für die europäische Integration*, in: Kulturwissenschaftliches Institut Nordrhein-Westfalen, Jahrbuch 1998, Rüsen, Jörn (Hrsg.), Essen, 1998, S. 161-174.

Thiemeyer, Guido, *Das währungspolitische Dreiländereck*, in: Tour de France. Eine historische Rundreise, Festschrift für Rainer Hudemann, Heinen, Armin; Hüser, Dietmar (Hrsg.), Stuttgart, 2008, S. 253-261.

Uterwedde, Henrik, *Wirtschaftliche Modernisierung*, in: Frankreich. Informationen zur politischen Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn, 2004, S. 10-20.

Uterwedde, Henrik, *Paradigmenwechsel der Wirtschaftspolitik: Vom Etatismus zur gouvernance à la française?*, in: Frankreichs V. Republik. Ein Regierungssystem im Wandel, Festschrift für Adolf Kimmel, Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Wiesbaden, 2005, S. 165-186.

Uterwedde, Henrik, *Kapitalismus à la française, Die mühsame Erneuerung eines Modells*, in: Länderbericht Frankreich, Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik (Hrsg.), Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2005, S. 173-191.

Uterwedde, Henrik, *Ökonomische Herausforderungen 1945-2005*, in: Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Schild, Joachim; Uterwedde, Henrik (Hrsg.) 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden, 2006, S. 140-153.

Uterwedde, Henrik, *Staatsverständnis und Wirtschaftspolitik in Frankreich: Politik zwischen Etatismus und Marktwirtschaft*, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 108, Juni 2006, Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. (Hrsg.), Bonn, 2006, S. 51-57.

Uterwedde, Henrik, *Französische Wirtschaft und Gesellschaft*, in: Handbuch Französisch, Kolboom, Ingo; Kotschi, Thomas; Reichel, Edward (Hrsg.), 2. Aufl., Berlin, 2008, S. 568-576.

Uterwedde, Henrik, *Ein neuer Elan? Deutsch-französische Wirtschaftskooperation auf dem Prüfstand*, in: Contact, März/April 2010, S. 16-17.

Presseartikel (Print & Online): Deutsch

Alich, Holger, *Reizwort endlich ausgesprochen*, in: Handelsblatt, 05.02.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ministerrat-reizwort-endlich-ausgesprochen;2524887, Stand: 14. Juni 2010.

Altwegg, Jürg, *Seid umschlungen, schröckliche Freunde, Die griechische Krise wird zu Sarkozys deutscher Tragödie*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2010, S. 31.

Balsen, Werner, *Bevor die Börsenglocken läuten, Vor dem Handelsbeginn in Asien verspricht Euroland den Griechen 30 Milliarden Eur*o, in: Frankfurter Rundschau, 12.04.2010, S. 12.

Balsen, Werner, *120 Milliarden für Athen*, in: Frankfurter Rundschau, 03.05.2010, S. 1.

Balsen, Werner, *„Rettung des Vaterlandes", Regierung in Athen legt drastisches Sparpaket vor*, in: Frankfurter Rundschau, 03.05.2010, S. 4.

Bergius, Michael, *Nothilfe*, in: Frankfurter Rundschau, 08.04.2010, S. 3.

Beyerle, Hubert, *Verdiente Export-Schelte aus Frankreich*, in: Financial Times Deutschland, 15.03.2010, URL: http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:ausfuhrnation-deutschland-verdiente-export-schelte-aus-frankreich/50088797.html, Stand: 02. Juni 2010.

Brost, Marc, *Griechische Tragödie, Die EU muss sich neu erfinden: Entweder opfert sie den Euro, oder sie gibt die nationale Souveränität in der Wirtschaftspolitik auf*, in: Die Zeit, 18.02.2010, S. 1.

Chevènement, Jean-Pierre, *Wer von Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen. Die „Idee Bundesbank" gefährdet das Vorhaben eines republikanischen Europas*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.01.1997, S. 39.

Fritzsche, Lara, *Säue durchs Dorf treiben*, in: NEON, Juni 2010, S. 37.

Giscard d'Estaing, Valérie; Schmidt, Helmut, *Gebt Europa eine Chance! Ein Appell von Valérie Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt gegen Verzagtheit und Spekulation*, in: Die Zeit, 27.05.2010, S. 1.

Häring, Norbert, *EZB-Studie: Die wahren Ursachen der griechischen Tragödie*, in: Handelsblatt, 28.01.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/ezb-studie-die-wahren-ursachen-der-griechischen-tragoedie;2518164, Stand: 13. April 2010.

Heilbrunner, Peter, *Keine finanzielle, aber „entschlossene" Hilfe*, in: Tagesschau, 11.02.2010, URL: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenlandfinanzhilfe104.html, Stand: 03. Mai 2010.

Höhler, Gerd, *„Wir haben über die Verhältnisse gelebt"*, in: Frankfurter Rundschau, 12.02.2010, URL: http://www.fr-online-ne.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2300880_Griechenland-Wir-haben-ueber-die-Verhaeltnisse-gelebt.html, Stand: 03. Mai 2010.

Jessen, Corinna, *Griechen wüten gegen die Prass-Wirtschaft*, in: Spiegel Online, 29.04.2010, URL: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,691762,00.html, Stand: 29. April 2010.

Kläsgen, Michael, *Vom Führen träumen, Frankreichs Kritik an Deutschland ist Folge eigener Verunsicherung*, in: Süddeutsche Zeitung, 21.05.2010, S. 21.

Lepenies, Wolf, *Der Zahlmeister sagt Nein, Griechenland strapaziert die deutsch-französische Achse*, in: Die Welt, 25.03.2010, URL http://www.welt.de/die-welt/debatte/article6918978/Der-Zahlmeister-sagt-Nein.html, Stand: 18. Mai 2010.

Linke, Hans-Jürgen, *Die Krise*, in: Frankfurter Rundschau, 13.04.2010, S. 28.

Maisch, Michael, *Wie Goldman Sachs den Griechen zur Seite sprang*, in: Handelsblatt, 24.02.2010, URL: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/derivategeschaefte-wie-goldman-sachs-den-griechen-zur-seite-sprang;2535423, Stand: 28. April 2010.

Meier, Albrecht, Interview mit Alfred Grosser, *„Mitverantwortung wird jetzt klein geschrieben“*, in: Der Tagesspiegel, 26.03.2010, URL: http://www.tagesspiegel.de/politik/mitverantwortung-wird-jetzt-klein-geschrieben/1726518.html, Stand: 11. Juni 2010.

Nutt, Harry, *Das hellenische Fieber, Das öffentliche Griechenland-Bashing verweist auf die europäische Ratlosigkeit*, in: Frankfurter Rundschau, 29.04.2010, S. 27.

o.A., *Standard & Poor's stuft Ranking für Griechenland zurück*, in: Griechenland-Blog, 16.12.2009, URL: http://www.griechenland-blog.gr/2009/standard-poors-stuft-ranking-fuer-griechenland-zurueck/1089/, Stand: 24. April 2010.

o.A., *Braucht Europa einen eigenen Währungsfonds?*, in: Tagesschau, 08.03.2010, URL: http://www.tagesschau.de/wirtschaft/fonds102.html, Stand: 01. Juni 2010.

o.A., *Frankreich drängt Deutsche zu Export-Fairplay*, in: Der Spiegel, 15.03.2010, URL: http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,683527,00.html, Stand: 04. Juni 2010.

Pinzler, Petra; Schieritz, Mark, *Merkel lernt Französisch, Seit die Bundeskanzlerin den Griechen ihre Solidarität versprochen hat, ist der Stabilitätspakt überholt. Nun suchen Berlin, Brüssel und Paris nach einer neuen Basis für die Währungsunion*, in: Die Zeit, 18.02.2010, S. 24.

Pinzler, Petra, *Aus der Not geboren*, in: Die Zeit, 25.02.2010, URL: http://www.zeit.de/2010/09/Argument-Eurozone, Stand: 6. Juni 2010.

Randow, Gero von, *Voilà, es ist aus*, in: Die Zeit, 28.04.2010, URL: http://www.zeit.de/2010/18/Frankreich-Nationalismus, Stand: 08. Juli 2010.

Riegert, Bernd, *Griechenland bittet Europa um Hilfe*, in: Deutsche Welle, 23.04.2010, URL: http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5498648,00.html, Stand: 30. April 2010.

Salzmann, Bernd, *Im Übermaß gefährlich, Spekulanten können mit ihren Wetten Staaten an den Abgrund bringen/Mangelnde Transparenz der Märkte hilft ihnen*, in: Frankfurter Rundschau, 02.03.2010, S. 2 f.

Schäfers, Manfred et al., *Ein neues Versprechen, ein altes Problem*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.03.2010, URL: http://www.faz.net/s/Rub3ADB8A210E754E748F42960CC7349BDF/Doc~EED1CEB9AC6954AF9BE92536C96AB838F~ATpl~Ecommon~Scontent.html, Stand: 01. Juni 2010.

Schellenberger, Rouven, *Europas Wutprobe*, in: Frankfurter Rundschau, 12.02.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2300694_Leitartikel-zu-Griechenland-Hilfen-Europas-Wutprobe.html, Stand: 03. Mai 2010.

Schubert, Christian, *Französische Wünsche*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.03.2010, S. 11.

Schwarzer, Daniela, *Frau Hü trifft Monsieur Hott*, in: Der Spiegel, 14.06.2010, URL: http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,700408,00.html, Stand: 22. Juni 2010.

Sievers, Markus, *Im Schuldenrausch*, in: Frankfurter Rundschau, 22.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2568633_Leitartikel-Im-Schuldenrausch.html, Stand: 30. April 2010.

Sleegers, Anna, *Riskant wie Pakistan? Irrationaler Zinsanstieg zwingt griechische Regierung in die Knie*, in: Frankfurter Rundschau, 24.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/2576250_Zinsexplosion-fuer-Griechenland-Riskant-wie-Pakistan.html, Stand: 29. April 2010.

Sleegers, Anna, *Die Märkte gehen aufs Ganze*, in: Frankfurter Rundschau, 28.04.2010, URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_wirtschafts_und_finanzkrise/2592760_Griechenland-Die-Maerkte-gehen-aufs-Ganze.html, Stand: 29. April 2010.

Sleegers, Anna, *Die Söldner der EZB, Warum die Ratingagenturen so mächtig sind*, in: Frankfurter Rundschau, 29.04.2010, S. 4.

Ulrich, Stefan, *Europa braucht eine Vision, Merkel und Sarkozy könnten die Union beleben, aber sie müssten ihre Sticheleien lassen*, in: Süddeutsche Zeitung, 08.06.2010, S. 4.

Wiegel, Michaela, *„Der deutsch-französische Motor bewährt sich", Der Vorsitzende des Bundestags-Europaausschusses räumt in Paris Missverständnisse aus*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.05.2010, S. 4.

Presseartikel (Print & Online): Französisch

Abescat, Bruno; Masse-Stamberger, Benjamin, *Euro. L'épreuve du feu*, in: L'Express, 29.04.2010, S. 47-48.

Autret, Florence, *Le FMI, le joker de Berlin face à Paris*, in: La Tribune, 19.03.2010, S. 9.

Balladur, Édouard, *Mieux gouverner l'Europe*, in: Le Figaro, 17.02.2010, S. 14.

Barbier, Christophe, *Coût d'Etat ou coup d'Etat?*, in: L'Express, 11.02.2010, S. 3.

Barbier, Christophe, *VGE «L'Europe manque de volonté politique»*, in: L'Express, 11.02.2010, S. 30-31.

Barbier, Christophe, *SOS euro*, in: L'Express, 04.03.2010, S. 3.

Barbier, Christophe, *Le deuxième sceau*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 3.

Barluet, Alain, *Nicolas Sarkozy et Angela Merkel veulent marquer de leur empreinte le plan de sauvetage européen*, in: Le Figaro, 11.02.2010, S. 18.

Barluet, Alain, *Le soutien à la Grèce et l'orthodoxie budgétaire alimentent des tensions entre Paris et Berlin*, in: Le Figaro, 23.03.2010, S. 16.

Baverez, Nicolas, *La meilleure réponse à la crise: la compétivité*, in: Le Point, 13.05.2010, S. 62.

Berès, Pervenche; Rasmussen, Poul Nyrup, *Instaurer un mécanisme de stabilité financière est indispensable*, in: Le Monde, 06.03.2010, S. 21.

Best, Ivan, *Paris s'est activé en silence pour limiter les spéculations*, in: La Tribune, 11.02.2010, S. 3.

Bouilhet, Alexandrine, *La zone euro, malade de l'Allemagne*?, in: Le Figaro, 16.03.2010, S. 23.

Briançon, Pierre, *L'Allemagne, l'autre problème de l'euro*, in: Le Monde, 17.03.2010, S. 15.

Briançon, Pierre, *L'incompréhensible stratégie d'Angela Merkel, ‹Mme Nein›*, in: Le Monde, 26.03.2010, S. 16.

Calla, Cécile; Ricard, Philippe, *La création d'un fonds monétaire européen pour secourir un pays de la zone euro ne fait pas l'unanimité, La France voit le projet avec réserve, l'Allemagne est partagée, la BCE s'y oppose*, in: Le Monde, 10.03.2010, S. 13.

Calla, Cécile, *Berlin s'indigne des critiques de Mme Lagarde contre l'excédent commercial allemand*, in: Le Monde, 17.03.2010, S. 8.

Canfin, Pascal et al., *La crise impose à l'Europe de repenser en profondeur ses politiques économiques, Des coopérations fiscales et budgétaires indispensables*, in: Le Monde, 06.02.2010, S. 19.

Chatignoux, Catherine, *Crise grecque: Paris et Berlin veulent adresser un message «fort» aux marchés*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.

Cochez, Pierre, *La compétitivité allemande est-elle un problème pour la zone euro*?, in: La Croix, 16.03.2010, S. 23.

Cohen, Daniel, *La crise grecque menace-t-elle l'euro*?, in: Le Monde, 03.03.2010, S. 2.

Cousteau, Libie, *Euro. Un sauvetage à hauts risques*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 42-44.

Delhommais, Pierre-Antoine, *L'euro made in USA*, in: Le Monde, 28.03.2010, S. 26.

Delhommais, Pierre-Antoine, *La bise des marchés et la cigale athénienne*, in: Le Monde, 02./03.05.2010, S. 14.

Delors, Jacques, *«On paie le vice de construction de l'euro...»*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 62.

Duhamel, Alain, *L'égoïsme allemand*, in: Dernières Nouvelles d'Alsace, 28.03.2010, S. 2.

Faujas, Alain et al., *Sept acteurs-clés pour sauver la Grèce de la «tragédie» financière*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 8.

Fay, Sophie; Funès, Nathalie et al., *Faut-il brûler l'euro?*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 60-65.

Féligonde, Vincent de, *Une fois de plus, Berlin et Paris*, in: La Croix, 12.02.2010, S. 9.

Fiorentino, Marc, *L'Allemagne ne triche pas, elle réussit*, in: La Tribune, 22.03.2010, S. 10.

Fischer, Joschka, *Les leçons de la crise grecque*, in: Le Figaro, 03.03.2010, S. 3.

Fressoz, Françoise; Guélaud, Claire, Interview mit Jacques Attali, *«Il faut réfléchir à la pertinence du bouclier fiscal»*, in: Le Monde, 22.03.2010, S. 10.

Gallen, Claire; Mével, Jean-Jacques, *Merkel et Sarkozy lancent le gouvernement économique européen*, in: Le Figaro, 12.02.2010, S. 20.

Gallen, Claire, *Le projet de FME divise Paris et Berlin, L'Allemagne pose des conditions difficilement acceptables pour la France. Bruxelles dénonce «la cacophonie» ambiante*, in: Le Figaro, 10.03.2010, S. 20.

Gallen, Claire; Saint Paul, Patrick, *La crise grecque crée des tensions franco-allemandes, La ministre française de l'Économie s'est interrogée hier sur le modèle allemand basé sur les exportations. Un modèle dont elle «n'est pas sûre (..) qu'il soit viable à long terme» pour la zone euro*, in: Le Figaro, 16.03.2010, S. 27.

Gatinois, Claire; de Vergès, Marie, *Grèce: l'Union européenne sur le point d'entériner un plan de surveillance, Selon le «New York Times», Goldman Sachs aurait aidé le pays à dissimuler ses dettes*, in: Le Monde, 16.02.2010, S. 15.

Gatinois, Claire; Renterghem, Marion van, *La Grèce au bal des hypocrites*, in: Le Monde, 20.02.2010, S. 15.

Georgoutsos, Catherine, *Salaires, retraites, impôts, libéralisation, concurrence, une thérapie de choc*, in: Le Monde, 04.05.2010, S. 12.

Godin, Romaric, *Christine Lagarde à Berlin pour rassurer sur l'entente franco-allemande*, in: La Tribune, 31.03.2010, S. 8.

Jaxel-Truer, Pierre, Interview mit Dominique Reynié von *Fondapol*, *«En Europe, il y a deux types de réactions face à la crise grecque»*, in: Le Monde, 30.04.2010, S. 9.

Joffrin, Laurent, *Tentation solitaire*, in: La Libération, 26.03.2010, S. 2.

Klossa, Guillaume; Jamet, Jean-François*, Pour un gouvernement économique européen il faut créer une instance de régulation et de stabilité*, in: Le Monde, 20.03.2010, S. 20.

Lacour, Jean-Philippe*, La difficile construction d'un Fonds monétaire européen*, in: Les Echos, 29.03.2010, S. 14.

Lemaître, Frédéric, *Vive la crise grecque!*, in: Le Monde, 20.02.2010, S. 2.

Leparmentier, Arnaud, *L'addition de dix années d'union monétaire sans gouvernement économique*, in: Le Monde, 10.02.2010, S. 8.

Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *Les Européens accélèrent les préaparatifs pour voler au secours de la Grèce*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 8.

Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *Paris et Berlin à l'avant-garde du sauvetage de l'euro, L'Union européenne affirme son soutien à la Grèce et esquisse un plan d'aide financière*, in: Le Monde, 12.02.2010, S. 8.

Leparmentier, Arnaud; Ricard, Philippe, *L'Europe se contente d'un soutien politique à la Grèce*, in: Le Monde, 13.02.2010, S. 9.

Masse-Stamberger, Benjamin, *Euro. L'épreuve grecque*, in: L'Express, 04.02.2010, S. 54-55.

Masse-Stemberger, Benjamin, Interview mit Jean Pisani-Ferry, *Euro. La leçon grecque*, in: L'Express, 15.04.2010, S. 52.

Mével, Jean-Jacques, *Paris et Berlin mis au défi de s'entendre, Le sommet européen reste suspendu aux tractations en cours sur l'aide à Athènes*, in: Le Figaro, 25.03.2010, S. 9.

Meyer, Karl de, *Berlin souhaiterait des outils de pression contre les pays laxistes*, in: Les Echos, 10.02.2010, S. 7.

Meyer, Karl de, *L'Allemagne, attachée à l'euro, passe du rigorisme au pragmatisme*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.

Meyer, Karl de, *Virage allemand sur la gouvernance européenne*, in: Les Echos, 17.03.2010, S. 14.

Milcent, Blandine*, L'Allemagne ne joue plus*, in: L'Express, 29.04.2010, S. 50-51.

o.A., *L'euro attaqué*, in: Le Monde, 06.02.2010, S. 2

o.A., *L'Allemagne organise le sauvetage de la Grèce*, in: Le Monde, 11.02.2010, S. 1.

o.A., *Sarkozy très soucieux de ne pas fragiliser le couple franco-allemand*, in: Les Echos, 11.02.2010, S. 6.

o.A., *Bon pour l'Union*, in: Le Monde, 13.02.2010, S. 2.

o.A., *Solidarité*, in: Le Monde, 04.03.2010, S. 2.

o.A., *Entre Paris et Berlin, des échanges d'amabilités*, in: La Libération, 19.03.2010, S. 17.

o.A., *France-Allemagne: la fracture grecque, En approuvant le Premier ministre grec, prêt à se tourner vers le FMI pour emprunter, Angela Merkel prend Paris à contre-pied*, in: La Tribune, 19.03.2010, S. 1.

o.A., *Merkel la dérangeante*, in: Les Echos, 22.03.2010, S. 16.

o.A., *Euro et FMI*, in: Le Monde, 27.03.2010, S. 2.

o.A., *La charge*, in: L'Express, 12.05.2010, S. 13.

Pisani-Ferry, Jean, *Gouvernement économique, mode d'emploi*, in: Le Monde Économie, 23.02.2010, S. 2.

Quatremer, Jean, *L'Allemagne, mauvaise joueuse de l'Union*, in: La Libération, 26.03.2010, S. 2 f.

Rancière, Romain, *Crise pour la Grèce, catharsis pour l'Europe*, in: La Libération, 09.03.2010, S. 21.

Renterghem, Marion van, *La relation franco-allemande est mise à l'épreuve par la crise financière grecque, Après en avoir écarté l'idée, l'Allemagne envisage aujourd'hui de laisser le gouvernement grec se tourner vers le FMI pour obtenir de l'aide,* in: Le Monde, 20.03.2010, S. 8.

Ricard, Philippe, *L'idée d'un gouvernement économique européen progresse parmi les Ving-Sept, La crise grecque pousse les Etats membres á mieux coordonner leurs politiques nationales*, in: Le Monde, 04.03.2010, S. 10.

Robin, Jean-Pierre, *Un gouvernement économique pour l'Europe*, in: Le Figaro, 13.02.2010, S. 21.

Roger, Patrick, *Le scepticisme à l'encontre de l'Europe est de retour dans le débat politique, «C'est le printemps de tous les dangers», affirme le sécrétaire d'Etat chargé des affaires européennes*, in: Le Monde, 30.04.2010, S. 9.

Rousselin, Pierre, *Solidarité européenne*, in: Le Figaro, 26.03.2010, S. 15.

Saint-Paul, Patrick, *Euro: Merkel veut exclure les mauvais élèves, la chancelière réagit vivement aux critiques sur le modèle économique allemand*, in: Le Figaro, 18.03.2010, S. 20.

Sarnez, Marielle de, *Pour un sursaut européen! Un fonds monétaire s'impose*, in: Le Monde, 24.02.2010, S. 15.

Seux, Dominique, *Le pari de la dissuasion*, in: Les Echos, 12.02.2010, S. 7.

Seux, Dominique, *L'Allemagne, Chine de l'Europe?* In: Les Echos, 16.03.2010, S. 14.

Tatu, Natacha, *Grèce: Thérapie à haut risque*, in: Le Nouvel Observateur, 13.-19.05.2010, S. 66.

Tudel, Michel; Ternisien, Michel, *On reproche à l'Allemagne de réussir*, in: Les Echos, 29.03.2010, S. 15.

Presseartikel (Print & Online): Englisch

Hall, Ben, *Lagarde criticises Berlin policy*, in: Financial Times, 14.03.2010, URL: www.economie.gouv.fr/christine-lagarde/pdf/100314ft.pdf, Stand: 19. Juli 2010.

Taylor, Paul, *The Long-Term Effect of the Greek Euro Crisis*, in: International Herald Tribune, 09.03.2010, URL: http://www.nytimes.com/2010/03/09/business/global/09inside.html?_r=2&scp=3&sq=greek%20debt%20crisis%20will%20change%20the%20way&st=cse, Stand: 02. Juli 2010.

Vertragstexte/ Offizielle Dokumente:

Auswärtiges Amt (Hrsg.), *Deutsch-französische Agenda 2020*, 04.02.2010, URL: http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/DeutschlandInEuropa/BilateraleBeziehungen/Aktuelles/100204-d-fmrat-abschluss.html, Stand: 14. Juni 2010.

Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères (Hrsg.), *Französische Finanzministerin Lagarde bei Sitzung des Bundeskabinetts*, 31.03.2010, URL: http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Franzosische-Finanzministerin,5399.html, Stand: 11. Juni 2010.

Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires Etrangères (Hrsg.), *Le retour aux fondamentaux – les relations franco-allemandes en 2010*, Rede von Dr. Gerhard Cromme am 1. Juni 2010 in Paris, URL: http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Rede-von-Gerhard-Cromme-Le-retour,5548.html, Stand: 08. Juli 2010.

Élysée/ Présidence de a République (Hrsg.), *Allocution devant le Parlement Européen*, 2008, URL: http://www.elysee.fr/president/les-actualites/discours/2008/allocution-devant-le-parlement-europeen.5193.html, Stand: 22. Juni 2010.

Europäische Kommission (Hrsg.), *Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*, 2010, URL: http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf, Stand: 23. Juni 2010.

Presse- und Informationsbüro der Griechischen Botschaft Berlin (Hrsg.), *Papandreou: Grosse Veränderungen sind erforderlich*, Rede Papandreous am 14.12.2009 im Zappeion-Palast, URL: http://www.griechische-botschaft.de/hidden/news/newsdetails/papandreou-grosse-veraenderungen-sind-erforderlich/, Stand: 13. April 2010.

Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung (Hrsg.), *Gemeinsamer Brief von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Sarkozy an die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission*, 06.05.2010, URL: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2010/05/2010-05-06-brief-merkel-sarkozy.html, Stand: 16. Mai 2010.

Rat der Europäischen Union (Hrsg.), *Schlussfolgerungen*, 17. Juni 2010, URL: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/115364.pdf, Stand: 11. Juli 2010.

Vertrag über die Europäische Union, siehe URL: http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/11992M/htm/11992M.html, Stand: 13. Juni 2010.

7 Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich die Arbeit selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet und sämtliche Stellen, die anderen Werken im Wortlaut oder dem Sinne nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe. Diese Versicherung gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen und dergleichen.

_____ _____

Ort, Datum Unterschrift